Nr. 145. 16. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1899 unter Nr. 7820. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Sonnabend, den 24. Juni 1899. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Unter Centrumsschutz.

Die Regierung und das Scharfmachertum haben eine schwere Niederlage erlitten. Die Rückständigkeit unserer deutschen Verhältnisse ist so groß, daß wir über diese bescheidene Errungenschaft, die doch nur Verhütung des Ueberschlimmen bedeutet, uns freuen dürfen. Aber diese Freude kann keineswegs ungemischt sein. **Die Zuchthausvorlage ist nicht beseitigt.** Sie scheint tot, aber sie ist vielleicht nur scheintot und kann eines Tages wieder lebendig werden. Im Herbst, nach der Vertagung, soll eine zweite Lesung stattfinden. Niemand kann sagen, was mittlerweile geschehen mag, ob die Mittel-Parteien bis dahin an ihrer jetzt bekundeten runden Ablehnung der Vorlage festhalten werden.

Die nationalliberale Presse ist wenig erbaut über die Haltung der Mehrheit ihrer Fraktion unter Bassermannscher Führung. Es ist bereits eine lebhafte Kanonade gegen sie eröffnet worden. Bekannte Mitglieder des Vorstands des nationalliberalen Landesvereins in Sachsen haben sich in einem Telegramm an die nationalliberale Reichstagsfraktion gewandt, das mit den Worten schließt:

„Wir wünschen — vorbehaltlich einer näheren Prüfung seiner Einzelbestimmungen — das Zustandekommen eines solchen Schutzgesetzes."

Selbst die „Nat. Ztg." beharrt auf ihrer Ansicht, daß die §§ 1 und 2 der Regierungsvorlage zu einer gesetzgeberischen Aktion hätten genützt werden sollen. Sie tadelt das Verhalten der Mehrheit der Fraktion, in der jetzt das süddeutsche Element überwiege, welches die anders gearteten preußischen Industrieverhältnisse nicht genügend berücksichtigt habe. „Wir denken, sagt das links(!)-nationalliberale Blatt, daß diese Frage, wenn sie in anderem Zusammenhang wiederkehren sollte, wohl auch anders behandelt werden wird."

Und gar die Scharfmacherpresse überschüttet die nationalliberalen Abtrünnigen der Fraktion mit schäumender Wut. Die „Hamburger Nachrichten" erklären Bassermanns Rede geradezu als socialdemokratisch und beschwören die Manen Bismarcks herauf, der dieser socialpolitischen Bekehrung der Nationalliberalen schärfste Absage erteilt haben würde.

Werden die um Heyl und Bassermann feststehen gegen den heftigen Ansturm aus ihren eigenen Reihen?

Daß aber überhaupt die Unsicherheit über das endgültige Geschick der Zuchthausvorlage noch lange Monate andauern wird, haben wir dem Centrum zu verdanken. Herr Lieber und Herr Pichler haben sich äußerst scharf gegen die Zuchthausvorlage gewendet. Herr Pichler hat der Regierung Zurückziehung der Vorlage angeraten. **Warum aber hat das Centrum nicht selbst dem grausamen Spiel ein Ende bereitet?**

Herr Lieber sagte nach dem Stenogramm am Dienstag:

„Stehen wir der Vorlage so gegenüber, so können wir uns zwar **dem Wunsche des Herrn Abgeordneten Bebel nicht anschließen, sie sofort in zweiter Lesung zu beseitigen.** Wir glauben vielmehr, uns der ernsten Pflicht nicht entziehen zu dürfen, bei dieser Gelegenheit den Versuch zu machen, die einmal geschehene Aufrollung der Koalitionsfreiheit zu benützen, um unsererseits die Koalitionsfreiheit zu sichern, auszudehnen und zur vollen Wahrheit zu machen. Wenn wir aber die Vornahme der zweiten Lesung im Hause selbst unter einmütiger Ablehnung einer kommissarischen Beratung, für welche nach dem Gesamtcharakter dieser Vorlage ein Grund nicht vorzuliegen scheint, beute beantragen, so erwarten wir von dem Zeitraum, der voraussichtlich zwischen der ersten und zweiten Beratung dieser Vorlage liegt, daß während desselben auch die verbündeten Regierungen noch einmal in Erwägungen darüber eintreten, ob die Arbeit, welche sie uns vorgelegt haben, nicht besser nach einer anderen Seite hin auszubauen ist. Wir glauben es den deutschen Arbeitern, wir glauben es allen Interessenten in Deutschland schuldig zu sein, nachdem die Frage einmal ohne unser Zuthun aufgeworfen ist, das oft und lang und bis jetzt immer vergeblich von uns erstrebte Ziel nunmehr mit erneuter Kraft und mit erhöhtem Nachdruck anzustreben, die Koalitionsfreiheit zuerst positiv zu schaffen, dann erst zu prüfen, ob und wie etwa Mißbräuche derselben zurückgedrängt werden müssen. Zu diesem Zwecke begrüßen wir einen der gewohnheitsmäßigen Abwickelung unserer Geschäfte nicht entsprechenden, voraussichtlich unverhältnismäßig langen Zwischenraum zwischen der ersten und zweiten Lesung, um zunächst selbst den Versuch machen zu können, diesem Entwurf der verbündeten Regierungen **unsererseits einen Entwurf** entgegenzustellen, der das, was wir anstreben, zur Wahrheit zu machen versucht, und zu gleicher Zeit abzuwarten, ob die verbündeten Regierungen nicht bis dahin ihrerseits zur Vorlage eines solchen Entwurfes sich entschließen werden, oder aber wenigstens sich bereit finden lassen, mit uns in eine solche, nach unserer Meinung die einzig mögliche, Regelung der Koalitionsfreiheit einzutreten."

Diese Aeußerungen Dr. Liebers sind unverständlich, wenn nicht irgend eine versteckte Absicht in ihnen angenommen wird.

Wenn das Centrum einen Entwurf einbringen will, der den positiven Ausbau des Koalitionsrechts bezweckt, wenn es die Regierung auffordert, nach dieser andern Seite hin ihre Bemühungen zu richten, so ist dazu eine Erhaltung der jetzigen Zuchthausvorlage völlig unnötig. Das Centrum kann im Herbst seine Initiativanträge zur Beratung bringen, wenn auch die Regierungsvorlage dann nicht mehr existierte. Ja, für den Ausbau des Koalitionsrechts würde erst durch völlige Ausrottung des Posadowskyschen Mißgewächses der rechte Boden geschaffen werden. Die Zuchthausvorlage wird stets dräuend jeder Bestrebung nach Erweiterung des Koalitionsrechts entgegenstehen. Es war **eine Pflicht** des Centrums, der heillosen Vorlage vollends den Garaus zu machen. Diese Pflicht hat es verabsäumt und — warum?

Das Centrum wollte die Regierungsniederlage möglichst mildern und die Möglichkeit politischer Handelsgeschäfte erhalten.

Da wir einen ähnlichen Vorwurf schon kürzlich gegen das Centrum erhoben, beklagt sich die „Köln. Volkszeitung" über „socialdemokratische Insinuationen":

„Warum das Centrum nicht die sofortige Vornahme der zweiten Lesung im Plenum will, hat Dr. Lieber in bestimmtester Weise ausgesprochen, und es wäre loyal, sich daran zu halten, wie auch andere Blätter, die in früheren Stadien der Sache sich auch aufs Verdächtigen gelegt hatten, es rückhaltlos thun."

Wir haben Herrn Liebers „in bestimmtester Weise" ausgesprochene Meinung wörtlich mitgeteilt. Sie macht sich selbst verdächtig und es bedarf nicht fremder Verdächtigung, um ihr zu mißtrauen. Sagt doch auch die einer Beschränkung des Koalitionsrechts geneigte „Nat.-Ztg.":

„Denn da das Centrum angekündigt hat, daß es im Herbst einen eigenen Entwurf über das Koalitionsrecht einbringen will, der sehr verschiedene und weitschichtige Fragen behandeln soll, so ist keineswegs ausgeschlossen, daß alsdann dieser Gegenentwurf und **mit ihm die Regierungsvorlage,** nachdem die zweite Lesung im Plenum begonnen hat, **doch noch an eine Kommission verwiesen wird.** Es dünkt uns sogar **sehr wahrscheinlich, daß dies schon jetzt die Absicht des Centrums ist."**

Und auch die offiziöse „Berl. Korresp." schöpft neue Hoffnung aus dem Verhalten des Centrums:

„Die verbündeten Regierungen müssen an der Hoffnung festhalten, daß in den Monaten bis zur zweiten Lesung des Gesetzentwurfs im Plenum des Reichstags die einzelnen Parteien ihre Stellungnahme zu den Grundzügen desselben einer eindringlichen Prüfung unterziehen und infolgedessen **von der Notwendigkeit einer veränderten Haltung** sich überzeugen werden."

Die Regierung wird alle Coulissenkünste spielen lassen, um eine der Vorlage günstigere Situation im Reichstage zu schaffen. Daß dieser Versuch gemacht werden kann, schuldet man dem „arbeiterfreundlichen" Centrum.

Auch das Koalitionsrecht der Arbeiter ist der Centrumspartei ein Objekt der Schachermacherei und **durch die liebreiche Hilfe des Centrums kann die Scharfmacherregierung ihre dunkelen Pläne fortspinnen!** —

Die Reichstagssession.

Nach genau 99 Sitzungen hat sich der Reichstag bis zum 14. November vertagt — also nach einem ganz beträchtlichen Aufwand von Arbeit und Zeit, der für viele der diätenlosen Abgeordneten kaum noch erträglich ist, und doch unter Zurücklassung eines Wustes von unerledigten Vorlagen und Anträgen. Dabei traten die Kommissionen auch noch an zahlreichen, von Plenarsitzungen freien Tagen zusammen.

Daß die politischen Erfolge dieser Zeit- und Arbeitslast entsprochen hätten, wird kaum jemand behaupten. Und solange das Verhältnis zwischen verantwortlicher Regierung und Parlament ein derart rückständiges, innerlich unverbundenes und sogar widerstrebendes ist wie in Deutschland, wird auch fernerhin ein gut Teil der parlamentarischen Thätigkeit in ganz überflüssigen Beratungen nutzlos verpuffen. In allen konstitutionell hochentwickelten Ländern beruht die Feststellung des parlamentarischen Arbeitsstoffes auf einer vorherigen Verständigung zwischen der parlamentarischen Mehrheit und der Regierung; oder dieses Einvernehmen ist von vornherein gegeben, weil die verantwortlichen Spitzen der Regierung immer zugleich die Vertrauensmänner der Parlamentsmehrheit sind. Bei uns geht jeder der beiden „gleichberechtigten" Faktoren der Gesetzgebung seine eigenen Wege. Die Regierung widmet sich sogar mitunter mit besonderer Vorliebe der Ausarbeitung von Vorlagen, die wohl Tage, Wochen und Monate das Plenum wie die Kommissionen in Anspruch zu nehmen, die aber voraussichtlich niemals wirkliches Leben zu gewinnen vermögen. Das Parlament spielt alsdann geduldig und entsagend die ihm durch die Verfassung und die Umstände auferlegte Sisyphusrolle herunter, freilich unter stetig wachsender Teilnahmlosigkeit und Unlust der Masse der Abgeordneten, die schließlich nur noch für die bedeutsamsten Entscheidungen in Berlin zusammenzuhalten ist, während sonst mehr und mehr einer Art parlamentarischer Bureaukratie alle Geschäfte der Volksvertretung, in den Kommissionen wie im Plenum, zufallen.

In der laufenden Session wurden diese immer wiederkehrenden Mißstände noch verschärft durch die Stockung, welche die ganze Regierungsmaschinerie infolge der Jerusalemreise des Kaisers erfuhr. Diese hat die Zahl der aussichtslosen Vorlagen nicht vermindert, aber die Einbringung aller Entwürfe, auch nach der späten Einberufung des Reichstages, noch derart verzögert, daß öfter mitten in der Session der Beratungsstoff für das Plenum fehlte.

Kommen wir nun zu den einzelnen Ergebnissen, so hat der Etat, der 34 Sitzungen — 4 in erster, 28 in zweiter, und 2 in dritter Lesung — beanspruchte, wiederum eine Steigerung der Ausgaben, vor allem für Heer, Marine und Kolonien gebracht. Andererseits hat der gute Geschäftsgang vorläufig auch die Einnahmen weiter vermehrt. Gewachsen sind die einmaligen Ausgaben seit 1895 von Jahr zu Jahr von 160 Millionen Mark auf 161½, 210,7, 199,8 und 251,4 Millionen Mark, die fortdauernden Ausgaben von 1147 Millionen auf 1204, 1246, 1242 und 1300 Millionen Mark. Dazu hat sich jedoch der Bundesrat einen Nachtragsetat von 8½ Millionen für die inländischen Bedürfnisse, ferner einen Nachtragsetat für die Schutzgebiete geleistet, und die Karolinen haben uns dann glücklich nochmals eine Nachforderung von 17,68 Millionen Mark gebracht. Da es mit dem bloßen Ankauf der Südsee-Inseln nicht gethan ist, so wird man sich auf bedeutende Forderungen für den Ausbau und den Flottenschutz dieser Erwerbungen in den nächsten Kolonialrechnungen gefaßt machen müssen.

Die Marineausgaben waren diesmal durch das vorjährige Flottengesetz im wesentlichen bereits festgelegt. Dagegen rief die Erneuerung des Militär-Quinquennats die, beinahe zur Regel gewordene, kleine innere Krisis hervor. Die Regierung wünschte eine Erhöhung der Präsenzstärke um 861 Offiziere, 3299 Unteroffiziere und 23277 Gemeine. Ein Antrag Lieber strich 7000 Mann, erst in der Kommission, dann auch in zweiter Lesung im Plenum, während die organisatorischen Forderungen der Regierung, die vor allem die Feldartillerie betrafen, Annahme fanden. Ein Teil der Militärs und einige konfliktslüsterne va-banque-Politiker der Konservativen und der Nationalliberalen hätten nicht ungern eine Kraftprobe veranstaltet gesehen. Sie unterblieb schließlich, allerdings unter förmlicher Bekundung des Reichstages, eine höhere Ziffer sehr bald zu bewilligen, „wenn sich bei Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes die nachweisliche Unmöglichkeit ergeben sollte, mit der Friedenspräsenzstärke von 495 000 Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten die zweijährige Dienstzeit aufrecht zu erhalten". Der „Beweis" wird wohl kaum allzulange auf sich warten lassen, und der Appell von den schlecht unterrichteten Centrumspäpsten an die besser unterrichteten wird alsdann wahrscheinlich, ja ganz sicher mit einem Siege des Generalstabes und des preußischen Kriegsministeriums enden.

Die Arbeitervorlagen brauchen wir heute nicht ausführlich zu erwähnen: die kleine Verbesserung der Invaliden-Versicherung besprachen wir erst vor wenigen Tagen, und die groben Verschlechterungen des bißchen Koalitionsrechtes stehen nach den Agitationen der letzten Wochen und den Debatten der letzten Tage den Lesern noch wie flammende Warnungszeichen vor Augen. Die Gewerbegerichts-Anträge der Parteien sowie die Gewerbe-Ordnungs-Novelle der Regierung sind über die Erledigung in der Kommission nicht hinausgelangt.

Nicht einmal in der Kommission zum Abschluß kam dagegen der Entwurf über die Schlachtvieh- und Fleischbeschau. Der Widerstand der Agrarier gegen die Kontrolle der Hausschlachtungen, ihr immer ausgeprägter hervortretendes Bestreben, lediglich die ausländische Fleischzufuhr zu mißhandeln, ließ eine Verständigung immer aussichtsloser erscheinen. Beim Reichsbank-Gesetz erwies sich die agrarische Quertreiberei ziemlich hilflos; die bisherigen Grundlagen der Bankverfassung sind auf zehn Jahre bestätigt worden, unter Erhöhung des Grundkapitals, der steuerfreien Notenreform und des Gewinnanteiles des Reiches. Das Hypothekenbank-Gesetz, das zum erstenmale für Deutschland die Rechtsverhältnisse dieser Institute einheitlich regelt, brachten die Regierungen vollends glatt in den Hafen.

Die Postvorlagen, von denen besonders die Aenderungen im Posttagwesen und in der Stellung der Privatposten weitere Kreise interessieren, können nach den Ferien sofort die zweite Lesung erfahren — mit Ausnahme des Entwurfs über das Telegraphen-Wegerecht, der noch der Kommissionsberatung harrt.

Die Justizvorlagen der Regierung sowie der Antrag Rintelen, der in der Hauptsache die früheren Vorlagen der Regierung zur Strafprozeß-Ordnung und Gerichtsorganisation wieder aufnahm, haben in der Kommission eine Gestalt angenommen, welche nachgerade allen Parteien die Regelung so wichtiger Fragen wie die der Berufung gegen die Strafkammer-Erkenntnisse verleiden muß. Die finanzielle Schäbigkeit der Regierung, welche sich die neuen Berufungsinstanzen nichts oder doch so gut wie nichts kosten lassen will, und das Bestreben einzelner Kommissionsmitglieder, um jeden Preis etwas zu stande zu bringen, haben hier zusammen eine traurige Fehlgeburt erzeugt. Günstiger sind wohl — leider! — die Chancen der lex Heinze, über welche der Kommissionsbericht fertiggestellt ist.

Wie man sieht, hat der Reichstag für den Winter bereits ein reiches Arbeitspensum vor sich. Für die deutsche Arbeiterklasse steht natürlich im Mittelpunkte des Interesses die Zuchthausvorlage, die zwar arg zerzaust, aber doch immer noch lebendig in die zweite Hälfte der Session mit hinübergeschleppt wird. **Mögen die Parteigenossen in ihrer Bekämpfung keinen Augenblick ermüden.**

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Juni.

Sic volo, sic jubeo.

So will ich, so befehle ich — also schrieb einst der deutsche Kaiser Herrn v. Goßler unter sein Porträt. Wie mag sich nun der Herrscher zu den Ministern stellen, deren Verteidigung der Zuchthausvorlage diesem Gesetzentwurf schädlicher noch war als alle gegnerischen Angriffe?

Graf Posadowsky versprach am Mittwoch, er wolle dem Reichstag die Entstehung des Gesetzentwurfs erzählen. Aber er sprach nur von der einstimmigen Annahme der Vorlage

durch die Bundesregierungen und von der Unmöglichkeit einer Differenz zwischen Reichs-Justizamt und dem Reichsamt des Innern, da beide Aemter dem Reichskanzler unterthan seien. Die gespannte Neugier der Reichstagsboten, welche andere Enthüllungen erwartet hatten, wurde schwer enttäuscht. Da bleibt nichts übrig, als jene bekannten Kaiserworte jetzt nochmals in allgemeine Erinnerung zu bringen.

Am 17. Juni 1897 besuchte der Kaiser die Anstalten des Pastors v. Bodelschwingh in Bethel bei Bielefeld. Dort sagte er:

„Tief durchdrungen von dem siegreichen Erfolge evangelischer Liebesthätigkeit, die gerade auf westfälischem Boden, in Bielefelds Mauern so herrliche Früchte gezeitigt hat, erhebe ich den Pokal in der Hoffnung, daß Westfalens Söhne nicht zurückstehen werden mit ihrer Hilfe zur Unterstützung in der Ausführung **meines Programms:** Schutz der nationalen Arbeit aller produktiven Stände, Kräftigung eines gesunden Mittelstandes, rücksichtslose Niederwerfung jedes Umsturzes, **und die schwerste Strafe dem, der sich untersteht einem Nebenmenschen, der arbeiten will, an freiwilliger Arbeit zu hindern.** Ich trinke auf die westfälische Treue, die fester steht als die alten ehrwürdigen Steine der Sparrenburg und auf das Blühen **und** Gedeihen der Stadt und der Bürger Bielefelds."

Bald wurde das Werk des Arbeitswilligenschutzes in Angriff genommen. Graf Posadowsky ließ seinen berühmten Geheimerlaß ergehen und am 6. September 1898 konnte der Kaiser in Oynhausen folgenden Trinkspruch ausbringen:

... Wie alle, die industriellen Betrieben obliegen, so haben auch Sie ein wachsames Auge auf die Entwickelung unserer socialen Verhältnisse, und ich habe Schritte gethan, soweit es in meiner Macht steht, Ihnen zu helfen, um Sie vor wirtschaftlich schweren Stunden zu bewahren. Der Schutz der deutschen Arbeit, **der Schutz desjenigen, der arbeiten will,** ist von mir im vorigen Jahre in der Stadt Bielefeld feierlich versprochen worden. **Das Gesetz naht sich seiner Vollendung** und wird den Volksvertretern **in diesem Jahre** zugehen, worin jeder, er möge sein, wie er will, oder heißen, wie er will, **der einem deutschen Arbeiter, der willig wäre, seine Arbeit zu vollführen, daran zu hindern versucht oder gar zu einem Streik anreizt, mit Zuchthaus bestraft werden soll.** Die Strafe habe ich damals versprochen, und ich hoffe, daß das Volk in seinen Vertretern zu mir stehen wird, um unsere nationale Arbeit in dieser Weise, soweit es möglich ist, zu schützen."

Wie ist nun die Lage der Regierung, des Reichskanzlers und seiner Gehilfen?

Der vernichtende Spruch des Reichstages freilich erschüttert diese Regierung nicht, die in einem parlamentarisch geleiteten Staatswesen wie fortgeblasen wäre. Je mehr Niederlagen vor der Volksvertretung, um so fester ihre Stellung.

Aber wie wird sich der Kaiser mit dieser Regierung auseinandersetzen?

Zunächst hatte der Kaiser verlangt, die Vorlage solle noch „in diesem Jahre", also 1898, dem Reichstage zugehen. Das ist nicht geschehen.

Sodann hat der Kaiser gewollt, daß jeder, der einen Arbeitswilligen an der Arbeit zu hindern versucht oder zum Streik anreizt, mit Zuchthaus bestraft werden soll. Auch dieser Wille ist in der Vorlage nicht voll zum Ausdruck gebracht worden. Und vor allem, soweit er darin zum Ausdruck kam, fand er in den Regierungsrednern vor dem Reichstage so gut wie keine Vertretung, außer seitens des preußischen Handelsministers Brefeld. Der § 8 der Vorlage, der die Zuchthausbestimmung enthält, wurde in den vier Tagen der Reichstags-Schlacht kaum erwähnt, am wenigsten von den Herren am Regierungstische.

Der Kaiser hat sich in seiner Hoffnung getäuscht, daß „das Volk in seinen Vertretern zu mir stehen wird". Aber auch eine Reichstags-Auflösung kann der Kaiser jetzt nicht unternehmen, nachdem die Vorlage selbst von seinen Ministern im Stiche gelassen worden ist. Wie werden aber die Minister und Staatssekretäre vor dem Antlitz ihres kaiserlichen Herrn bestehen?

Geheime Arbeiterpresse in Russisch-Polen.

Die socialistische Partei Polens kann ein bemerkenswertes Jubiläum feiern. Ihr Hauptorgan „Robotnik", das in Warschau erscheint, hat jetzt den sechsten Jahrgang begonnen, da die erste Nummer dieses Blattes im Juni 1894 erschien. Der Inhalt der letzten Nummer ist sehr interessant und mannigfaltig. Der Leitartikel ist der Würdigung der neuen Waffe des polnischen Proletariats, der öffentlichen Demonstrationen, gewidmet, die am 1. Mai d. J. sich so erfolgreich erwiesen haben. Der folgende Artikel „Die Gewaltthaten der Regierung" behandelt die Ereignisse in Riga, wo die russischen Soldaten viele lettischen Arbeiter totgeschlagen haben. Dann folgt ein Artikel, veranlaßt durch das Jubiläum des russischen Dichters Puschkin, welches die russische Regierung für ihre Zwecke mißbrauchen wollte. Der erste Teil der Nummer schließt mit einer Dichtung von L. Warynski ab, der in der Schlüsselburger Festung von der Regierung ermordet wurde. Der zweite Teil besteht aus einem ausführlichen Bericht über den Verlauf des Maifestes in verschiedenen Teilen Polens, einer großen Anzahl von Korrespondenzen aus der Provinz und Berichten über die Arbeiterbewegung in verschiedenen Fabriken und Werkstätten. Der Rest des Blattes ist mit der Lokalchronik ausgefüllt, und am Ende der Nummer finden wir das Verzeichnis der Spitzel, die in der letzten Zeit — größtenteils in Lodz — entlarvt wurden.

Wenn wir die letzten Nummern der „Robotnik" mit den ersten (1894—95) vergleichen, so müssen wir über den großen Fortschritt erstaunen: der Inhalt ist beträchtlich mannigfaltiger und der Korrespondenzteil spiegelt heutzutage eine vielseitige Bewegung ab, die in den Volksmassen festen Fuß gefaßt hat, und nicht nur auf große Industriecentren wie Warschau, Dombrowa, Czenstochowa, Lodz, Bialystok beschränkt ist, sondern auch kleine Städtchen und Flecken ergriffen hat.

Dieses Aufblühen der Arbeiterbewegung zeigt sich vor allem in einer erweiterten und verstärkten Parteithätigkeit. Vor fünf Jahren hatte der „Robotnik" noch keine Waffenkameraden gehabt. Jetzt steht dem Centralorgan der „Gornik" zur Seite für den Bezirk Dombrowa-Sosnowice (vor kurzem ist Nr. 8 erschienen). Außerdem wird von der polnisch-socialistischen Partei der „Arbojter" in jüdischem Jargon herausgegeben, bestimmt für den jüdischen Teil des polnischen Proletariats. Dazu kommt im Auslande „Swiatlo" („Das Licht"), eine vierteljährige populär-wissenschaftliche Zeitschrift, welche den „Robotnik" vortrefflich ergänzt, indem sie mehr die allgemeinen Zeitfragen berücksichtigt.

Außerdem erfordert die Warschauer Bewegung specielle Beiblätter zum „Robotnik"; seit vorigem Jahre wird der „Kurjerek Robotnika" herausgegeben, ein Beiblatt, dessen Zweck in der raschen Benachrichtigung über die wichtigsten Zeitergebnisse besteht. Wenn wir noch dazu einer großen Anzahl der Flugschriften gedenken (in polnischer Sprache und jüdischem Jargon), die von der Partei veröffentlicht werden, so müssen wir feststellen, daß die Parteidruckerei eine nicht unbeträchtliche Arbeit vollführen muß. Es ist kaum nötig, zu erwähnen, daß alle diese Schriften, „Swiatlo" und „Arbojter" ausgenommen, in Polen **in der geheimen Druckerei** gedruckt werden, nach welcher die russische Polizei seit sechs Jahren vergeblich spürt. —

* * *

Deutsches Reich.

Karolinen-Graf.

Die Erwerbung der Karolinen hat bereits einen Erfolg gezeitigt, nämlich für — Herrn v. Bülow. Er ist in den Grafenstand erhoben worden. Dem Grafen v. Bülow wird diese Ehrung sicherlich ein Ansporn sein, sich der Suche nach neuen Punkten, an denen die neudeutsche Ueberseepolitik einsetzen kann, mit noch vermehrtem Eifer hinzugeben. —

In den Motiven und in der Denkschrift zur Zuchthausvorlage ist vielfach die Rede von den groben Schimpfworten, mit denen streikende Arbeiter nichtstreikende Arbeiter häufig traktieren sollen. Dazu schreibt uns ein Stadtrat aus einer sächsischen Fabrikstadt:

„Wer wie ich wiederholt und zu verschiedenen Malen Ohrenzeuge gewesen ist, wie in öffentlichen Lokalen Reden gefallen sind wie die: daß an jeden Baum ein Socialist gehängt; alle nach Sibirien geschafft; im Wasser ersäuft; reihenweise niedergeschossen werden müßten ꝛc., der urteile anders.

Bei solchen Reden sogenannter Gebildeter brauche man sich über die Sprache der Arbeiter, die meist dazu provoziert oder in der Erregung harte Worte gebrauchten, nicht zu wundern."

Wessen unsere politischen Gegner fähig sind, davon wissen auch unsere Abgeordneten ein Liedchen zu singen, sobald ein solcher eine Rede hält, die die Gegner tüchtig ärgert. Dann kann der betreffende Redner auf einen großen Wollenbruch von Zuschriften und Postkarten gefaßt sein, die voll der größten Schimpferein und Roheiten sind.

Eine herrschende Klasse, die sich von einer aufstrebenden Klasse in ihrer Stellung bedroht fühlt, kennt in der Verteidigung ihrer Stellung kein Maß in der Form und keine Rücksicht in der Anwendung der Mittel. So erklärt sich das Verhalten der Gegner. —

Der Kompensations-Feldzug

wird in der Kanalkommission des Abgeordnetenhauses tapfer geführt. Ganze Bündel der unmöglichsten Forderungen wurden der Regierung in der Freitagssitzung von Osten, Westen, Norden und Süden der preußischen Monarchie ins Gesicht geworfen, so daß die beiden Regierungsvertreter sich genötigt sahen, ziemlich deutliche Erklärungen abzugeben. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, **Thielen,** sagte unter anderm:

„Die Staatsregierung kann nur an der bereits bei den bisherigen Verhandlungen bekundeten und begründeten Auffassung festhalten, daß grundsätzlich der Bau neuer Verkehrsstraßen an sich diejenigen Landesteile, welche von ihnen keine Vorteile oder aber Nachteile erwarten, nicht berechtige, einen Anspruch auf Kompensationen zu erheben oder gar zu fordern, daß die Landes-Vertretung ihre Genehmigung der betreffenden Gesetzentwürfe von der vorherigen Zusicherung dieser Kompensationen abhängig mache. ... Die Staatsregierung wird, wenn der vorliegende Gesetzentwurf die Genehmigung erhält, die Wasserstraße zwischen Oberschlesien und Berlin zu einer leistungsfähigen ausbilden. Sollte dieser Weg sich als ungangbar erweisen, so werden als Ausgleich anderweite Maßnahmen insbesondere auf dem Gebiet der Eisenbahntarife in Aussicht zu nehmen sein. In Betreff der Lippe ist die Staatsregierung bereit, einem etwaigen Antrag der Provinz Westfalen auf Erteilung der Konzession der Kanalisierung vorbehaltlich der näheren Bedingungen zu entsprechen. Die Staatsregierung hat keine Veranlassung, auf die Kompensationsforderungen einzugehen."

Herr von **Miquel** erläuterte die Anschauung der Regierung noch in folgender Weise:

„Es liegen verschiedene Forderungen vor, auch von solchen Gebieten, die vom Kanal gar nicht getroffen werden, auch von solchen Abgeordneten, die entschlossen sind, gegen den Kanal zu stimmen, selbst wenn ihre Forderungen erfüllt werden. Diese Forderungen werden nebenbei hingeworfen, ohne daß die Ausführungsmöglichkeit feststeht oder die finanzielle Tragweite geprüft ist. Gerade jene Abgeordneten, welche die finanziellen Bedenken in den Vordergrund stellen, können es nicht verantworten, hier Versprechungen ins Blaue zu machen, ohne zu wissen, woher das Geld genommen werden soll. Ein solches Verfahren ist völlig unmöglich. Auch bei Eisenbahnbauten ist niemals so verfahren worden. Auf das jetzt vorgeschlagene Verfahren kann sich die Regierung grundsätzlich nicht einlassen. Es ist auch klar, daß keine Verzögerung des Kanalbaues auf unabsehbare Zeit herbeigeführt werden würde, wenn man den Forderungen nachgäbe. Von dem allgemeinen Grundsatz bezüglich der Kompensationen kann die Regierung für Schlesien eine Ausnahme machen, weil Ausnahme-Verhältnisse vorliegen. Es handelt sich hier um zwei große an den entgegengesetzten Grenzen liegende Industriegebiete, deren Absatz den Schnittpunkt Berlin hat. Hier sei es billig, einen Ausgleich herbeizuführen. Die Zugeständnisse an Schlesien bezweckten aber nicht, Stimmen zu fangen. Dazu würde die Regierung nicht die Hand bieten. Die Schiffbarmachung der Oder liege im allgemeinen Interesse. Unmöglich sei es, die schlesischen Forderungen in das Gesetz hineinzuschreiben und die ganze Sache in der Schwebe zu lassen, bis das Gesetz für Schlesien verabschiedet sei. Die unter allerhöchster Ermächtigung gegebene Zusage der Regierung biete den Schlesiern genügende Sicherheit. Ueber die sonst verlangten Kompensationen könne die Regierung in eine Erörterung nicht eintreten."

Die Agrarier und auch die Centrumsmänner erklärten sich jedoch durch diese Ausführungen keineswegs befriedigt. Sie verlangten, daß in eine sachliche Prüfung aller einzelnen Kompensationsforderungen eingetreten werden müsse.

Ob die Regierung durchdringen wird? In der Kommission wird der Kanal jedenfalls abgelehnt werden, dagegen glaubt man in parlamentarischen Kreisen, daß das Plenum sich für den Kanal entscheiden werde. Im anderen Falle werde das Abgeordnetenhaus aufgelöst werden. Man erzählt, daß Fürst Hohenlohe schon am 15. d. M. die Auflösungs-Ordre in der roten Mappe gehabt habe. —

Die Protestbewegung gegen die Zuchthausvorlage hat auch noch in den letzten Tagen, während schon der Reichstag den Wechselbalg zerpflückte, einen Umfang angenommen, wie selten eine derartige Bewegung. Die arbeitende Bevölkerung des Deutschen Reiches ist einmütig aufgestanden, um ihren entschiedenen Widerspruch gegen die von der Regierung im Bunde mit einigen Oberscharfmachern geplante Knebelung der um bessere Lebensbedingungen kämpfenden Arbeiter zum Ausdruck zu bringen. Seit dem Bekanntwerden der Vorlage waren wir in der Lage, fast täglich über eine große Anzahl von Versammlungen der Arbeiter verschiedenster Parteistellung zu berichten, die einmütig nicht nur glatte Ablehnung der Vorlage, meist mit Ausnahme des § 11, sondern gleichzeitig die Erweiterung und vollständige Sicherung des Koalitionsrechtes forderten. Seit unserm letzten Bericht liegen uns wieder Mitteilungen von circa anderthalb hundert Versammlungen vor, die einzeln anzuführen wir leider unterlassen müssen; auch unter ihnen befinden sich wieder eine Anzahl solcher von freisinnigen und christlichen Arbeitern, sowie national-sociale Kundgebungen. Flugblätter wurden in vielen Orten verbreitet.

Der Ausgang der ersten Beratung der Vorlage zeigt, daß diese Massenproteste ihren Eindruck nicht verfehlt haben. Aber noch ist das Monstrum nicht gänzlich tot; die Arbeiter müssen auch ferner noch auf dem Posten sein und dafür sorgen, daß es gänzlich beseitigt wird. —

Ein schweres Dienstvergehen.

Unter der Ueberschrift „Kundgebung der Wünsche und Beschwerden der Beamten in der Presse" zirkuliert gegenwärtig in den Bureaus verschiedener Behörden ein Ministerial-Erlaß, welcher zur sorgfältigen Beachtung in Erinnerung gebracht wird. Derselbe hat folgenden Wortlaut:

„Es hat leider mehrfach die Wahrnehmung gemacht werden müssen, daß Beamte sich soweit vergessen haben, ihre Wünsche oder Beschwerden durch Kundgebungen in der Presse, statt auf dem durch die Dienstordnung vorgeschriebenen Wege, zu verfolgen. Daß diese Beamten sich damit eines sehr **schweren Dienstvergehens** (?) schuldig und des Ansehens und Vertrauens unwürdig machen, welches ihr Beruf erfordert, scheint nicht überall zum genügenden Bewußtsein gekommen zu sein. Im Interesse der Disciplin und der öffentlichen Autorität veranlasse ich Ew. ꝛc., gegen Vorkommnisse solcher Art in der dortigen Verwaltung schleunigst und nachdrücklichst disciplinarisch einzuschreiten, zur Ermittelung der Schuldigen (!), wenn nötig, auch die zuständige Polizeibehörde in Anspruch zu nehmen und die Herren Direktoren der betreffenden Aemter mit entsprechender Anweisung zu versehen. Bietet die Form oder der Inhalt des betreffenden Preß-Inserats dazu Anlaß, so wird außerdem strafrechtlich einzuschreiten sein."

Es ist bei diesem Vorgehen wohl hauptsächlich auf die Unterbeamten abgesehen. Denn die oberen Beamtenschichten, die Richter, die Gymnasiallehrer ꝛc. ꝛc. bedienen sich bei Betreibung ihrer Wünsche mit Vorliebe der Tagespresse. Wenn man aber glaubt, die Unterbeamten in eine Ausnahmestellung drängen zu können, so dürfte dies ein Irrtum sein. Erstens kann man den Zeitungen, die für sociale Dinge Verständnis haben, nicht verbieten, sich um die vielfach sehr mißlichen Angelegenheiten der Unterbeamten zu bekümmern. Und dann kennen die Unterbeamten viel zu gut das Gewicht der öffentlichen Meinung, auch haben sie von den Oberbeamten hinsichtlich der Agitation für Gehälteraufbesserung und dergleichen zu viel gelernt, um sich das Agitationsmittel der Presse für ihre eigenen Zwecke entgehen zu lassen. Daß der Erlaß der Regierung von einem mittelalterlichen Geiste zeugt, der sich vor dem klaren Licht der Oeffentlichkeit verkriecht, brauchen wir nicht erst zu sagen. —

Nach der Rominteuer Heide, dem ostpreußischen Jagdrevier des Kaisers, ist dieser Tage wieder das in Königsberg stehende **Pionierbataillon Nr. 1** gerückt, um umfangreiche Waldarbeiten vorzunehmen. Der Rominteefluß soll durch ein zu erbauendes hölzernes Bollwerk in ein anderes Bett gedrängt werden, ferner sollen Blockhäuser und Schießkanzeln errichtet werden.

Man muß erstaunen, daß der betreffende Bataillonschef seine Soldaten der Forstverwaltung zu solchen Arbeiten zur Verfügung stellt. Die Soldaten werden doch nicht eingezogen, um freien Arbeitern Konkurrenz zu machen. Oder ist die Dienstzeit etwa zu lang bemessen? —

Neue Liebesgabe gefällig?

Die Frage der Arbeiterwohnungen auf dem Lande behandelt in der agrarisch-konservativen „Ostpreußischen Zeitung" Herr von Radecke-Redden. Anknüpfend an die Worte des Kaisers über die Cadiner Arbeiterwohnungen meint Herr von Radecke, daß die Verbesserung der Arbeiterwohnungen der immer bedrohlicher werdenden Arbeiternot steuern könnte. Den Landwirten sei es aber nicht möglich, etwas zu thun, deshalb sei Abhilfe „nur durch **staatliche Unterstützung** denkbar". Der Staat soll dadurch helfend eintreten „daß er zu den Baukosten mustergültiger Arbeiterwohnungen Darlehne bewilligt, welche durch Amortisation in Form von Renten zurückzuzahlen wären, wodurch auch jeder Verlust ausgeschlossen bleiben würde.

Daß die Arbeiterwohnungen jetzt einfach skandalös eingerichtet sind, bestreitet Herr v. Radecke nicht. Er sagt: „Durch die in dieser Weise gebotene Möglichkeit der Beschaffung eines besseren Heims für die ländlichen Arbeiter, würde nicht nur dem landesväterlichen Wunsche Seiner Majestät entgegengekommen, sondern auch den zum Teil berechtigten Einwendungen der Socialdemokraten über die unwürdige Behandlung unserer Arbeiter aller Boden entzogen werden."

Das Eingeständnis, daß die Behauptungen der Socialdemokraten über unwürdige Behandlung der Landarbeiter richtig sind, wird den ostpreußischen Agrariern a la Klinckowström wenig Freude machen.

Aber interessant ist die agrarische Anschauung von der Verpflichtung des Staates, Darlehen zu geben. Welcher andere Unternehmer kann sich Arbeiterwohnungen vom Staate bauen lassen? —

Der Herr Landrat. Im Kreisblatt für den Kreis Filehne findet sich folgende „Amtliche Bekanntmachung":

„Die Geschäfte des Landratsamtes sind von mir bei meinem Ausscheiden aus demselben heute an den mit der ferneren Verwaltung beauftragten Königlichen Regierungs-Assessor Herrn Dr. Bureſch übergeben worden. Indem ich mich von meinen Kreiseingesessenen hierdurch verabschiede, sage ich denselben für die während meiner langjährigen Amtsführung und ganz besonders noch aus Anlaß meines Scheidens in überreichem Maße mir bewiesene Treue und Anhänglichkeit meinen tiefempfundenen Dank. Die Gesinnung meiner Kreiseingesessenen hat mir den Kreis für immer zur Heimat gemacht.

Filehne, den 16. Juni 1899.

v. Boddin, Regierungsrat."

Der Herr Landrat spricht, als sei der Kreis, dem er Dienste geleistet, sein Kreis und die Bewohner „seine" Unterthanen, die ihm Treue bezeugen sollen wie einem Landesherrn „von Gottesgnaden". —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Wohin es führt, jeden, der verdächtig ist, eine beleidigende Aeußerung gegen den Kaiser gethan zu haben, vor den Richter zu bringen, davon lieferte eine Verhandlung, welche am Dienstag vor der Strafkammer in Frankfurt a. O. stattfand, einen recht drastischen Beweis. Zwei Zuchthäusler in Sonnenburg, ein Bäcker Adolf M. und der Drehorgelspieler Emil K., standen mit zwei Zuchthäuslern, deren einer eine zwölfjährige Strafe wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle zu verbüßen hat, während der andere ein wegen Mordes zum Tode verurteilter, aber zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigter Mensch ist, nicht auf gutem Fuß und wurden von diesen nur beschuldigt, beleidigende Aeußerungen gegen den Kaiser gethan zu haben. Das Gericht schenkte den Aussagen der beiden Belastungszeugen jedoch keinen Glauben und sprach die Angeklagten frei. —

Probefahrts-Ergebnisse!

Kiel, 22. Juni 1899.

Der große Kreuzer „Hansa" hat in letzter Zeit seine Probefahrten abgehalten. Die „Hansa" ist ein Schwesterschiff der auf der Jerusalemfahrt als ein solcher Höllenkasten sich erwiesenen „Hertha", welche ein halbes Jahr lang im Hafen von Genua die notwendigsten Vorkehrungen treffen mußte, um dem Heizpersonal den Aufenthalt im Heizraum wenigstens einigermaßen erträglich zu machen. Auch bei der „Hansa" haben die gleichen Veränderungen vorgenommen werden müssen. Es sind neue Luftschächte eingebaut worden und ist in einer ganz neuen Art und Weise die Wärme-Ausstrahlung der Kessel herabgesetzt.

Am vorigen Freitagmorgen sollte die „Hansa" abermals in See gehen. Noch im Hafen liegend, jedoch beim Einlassen des Dampfes in das Hauptrohr der Nebendampfleitung, die den Dampf all den zahlreichen Hilfsmaschinen des Schiffes zuführt, zeigte sich anscheinend ein Flansch undicht. Beim Nachsehen stellte sich heraus, daß dieses 5—6 Zoll im Lichten messende Rohr einen Riß von ca 120 Millimeter Länge bekommen habe.

Und dieses ist erfolgt, nachdem die Hauptprobefahrten schon abgeschlossen waren. Welch Unheil hätte wieder entstehen können, wenn etwa bei forcierter Fahrt das Rohr geplatzt wäre und aus diesem dicken Rohr der glühende Odem sich in den Heizraum ergossen hätte.

Mit der Lupe ist die Bruchstelle des Rohres untersucht worden, genaue Zeichnung ist angefertigt und dann der Befund dem Marineamt gemeldet. Bis dato ist kein Wörtchen von diesem Vorkommnis in die Oeffentlichkeit gedrungen, wie es ja überhaupt schwer hält, von den Einzelheiten einer Probefahrt genaues zu erfahren. Fast scheint es, als ob man in diesen Dingen die Oeffentlichkeit fürchtet. —

Von der Germanisierung in Posen. Die preußische Regierung ist bekanntlich ebenso human wie genial, wo es sich darum handelt, das Deutschtum zu verbreiten. In Nordschleswig werden die unschuldigen dänischen Dienstboten ausgewiesen, in Posen betreibt man die Sprachenausrottung des Polnischen mit allen Mitteln. Aus der Stadt Posen wird berichtet:

Die hiesigen Polen hatten eine Deputation an den Kultusminister gesandt mit einer Bittschrift betreffs Aufhebung des Verbots von privatem polnischen Sprachunterricht und Aufhebung der Geldstrafen von je 100 Mark, die den Damen angedroht waren, die privaten polnischen Sprachunterricht erteilten. Wie der „Goniec" sich drastisch ausdrückt, hat man jedoch in Berlin die Deputation stante pede nach Posen zurück an den Oberpräsidenten geschickt, ohne ihr auch nur einen Stuhl angeboten zu haben. Jetzt ist die Antwort des Oberpräsidenten v. Wilamowitz eingelaufen; sie besagt, daß sowohl das Verbot des polnischen Sprachunterrichts wie die von der Polizei verhängten Geldstrafen von 100 M. sachgemäß seien.

Auch die Pädagogen — allerdings sind es Pädagogen eigener Art — bemächtigen sich der Germanisierung. Ueber Anwendung der Prügelstrafe wegen Gebrauchs der polnischen Sprache erzählt die „Gazeta Grudziondska", daß in der Schule zu Waldowo, Kreis Flatow, die Kinder während der Pause das Klassenzimmer, sich drängend, verließen. Da rief der Schüler Chyla auf polnisch: „So drängt doch nicht so sehr!" Ein deutscher Schüler teilte dem Lehrer mit, daß Chyla polnisch spreche. Der Lehrer soll nun des Knaben Kopf zwischen die Knie genommen und den deutschen Knaben befohlen haben, Chyla tüchtig durchzuprügeln. Zum Schluß habe der Lehrer dem Jungen auch einige Schläge versetzt. Der Vater des Chyla hat Strafanzeige erstattet. —

Eine „moderne" Gesinde-Ordnung.

Aus Gotha wird uns geschrieben: Der gemeinschaftliche Landtag für die Herzogtümer Koburg und Gotha beschloß nach siebentägiger, oft leidenschaftlicher Verhandlung die **Gesinde-Ordnung** in namentlicher Abstimmung mit 15 gegen 12 Stimmen. Die sieben Socialdemokraten und fünf Freisinnige stimmten dagegen. Die Gesinde-Ordnung enthält analog derjenigen der benachbarten Thüringer Staaten neben Schadenersatzleistung noch die Bestrafung wegen Kontraktbruchs mit Geldstrafe bis 30 M. und Haftstrafe bis zu 1 Woche, desgleichen wegen Ungehorsams oder Widerspenstigkeit Geldstrafe bis 20 M. oder Haftstrafe bis zu 5 Tagen, ferner gewährt es der Herrschaft das Recht, die Sachen der Dienstboten zu durchsuchen. Die Herrschaften sind in allen Fällen den Dienstboten gegenüber nur zu Schadenersatz verpflichtet. Bloß wegen Widerspenstigmachen von Dienstboten, oder wenn sie entlaufene Dienstboten in „Dienst oder dauernde Arbeit" nehmen, werden auch sie mit Strafe bedroht. Der Regierungsentwurf enthielt noch die polizeiliche Vorführung bei verweigertem Dienstantritt oder bei Kontraktbruch. Unserer Fraktion ist es gelungen, letztere Bestimmung auszumerzen. Die Bemühungen der Socialdemokraten, Licht und Schatten durch das Gesetz gleichmäßig zu verteilen, scheiterten an dem Klasseninstinkt des Koburg-Gothaer Liberalismus. Die neue Gesinde-Ordnung enthält gegenüber der alten Gothaer Gesinde-Ordnung vom Jahre 1797, also zur Zeit der Leibeigenschaft von einer absoluten Regierung erlassen, ganz einschneidende Verböserungen. Die alte Gesinde-Ordnung kannte bloß die polizeiliche Vorführung, aber weder Bestrafung des Kontraktbruches, noch wegen Ungehorsam oder Widerspenstigkeit, auch kennt sie kein Durchsuchungsrecht der Herrschaft.

Man sieht, daß Koburg-Gotha, die Hochburg liberaler Ideen, an der Spitze der „Civilisation" marschiert. —

Friedenskonferenz.

Der Unterausschuß für **Bewaffnung der Landheere** hielt eine Sitzung ab, in welcher der vom General Beer-Poortugael erstattete Bericht genehmigt wurde. Mit 20 gegen 2 Stimmen und bei einer Stimmenthaltung wurde der Vorschlag betreffend das Verbot der Verwendung explodierender und beim Aufschlagen auseinandergehender Geschosse angenommen. Im Laufe der Beratung wurde zum Zwecke der Verhinderung einer Legendenbildung festgestellt, daß in Tübingen keine Waffenfabrik besteht und daß niemals beabsichtigt worden ist, im deutschen Heere Geschosse einzuführen, deren Kern nicht vollständig vom Mantel bedeckt ist. Was zu einem gewissen Mißverständnis Anlaß habe geben können, seien Experimente eines Professors an der Tübinger Universität. Der Ausschuß beschloß ferner einstimmig, daß es für einen Zeitraum von 5 Jahren verboten sein soll, von einem Ballon aus oder mit Hilfe ähnlicher Vorkehrungen Geschosse abzufeuern. Schließlich wurde mit allen gegen eine Stimme das Verbot der Verwendung von Geschossen beschlossen, welche nur den Zweck haben, Stick- oder giftige Gase zu verbreiten. —

Ausland.

Die Verschickung nach Sibirien

hat vor einigen Wochen eine Konferenz unter dem Vorsitze des Kaisers von Rußland beschäftigt. Es wurde damals schon von uns mitgeteilt, daß es hauptsächlich Gründe wirtschaftlicher und finanzieller Art sind, die der russischen Regierung die Abschaffung der Strafverschickung nach Sibirien empfehlen, weil die Regierung auf eine wirtschaftliche Entwickelung Sibiriens hofft, die durch den Charakter als Strafkolonie gestört werden würde.

Es ist zur näheren Prüfung der Frage, wie die „Verschickung" zu ersetzen wäre, eine Kommission eingesetzt worden, über die jetzt folgende Mitteilungen vorliegen: Nach der Meinung des Vorsitzenden wird sich die Kommission unter anderem mit folgenden Fragen zu befassen haben: 1. Ersetzung der Deportation auf Grund richterlicher Entscheidungen durch gleichwertige Strafen. 2. Abschaffung oder Einschränkung der im Verwaltungswege erfolgenden Deportation. 3. Reorganisation der Internierungs-Bagnos. 4. Verbesserung des Loses der zur Zeit in Sibirien befindlichen Deportierten. 5. Organisation der Zwangsarbeit und Internierung in Arbeitshäusern als Vorbeugungs- und Strafmaßregeln.

Uebrigens scheint die Kommission Wert darauf zu legen, die Meinung möglichst weiter Kreise über die ihr gestellte Aufgabe zu hören. Das amtliche „Journal de St. Pétersbourg" giebt folgendes bekannt:

„In der Ueberzeugung, daß es sehr nützlich sein wird, die Meinung solcher Persönlichkeiten in Rußland oder im Auslande, welche solche Fragen theoretisch oder praktisch studiert haben, kennen zu lernen und Auskunft von ihnen zu erlangen, bringt der Vorsitzende der Kommission zur allgemeinen Kenntnis, daß die Kommission Mitteilungen jeder Art in Bezug auf die vorgenannten Fragen mit Dank annehmen und mit Aufmerksamkeit prüfen wird. Solche Mitteilungen, deren Form und Ausdehnung völlig den Urhebern überlassen ist, sind zu richten an den Geschäftsführer der Kommission, Wirklichen Staatsrat Alexander Petrowitsch und den Chef der Generaldirektion der Gefängnisse, Salomon, unter der Adresse: St. Petersburg, Generaldirektion der Gefängnisse.

Schweiz.

Ein Socialdemokrat als Regierungsbeamter. Professor Reichel in Bern, der vom Bundesrat zum eidgenössischen Justiz-Sekretär an Stelle des zurückgetretenen Professors Salis ernannt worden, ist der erste Socialdemokrat, dem eine der ersten Beamtungen im Bunde übertragen wird. Gewisse Philister, die gewohnt waren, jeden Morgen einen Socialdemokraten zu verspeisen, werden diese Welt nicht mehr verstehen. —

Italien.

Vorbereitung zum Staatsstreich. Das „Wolffsche Bureau" meldet aus Rom vom 22. Juni: „Die hiesigen Blätter verzeichnen das Gerücht, das Ministerium und die Kammerkommission würden den Gesetzentwurf betr. die politischen Maßnahmen in abschwächendem Sinne ändern, und es werde durch einen Gesetzerlaß die Einführung dieser Maßnahmen für einen bestimmten Zeitpunkt festgesetzt. Die Kammer, welche am 28. d. M. wieder zusammentrete, würde volle Freiheit haben, den Gesetzentwurf von neuem abzuändern oder ihn sogar abzulehnen. Auf diese Weise würde nach Ansicht der Blätter der Gesetzeserlaß gleichkommen der Festsetzung eines Termins, bis zu welchem die parlamentarische Behandlung des Gegenstandes erschöpft sein müsse."

Das bedeutet nichts anderes, als daß die Regierung beabsichtigt, die schmählichen Umsturzgesetze verfassungswidrig zu oktroyieren.

Das italienische Volk wird sich dies nimmermehr gefallen lassen! —

Rußland.

Neue Verhaftungen haben in Belostock stattgefunden. Unter anderen ist der Apothekergehilfe Anzechewitsch verhaftet worden.

Wir werden ersucht mitzuteilen, daß ein gewisser Eltschik sowie seine Frau, welche im Wilnaer Gefängnis untergebracht sind, belastende Aussagen gegen ihre Bekannten machen. —

Aus Finnland schreibt man uns:

Das russische Blatt „Svjät", das mit der offiziösen „Nowaja Wremja" die Ehre teilt, als ein bellender Hund auf Finnland los zu gehen und dessen Bewohner möglichst viel zu verleumden, hat jüngst die Rede des Landmarschalls v. Troils bei der Schließung des Landtages vollständig verdreht wiedergegeben und leider dadurch die öffentliche Meinung Europas irre geführt. Nach „Svjäts" Referat sieht es fast so aus, als wäre man in Finnland ganz zufrieden mit den jetzigen Maßregeln. In Wahrheit hat aber Baron v. Troil sehr energisch die Rechte und die Verfassung des Landes in jener Rede verteidigt und dem tiefen Kummer, der Unzufriedenheit und Erbitterung des Landes Ausdruck gegeben. Dasselbe haben auch alle die übrigen Vorsitzenden der Stände (in Finnland existiert noch die alte Einteilung in vier Stände). So sagte der Präsident des geistlichen Standes, Erzbischof Johansson: „Unruhe herrschte in unserem Lande bei Eröffnung des Landtages und mit tiefer Trauer stehen wir jetzt vor dem Throne. Die Verhältnisse im Kaiserreiche sind so grundverschieden von den entsprechenden in Finnland, daß man dort die Ursache der tiefen Trauer, die des finnischen Volkes sich bemächtigt hat, kaum versteht; aber sehr treffend hat der edle Fürst Alexander I. in seinem Manifeste vom 21. Februar 1876 die Stellung des finnischen Volkes charakterisiert, indem er sagte: „Die Verfassung und die Gesetze, welche mit der Eigenart, mit den Sitten und der Bildung des finnischen Volkes übereinstimmend, während einer langen Reihe von Jahren der Grundwall seiner bürgerlichen Freiheit und Ruhe gewesen sind, können nicht ohne Gefahr für diese beschränkt oder erschüttert werden." In diesen Worten steckt eine tiefe Wahrheit und dies erklärt auch die gegenwärtige Stimmung unseres Volkes.

Die Repräsentanten des finnischen Volkes sind eidlich verpflichtet, den Grundgesetzen gemäß zu wirken und sowohl das Recht des Volkes als das des Großfürsten, des Zaren für Rußland, zu beachten. Und deshalb haben die Beschlüsse der Stände in keiner anderen Richtung gehen können.

Die Unantastbarkeit des Gesetzes ist eine notwendige Bedingung für die moralische Entwicklung eines Volkes. Ueberall drängt sich bei dem Volke der Gedanke hervor: Wenn der Kaiser und Großfürst eine Ahnung von den Gewissensmartern, von der Trauer und der Angst hätte, die alle Gemüter jetzt erfüllen, dann würde er schon den Grund des Kummers entfernen. Und das Volk ist auch überzeugt davon, daß das für ihn nicht schwer wäre.

Und der Präsident des Bauernstandes, der Bauer Wärri sagte: Mit Trauer und Schmerz hat der Bauernstand bei diesem Landtag die Vorlagen der Regierung behandelt. Der Militarismus ist immer eine schwere Bürde für das Volk, aber am schwersten lastet er auf den Volksklassen, die sich mit körperlicher Arbeit beschäftigen. Vor allem ist darum auch der Bauernstand durch die neuesten Vorkommnisse beunruhigt worden, welche das Fundament unserer Gesetzgebung erschüttert haben. Das finnische Volk kennt kein höheres Gut als seine Grundgesetze, in deren Schutz es Generation nach Generation sich entwickelt hat. — — — Der Bauernstand hofft, daß der junge Fürst, der für das Wohl der Menschheit die Gräuel des Krieges entfernen will, sein Ohr den Bitten des treuen finnischen Volkes nicht verschließen wird.

* * *

So weit das Schreiben. Es zeigt so recht deutlich, daß wir es hier nicht mit einer revolutionären Bewegung im modernen Sinne zu thun haben, sondern mit dem Widerstand eines seine alten Gerechtsame und Freiheiten liebenden Volkes, das für die Verfassung und das Gesetz gegen brutale Willkür eintritt. Um so unverantwortlicher und frivoler erscheint aber der schmachvolle Rechtsbruch, den die Regierung im selben Augenblick begangen hat, wo sie die Welt zu der scheinheiligen Posse der Friedenskonferenz einlud.

Der Schmerz und die Trauer des finnischen Volkes werden ihm wenig nützen. Ob der Zar gutmütig ist oder nicht — trotz aller Selbstherrlichkeit ist er ein willenloses Werkzeug in den Händen der reaktionären Clique, die in Unterdrückung des Volks und Eroberungen ihr einziges Heil erblickt, und die ebenso kaltblütig die finnische Nation erdrosselt, wie sie das eigene Volk in 11 Provinzen des Reichs verhungern läßt.

Rußlands Vorschreiten. Einer Meldung aus Pittsburg zufolge schloß die Carnegie-Gesellschaft einen Kontrakt ab auf Lieferung von 180 000 Tonnen Stahlschienen an Rußland im Laufe von 26 Monaten. Es sei mit Sicherheit anzunehmen, daß der Preis nicht weniger als 25 Dollar pro Tonne betrage. Die Schienen seien für die russischen Bahnen von Sibirien nach China bestimmt. —

Asien.

Vom widerspenstigen China. Die „Times" melden aus Peking vom 21. d. M., das Tsung-li-Yamen habe auf die Forderung der britischen Gesandtschaft, den Gouverneur von Kwei-tschau unverzüglich seines Amtes zu entheben, weil er es unterlassen habe, die Mörder des Missionars Fleming zu bestrafen, es rundweg abgelehnt, den Gouverneur seines Postens zu entsetzen. —

Ein Ministerium

ist nun nach mehrfachen Mißerfolgen in **Frankreich** zu stande gekommen. Und zwar ist es, wie es die Situation in Frankreich erheischt, ein Ministerium der republikanischen Konzentration. Alle Gruppen der Republikaner, die den Sturz der alten, unzuverlässigen Regierung herbeigeführt haben, sind im Ministerium vertreten.

Wir haben schon gestern mitgeteilt, daß es die folgende Zusammensetzung hat:

Waldeck-Rousseau (republikanische Vereinigung des Senats) Vorsitz und Inneres, General de Gallifet Krieg, Monis (demokratische Linke des Senats) Justiz, Millerand **(Socialist)** Handel, Baudin (social. Radikaler) Bauten, Decrais (gemäßigter Republikaner) Kolonien, de Lanessan (Radikaler) Marine, Leygues (gemäßigter Republikaner) Unterricht, Jean Dupuy (republikanische Linke des Senats) Ackerbau, Decassé (Radikaler) Aeußeres, Caillaux (gemäßigter Republikaner) Finanzen.

Das für unsere deutschen Leser bemerkenswerteste ist jedenfalls in der neuen französischen Regierung, daß ein Socialist in ihr Platz gefunden hat. Millerand ist einer der bekanntesten Führer der Arbeiterpartei und ist Herausgeber der socialistischen „Lanterne". Nichts beleuchtet greller die Gefahr, von der die überrheinische Republik bedroht wurde, als die Thatsache, daß die Bourgeoisrepublikaner es über sich gewannen und es für nötig hielten, sich der thätigen Mithilfe eines Socialisten zu versichern.

Und ehrenwert ist die Selbstverleugnung unserer französischen Genossen, die einen der ihrigen in das Ministerium schickten, in dem auch der General Gallifet, der Niedersäbler des Kommuneaufstandes von 1871, sitzt. Die französische Partei durfte nicht dem Beispiel vieler Bourgeoisrepublikaner folgen, die um persönlicher Feindschaften willen die Republik ruhig dem Abgrunde entgegentreiben lassen. Jaurès schreibt darüber in der „Petit République":

„Ich weiß, daß das Kabinett einen Namen enthält, der dem Proletariat ein Greuel ist. Aber was kann der Socialismus dafür, daß die bürgerlichen Republikaner keinen Mann finden konnten, der dem militärischen Uebermut einen Dämpfer aufsetzen könnte? Die Republik ist in Gefahr. Hat ein Ministerium den Mut, die Aufrührer im Waffenrock zu treffen, so ist es uns gleich, welches Werkzeuges es sich bedient. Ich für meinen Teil und unter meiner persönlichen Verantwortlichkeit zolle Millerand vollen Beifall dafür, daß er in diesem Kampfministerium einen Posten angenommen hat. Es ist etwas Großes, daß die bürgerliche Republik in der Stunde der militärischen Verschwörung selbst die socialistische Entschlossenheit anrufen muß. Es ist ein Geschichtsdatum, und unsere Partei durfte dieses Anerbieten des Schicksals nicht unbenutzt lassen."

Was Waldeck-Rousseau, den Ministerpräsidenten anbetrifft, so ist er zwar sonst ein waschechter Bourgeoisrepublikaner, aber er gehört zur älteren republikanischen Generation, die mit den Feinden der Republik nicht paktieren will. Der Klüngel Meline-Deschanel-Poincaré erblickte in der Berufung Waldeck-Rousseaus sozusagen ein Attentat auf sein Regierungsmonopol. Mit Waldeck-Rousseau trat auf den Plan ein gefährlicher, seit mehr als 12 Jahren beiseite gebliebener Nebenbuhler. Dazu bekundete Waldeck-Rousseau den Entschluß, den prätorianischen Umtrieben ein Ende zu machen und das Gesetz gegenüber den militärischen Verbrechern in Anwendung zu bringen. Er legte einen glänzenden Beweis für ein tiefes Verständnis der Situation und für seinen guten Willen ab, indem er dem socialistischen Abgeordneten Millerand ein Portefeuille anbot.

Welche Aufnahme dies Ministerium des Kampfes und der Säuberung in den nationalistischen, monarchistischen Kreisen, bei den Begünstigerern der Fälscherbande des Generalstabes findet, kann man sich denken. Der Antisemit Lasies, der in der Kammer den Skandal verursachte, schreibt zum Beispiel im „Petit Caporale": Das ist keine Konzentration mehr, das ist eine Prostitution.

Aber auch radikale Kreise scheinen mit der Zusammensetzung der Regierung unzufrieden zu sein. Uns wird darüber vom Freitag aus Paris telegraphiert:

In den Wandelgängen der Kammer herrscht große Aufregung. Radikale und socialistische Abgeordnete sind durch die Anwesenheit des Generals Gallifet im Ministerium äußerst aufgeregt. Der kollektivistische Abgeordnete Groussier wird das Kabinett nächsten Montag über die Zugehörigkeit Gallifets zum Ministerium, und der Abg. Mesureur ebenfalls über die allgemeine Politik interpellieren. Man glaubt, das Kabinett werde bereits an diesem Tage stürzen können, weil die Konzentration, wie sie sich jetzt zeigt, nicht das Resultat ergeben hat, das man erwartete. Dreizehn socialistische Abgeordnete hielten eine Versammlung ab und beschlossen, eine revolutionäre Gruppe zu bilden.

Ueber die Maßregeln, die von der neuen Regierung ins Auge gefaßt werden, um der Republik Achtung zu verschaffen, wird aus Paris gemeldet: Gallifet beabsichtige, unverzüglich den Militärgouverneur von Paris Zurlinden durch den General Brugère zu ersetzen, die Generale Boisdeffre und Gonse zu pensionieren, Pellieux zur Disposition zu stellen und Roget aus Paris zu entfernen. Der „Figaro" teilt mit, das neue Kabinett werde die Polizei-Präfektur von Paris Lépine übertragen, welcher im Staatsrat durch den jetzigen Präfekten Blanc ersetzt werden würde. — Man glaubt, gegen General Metzinger werde nicht vorgegangen werden, wohl aber gegen General Hartschmidt und Oberst Sarze.

Die ministerielle Erklärung, die am Montag in den Kammern zu erwarten ist, werde sich darauf beschränken, zu versichern, daß das Kabinett bestrebt sei, **Frankreich aus der gegenwärtigen Krise zu befreien;** das Kabinett werde an das Parlament die Aufforderung richten, es nach seinen Thaten, nicht nach seiner Zusammensetzung zu beurteilen, und werde alle Republikaner zur Einigung aufrufen.

Der Riesenkampf im Baugewerbe.

Am gestrigen Tage war vollständiger Waffenstillstand. Weder Arbeitseinstellungen noch Aussperrungen haben im Laufe des Tages stattgefunden. Auch Neubewilligungen sind nicht zu verzeichnen. Nichts wäre den Fremden, die Berlin besuchten, aufgefallen; nichts hätte sie darauf aufmerksam gemacht, daß hier ein gewaltiger Kampf tobt, als vielleicht die vielen Bauten, die im halbfertigen Zustande liegen, weil die geschäftigen Hände fehlen, um das Werk zu vollenden. Die feiernden Arbeiter sieht man in kleinen Gruppen, eifrig diskutierend, durch die Straßen ziehen, nach den Lokalen, in welchen die Bureaus für die bestimmten Bezirke eingerichtet sind und in denen von den dazu berufenen Personen die verschiedensten Dinge erledigt werden. — Hier herrscht geschäftiges Treiben. Hier werden die Karten der Ausständigen, die sich täglich zur Kontrolle zu melden haben, abgestempelt und neue Streik- oder Sammelkarten ausgegeben, Beiträge bezahlt, alle Vorkommnisse gemeldet, hunderterlei Fragen beantwortet und die Direktion gegeben zu diesen und jenen Maßnahmen. Hier ruhen die Geschäfte nicht, hier geht alles seinen wohl geregelten Gang wie an den Tagen zuvor. Alles in größter Ruhe und Ordnung. Unter diesen Umständen ist es selbstverständlich, daß die leitenden Personen keinen Mangel an Helfer haben; willig wird allen notwendigen Anordnungen Folge geleistet, jeder nimmt seinen ihm angewiesenen Posten ein und ist bestrebt, den ihm gewordenen Auftrag im Dienste der Allgemeinheit auszuführen. So ist es in den zahlreichen, von den verschiedenen Kategorien der in Betracht kommenden Arbeitern besonders eingerichteten Filial-Bureaus, so auch in den Central-Bureaus. Währenddem hier die Arbeiten ihre Erledigung finden, halten die Kommissionen ihre Sitzungen ab und beraten alle einschlägigen Verhältnisse, um für alle Fälle einen bestimmten Plan fertig zu stellen, nach welchem, je nachdem die Verhandlungen mit den Unternehmern ausfallen, dann weiter gehandelt werden wird. Die Arbeit der Kommissionen war deshalb vielleicht am gestrigen Tage noch anstrengender als sonst.

Von allen aber werden die Chancen des Kampfes besprochen und aufs lebhafteste die Fragen diskutiert: Welches Resultat werden die Verhandlungen zeitigen? — werden die Unternehmer die Arbeiter noch weiter zum Kampf, der naturgemäß dann noch heftiger entbrennen wird, zwingen, oder wird Frieden geschlossen werden?

* * *

Die Bauarbeiter (Hilfsarbeiter),

die durch die Aussperrung der Maurer in Mitleidenschaft gezogen worden sind, hielten gestern vormittags bei Cohn, Beuthstraße, eine stark besuchte Versammlung ab. Nach dem Bericht, den Roack für

die Lohnkommission der centralen Richtung erstattete, sind bisher 1095 Bauarbeiter, die zum großen Teil verheiratet sind und etwa 3000 Kinder zu versorgen haben, durch den Kampf in Mitleidenschaft gezogen. Im Laufe dieser Woche hat sich die Situation auch für die Bauarbeiter um etwas gebessert, da etwa 300 der Ausgesperrten wieder Arbeit gefunden haben, so daß am Sonnabend noch circa 800 Bauarbeiter zu unterstützen sein werden. Die vorgenommene Baukontrolle, welche sich auf 458 Bauten erstreckte, ergab folgendes Resultat: Es sind auf diesen Bauten insgesamt 3446 Bauarbeiter, davon 2791 in Tagelohn und 655 in Accord beschäftigt. Von diesen Arbeitern sind 1050 central und 77 lokal organisiert. Bei der Baukontrolle wurde wieder festgestellt, daß die Löhne insbesondere für die Tagelohnarbeiter äußerst niedrige sind. In den meisten Fällen wird ein Stundenlohn von 35 bis 37½ Pf. und nur selten der festgesetzte Stundenlohn von 40 Pf. bezahlt. Der Verdienst ist besonders, wenn die schwere Arbeit berücksichtigt wird, völlig unzulänglich und macht sich eine Aufbesserung des Lohnes für diese Arbeiter zweifellos recht notwendig.

Von mehreren Rednern und auch von dem Verbandsvorsitzenden Krenz-Hamburg, der in ausführlicher Weise die allgemeinen Zustände im Baugewerbe beleuchtete, wurde daran erinnert, daß die Hilfsarbeiter in den letzten Jahren wiederholt in ganz erheblichem Maße durch die Kämpfe zwischen den gelernten Bauarbeitern und den Unternehmern in Mitleidenschaft gezogen worden sind, ohne daß die Lage der Hilfsarbeiter auch nur im geringsten aufgebessert worden ist. Die Lohnkommission soll aus diesen Gründen versuchen, daß bei dem hoffentlich eintretenden Friedensschluß auch die Lage der Hilfsarbeiter berücksichtigt wird. Es ist auch bei diesen Arbeitern der Wunsch vorhanden, daß der Kampf bald beendet wird, und sie haben keineswegs die Absicht, die Beilegung desselben zu verhindern. Sollten jedoch die anberaumten Verhandlungen scheitern und zu keinem Resultat führen, so werden auch die Bauarbeiter mit ihren Forderungen nicht zurückhalten und für eine Erhöhung des Lohnes mit aller Energie dafür eintreten.

Bekanntgegeben wurde noch, daß auf Grund des Beschlusses der vorigen Versammlung auch diejenigen Orte in der Umgegend von Berlin verpflichtet sind, 10 Proz. vom Verdienst an den Streikfonds abzuführen, wo bisher Aussperrungen nicht vorgekommen sind. Der Verband wird die Unterstützungsangelegenheit regeln, und da es nicht ausgeschlossen ist, daß der Kampf noch längere Zeit dauert, so wird es notwendig sein, daß genau den gefaßten Beschlüssen entsprechend gehandelt wird. Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß in mehreren Orten Deutschlands die Bauarbeiter ausgesperrt sind und sich im Lohnkampfe befinden. Von den Unternehmern wird versucht, unter allerlei falschen Vorspiegelungen Berliner Bauarbeiter nach diesen Orten zu ziehen. Der Zuzug nach diesen Orten ist streng fernzuhalten.

Die Versammlung nahm den besten Verlauf und wurde mit einem kräftigen Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen.

Am Montag findet in demselben Lokal abends 8 Uhr eine Versammlung statt, die über die weiteren Maßnahmen Beschluß fassen wird.

Die Bauarbeiter (lokal)
beschlossen in ihrer letzten Versammlung, an ihre ausgesperrten Kollegen wöchentlich 10 M. und für jedes Kind pro Woche 1 M. Unterstützung zu zahlen. Die Unterstützung beginnt erst mit dem siebenten Tage nach der Aussperrung. In die Lohnkommission wird Schüttler gewählt. Sodann nahm der Vertrauensmann Fritz Krüger das Wort. Derselbe bittet nochmals sämtliche Kollegen, doch jetzt allen Streit und Zwietracht mit den Kollegen vom Centralverband ruhen zu lassen und auch in Zukunft ruhig und friedlich miteinander zu arbeiten. Im selben Sinne spricht sich auch der Vertrauensmann Wilh. Noack vom Centralverband der Bauarbeiter aus.

Der Arbeitgeberbund
hielt am Freitagvormittag wieder eine Versammlung im Architektenhause ab, die von etwa 250 Teilnehmern besucht war. Der Vorsitzende Döbler sagte unter andern, der Bund sei zwar infolge des gegenwärtigen Kampfes an Zahl stark geworden, aber der Kitt, welcher die Mitglieder zusammenhält, sei noch ein dünner. Es gelte jetzt, den Bund innerlich zu festigen, damit er eine Macht werde, die erforderlichenfalls über die Köpfe der Innung hinweg auf die Arbeitsverhältnisse einwirken könne, derart, daß auch die Behörden mit dem Bunde rechnen müssen und sich — was bisher vergebens versucht wurde — bereit erklären, in die Bauverträge die Streikklausel aufzunehmen. Der Bund könne mit großer Ruhe dem weiteren Verlaufe des Kampfes entgegensehen. Der Umstand, daß zur Zeit etwa 8000 Maurer in Berlin ohne Arbeit sind, spreche für die Stärke des Unternehmerbundes. Der Redner verlas ein Schreiben von einer Organisation der Steinhändler, worin diese mitteilt, daß sie ihren Mitgliedern empfehle, den Bund der Arbeitgeber zu unterstützen und den außerhalb des Bundes Stehenden keine Steine mehr zu liefern.

Wenn nun auch die Position der Arbeitgeber eine feste sei, so würden diese doch die Hand zu einer Einigung bieten. Wenn die Gesellen sich bereit erklären, die Arbeit zu den bisherigen Bedingungen aufzunehmen, dann sei das ein großer Erfolg des Bundes. Für die Zukunft könne man den Arbeitern eventuell weitere Zugeständnisse machen. Herr Westphal verlangte, daß die Einigungsbedingungen, welche vor dem Gewerbegericht vereinbart werden, der Genehmigung des am Dienstag abzuhaltenden Delegiertentages der deutschen Arbeitgeber unterliegen sollen. Herr Döbler trat dem entgegen und hielt es für unerläßlich, daß die Kommission, welche die Arbeitgeber vor dem Einigungsamt vertritt, bindende Abmachungen mit den Arbeitern treffen müsse, unter der Voraussetzung, daß auch die Arbeitervertreter die gleiche Vollmacht haben. Hierauf wurde gegen zwei Stimmen beschlossen, vor das Einigungsamt zu gehen, und mit der Vertretung eine Kommission von 30 Mitgliedern betraut.

Partei-Nachrichten.

Warnung. Mit einer Mitgliedskarte des socialdemokratischen Vereins in Gotha, ausgestellt auf den Namen Herm. Hofbauer, wird anscheinend Schwindel zu treiben versucht. Ein Mann spricht damit bei den Vertrauensleuten um Unterstützung an, der die Karte entweder gestohlen oder gefunden haben muß. Es wird gebeten, die Karte einzubehalten.

„Aufruf an das polnische Volk!“, ein Flugblatt gegen die Zuchthausvorlage, bestimmt zur Massenverbreitung unter den polnischen Arbeitern in ganz Deutschland, ist erschienen und kann von Agitationskommissionen und Vertrauensleuten durch die „Expedition der „Gazeta Robotnicza“, Berlin, Andreasstraße 78a, bezogen werden. Rechtzeitige Bestellungen werden erbeten.

Gleichzeitig wird auf die polnische Agitationsbroschüre: „Kann ein Katholik Socialdemokrat sein?“ aufmerksam gemacht. Diese kann ebenfalls durch die obengenannte Expedition bezogen werden. 100 Exemplare kosten 3 M.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Daß die Regierung mit Blindheit geschlagen sei,** darf man in sächsischen Versammlungen nicht behaupten. In einer Protestversammlung in Dresden stellte ein Redner diese Behauptung in Beziehung auf die Reichsregierung, die die Zuchthausvorlage eingebracht hat, auf. Dafür wurde ihm das Wort entzogen, und auf den stürmischen Beifall, den die Versammlung darauf dem Referenten zollte, folgte die polizeiliche Auflösung der Versammlung.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Stickfetzer! Es wird auch an dieser Stelle nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß für diese Woche pro Arbeitstag 50 Pf. an den Streikfonds abzuführen sind. Von nächster Woche ab ist wöchentlich 1 M. Beitrag zum Streikfonds zu zahlen und zwar so lange, als bis die während des Streiks eingegangenen Verpflichtungen gedeckt sind. So lange die Aussperrung im Baugewerbe andauert, sollen von den eingehenden Geldern pro Kopf und Woche 25 Pfennig zur Unterstützung der Ausgesperrten abgeführt werden, 25 Pfennig fließen in den Streikfonds, die übrigen 50 Pf. dienen zur Schuldendeckung. Die Ablieferung der Streikfondsbeiträge erfolgt von jetzt ab jeden Sonnabend bei Rümann, Brunnenstr. 188.

Gesperrt ist die Firma Puhlmann-Zehlendorf, da dieselbe bis jetzt nicht bewilligt hat.

Betreffs der Firma Wickel-Rixdorf ist zu bemerken, daß Herr Wickel jun. die ehrenwörtliche Erklärung abgegeben hat, daß die Firma alles anerkenne, was die Berliner Innung zugestanden hat. Die unterschriftliche Bestätigung erfolge sofort nach der Rückkunft des Herrn Wickel sen. Es kann also hier die Arbeit aufgenommen werden.

A. Knoll.

An die Töpfer Berlins! Kollegen! Die am 22. Juni abgehaltene öffentliche Versammlung hat beschlossen, die Streikmarke obligatorisch einzuführen, damit wir zum Spätsommer, wo die Konjunktur wiederum günstiger ist, einen Fonds angesammelt haben, und nicht wieder die Gelegenheit ungenützt vorübergehen lassen müssen. Es ist nun jeder Kollege verpflichtet, von heute ab wöchentlich eine Marke im Betrage von 50 Pf. zu entnehmen. Auf jedem Bau ist ein Kollege mit der Sammlung zu beauftragen, der auch die Sitzungen der Baudeputierten zu besuchen hat. Sollten auf einzelnen Bauten noch keine Sammellisten sein, so wird heute ohne dieselben gesammelt, zum nächsten Sonnabend aber hat jeder Bau sich mit einer vom Vertrauensmann unterstempelten Liste zu versehen; andere im Umlauf befindlichen Listen sind zurückzuweisen.

Kollegen, gedenkt auch der ausgesperrten Maurer! Etwaige gesammelte Gelder zu deren Unterstützung sind ebenfalls an den Vertrauensmann abzuführen, der die Beiträge an der zuständigen Stelle abführt. Kollegen! Feuert die Lässigen an, damit auch diese ihre Pflicht thun, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

H. David, Vertrauensmann der Töpfer Berlins und Umgegend.

Achtung, Fliesenleger! Bei der Firma Rosenfeld u. Co., Mohrenstr. 11/12, haben sämtliche 47 Fliesenleger die Arbeit niedergelegt wegen unsolidarischen Verhaltens eines Kollegen. Die Firma ist deswegen gesperrt und Zuzug streng fernzuhalten. Besonders werden die Maurer auf die Sachlage aufmerksam gemacht, da sich die Firma schon an verschiedene Baufirmen um Aushilfe gewandt hat.

Brandenburg a. H. Töpfer: Da der Versuch, die groben Mängel in unserem Lohntarif im Wege der Verhandlung zu beseitigen, an der Unnahbarkeit der Meister gescheitert ist, wurden wir gezwungen, unsere so minimalen und gerechten Forderungen auf dem Wege der Arbeitsniederlegung zur Geltung zu bringen. Infolge dessen bemüht sich nun unser Unternehmertum krampfhaft, Arbeitskräfte von außerhalb nach Brandenburg zu locken.

Wir machen daher unsere Kollegen allerorts auf die Differenzen, die hier ausgebrochen sind, aufmerksam und appellieren an die so oft bewährte Solidarität unserer Kollegen, so lange die Differenzen nicht beigelegt, unseren Ort auf das strengste zu meiden.

Deutsches Reich.

Achtung, Bauarbeiter! Wie bekannt, befinden sich die Lüneburger Bauarbeiter im Streik. Der Unternehmer Meyer aus Lüneburg sucht nun über Berlin Bauarbeitsleute zu hohen Accordsätzen nach Lüneburg zu locken, während man sich dort weigert, den Bauarbeitern die geringe Forderung von 30 Pf. Stundenlohn zu bewilligen. Lasse sich daher kein Bauarbeiter nach Lüneburg anwerben, sondern haltet den Zuzug fern! Mit Gruß! F. Krens, Vorsitzender des Bauarbeiter-Verbandes. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Die Lohnbewegung der Maurer in Mainz ist durch gegenseitiges Entgenkommen beendigt worden. Statt des verlangten Minimal-Stundenlohnes von 45 Pf. einigten sich die Lohnkommission und die Vertreter der Bauunternehmer auf folgende Lohnaufbesserungen: Die Gesellen, welche bisher 42 Pf. Stundenlohn bezogen, erhalten 45 Pf., diejenigen, welche 40 Pf. bezogen, erhalten 42 und bei guten Leistungen 43 Pf. Alle übrigen Maurer, welche unter diesen Lohnsätzen standen, erhalten eine Aufbesserung von 2 Pf. pro Stunde. Die übrigen aufgestellten Forderungen, welche sich auf Arbeitsbedingungen bezogen, wurden fast sämtlich von den Bauunternehmern angenommen. So darf in Zukunft an Privatbauten kein Accord mehr stattfinden. Jedes Jahr gegen Weihnachten sollen durch gemeinschaftliche Beratungen Lohn- und Arbeitsbedingungen geregelt werden. Diese Abmachungen treten mit dem 25. d. M. in Kraft.

Der Streik der Stuttgarter Möbelarbeiter dauert unverändert fort. Seitens der Fabrikanten wird der Kampf mit allen Mitteln gegen uns geführt. Zuerst wurde versucht, durch Aussperrung anderer Kollegen, die nicht am Streik beteiligt sind, uns zu schädigen. Nachdem dies fehlgeschlagen ist, hat man sich mit den auswärtigen Möbelfabrikanten und Schreinermeistern in Verbindung gesetzt, damit diese die notwendigsten Arbeiten anfertigen. Unsere Kollegen sollen also wider Willen zu Streikbrechern gemacht werden. Das darf nicht geschehen!

An unsere Kollegen allerorts richten wir die dringende Bitte, alles aufzubieten, damit keine Arbeiten für die Stuttgarter Möbelfabriken gemacht werden.

In allen Versammlungen, in der Presse und bei allen sonstigen Gelegenheiten müssen die Kollegen fortgesetzt aufgefordert werden, mit der größten Strenge darauf zu achten, daß nichts für Stuttgart gemacht wird. Die einzige Hoffnung der Fabrikanten besteht darin, daß sie die notwendigsten Arbeiten angefertigt bekommen und so den Streik noch lange Zeit hinausziehen können. Bis dahin soll unsere Kasse geleert sein und wir müssen dann — so rechnen die Fabrikanten — auf Gnade oder Ungnade wieder an die Arbeit gehen.

Das darf nicht geschehen!

Deshalb ist es aber auch notwendig, daß die Kollegen allerorts dafür sorgen, daß kein Stück Möbel für die Stuttgarter Fabrikanten gemacht wird.

Werden wir nach dieser Richtung hin von den Kollegen genügend unterstützt, dann ist der Sieg unser.

Die Streikkommission.
J. A.: Ed. Steinbrenner, Gewerkschaftshaus, Eßlingerstr. 17.

Zum Arbeitersekretär in Halle wurde Genosse Dr. Winter, Beuthen, gewählt. Winter verbüßt gegenwärtig eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten und wird seine Stellung vermutlich Anfang Oktober antreten.

Ausland.

Die Massenaussperrung in Dänemark.

Kopenhagen, den 22. Juni 1899.

Die Brutalität der aussperrenden Kapitalisten zeitigt mit jedem Tage neue Früchte. Gestern hat der geschäftsführende Ausschuß des Arbeitgebervereins ein Rundschreiben an seine sämtlichen Mitglieder erlassen, worin diese auf das eindringlichste ersucht werden, alle Zeitungen im ganzen Lande zu boykotten, welche die Brutalität der Arbeitgeber nicht unterstützen wollen.

Die ausgesperrten Arbeiter haben sich die Sympathie der öffentlichen Meinung so gut wie über das ganze Land erworben. Nur einige reaktionäre Blätter stellten sich auf die Seite der Arbeitgeber. Diese fühlen also hart, daß sie die öffentliche Meinung gegen sich haben, und deshalb suchen sie durch den Boykott einen Zwang auf die Freiheit der Presse auszuüben und diejenigen Organe, von welchen sie glauben, daß sie abhängig genug sind, um entgegen ihrer Ueberzeugung das tyrannische Auftreten der Unternehmer zu verteidigen, zu beugen.

Der Versuch, die Presse zu boykotten, wird selbstverständlich die gerade entgegengesetzte Wirkung haben. Alle anständigen Blätter, gleichviel welcher Partei-Schattierung sie auch angehören, werden sich mit Verachtung von Leuten abwenden, welche durch ökonomische Zwangsmittel die öffentliche Meinung zu fälschen versuchen.

Kopenhagen, 23. Juni. Ein im Jahre 1898 gewählter gemeinsamer Ausschuß zur Beilegung von **Arbeitsstreitigkeiten** beschloß heute, dem Arbeitgeberverein und dem Arbeiterverband anzubieten, als Einigungsamt im jetzigen großen **Lockout im Baugewerbe** und in der Eisenindustrie zu fungieren und ersuchte beide Parteien, bis zum 28. Juni mittags auf dieses Anerbieten zu antworten.

Von der Arbeiterbewegung in Westrußland. Der Streik der 2000 jüdischen Strumpfwirkerinnen in Wilna und Umgebung, welcher, wie den Lesern des „Vorwärts“ schon bekannt ist, mit dem Siege der Arbeiterinnen endete, hat Anlaß zur Bildung einer neuen geheimen Gewerkschaft, der der Strumpfwirkerinnen gegeben. Es haben sich bereits 500 Mädchen dieser Gewerkschaft angeschlossen. In Wilna hat in der letzten Zeit eine Reihe von Streiks stattgefunden. Es streikten 300 Floßarbeiter, 36 Schmiede und 40 erwachsene Arbeiter, sowie 13 Mädchen im Alter von durchschnittlich 14 Jahren, welche in einer Knopffabrik beschäftigt sind. Alle diese Ausstände sind zu Gunsten der Arbeiter beendigt worden. In Warschau streiken zur Zeit 100 jüdische Zuschneider, es ist wahrscheinlich, daß der Streik sich auf sämtliche Geschäfte ausdehnen wird.

König Humbert gegen das Volk.

Nachdem es dem Ministerium Pelloux nicht gelungen ist, seine reaktionären Pläne im Parlament durchzudrücken, muß der König auf dem Wege eines „königlichen Dekrets“ Hilfe bringen. Die Obstruktion im Parlament war nicht tot zu machen, deshalb wurde die Kammer auf einige Tage geschlossen und mittlerweile das Dekret ausgearbeitet. Dasselbe bestimmt über die „politischen Maßnahmen“ folgendes:

Nach Artikel 1 kann die Polizei aus Gründen der öffentlichen Ordnung öffentliche Zusammenrottungen und Versammlungen verbieten; Zuwiderhandelnde werden nach Artikel 434 des Strafgesetzbuches bestraft. Artikel 2 untersagt bei Strafe bis zu einem Monat Haft oder Geldstrafe bis zu 300 Lire das öffentliche Tragen oder Ausstellen von aufrührerischen Zeichen, Standarten oder Emblemen. Artikel 3 setzt fest, daß der Minister des Innern außer den verbrecherischen Vereinigungen auch solche auflösen kann, welche bezwecken, auf dem Wege der That die socialen Einrichtungen oder die Staatsverfassung umzustürzen. Den aufgelösten Vereinen steht Berufung an den Staatsrat zu. Wenn die aufgelösten Vereine sich aufs neue konstituieren, so werden die Förderer der Bewegung und die Vorstände mit Haft bis zu drei Monaten oder Geldstrafe bis zu 1000 Lire bestraft. Der Artikel 4 besagt: Wenn drei oder mehr Beamte, Agenten oder Arbeiter bei Eisenbahnen, der Post, der Telegraphen, bei Anstalten zur öffentlichen Beleuchtung mittels Gas oder Elektricität sich zum Ausstande verabreden, werden sie mit Haft bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1000 Lire bestraft. Die Förderer der Bewegung und die Führer werden mit Haft bis zu 6 Monaten oder an Geld bis zu 3000 Lire bestraft. Die Artikel 5 bis 9 beziehen sich auf die Presse und bestimmen, daß alle strafrechtlichen Bestimmungen betreffend Uebertretungen des Preßgesetzes und durch die Presse begangene Verbrechen auf den verantwortlichen Leiter eines Blattes und auf die Verfasser und Mitarbeiter der als strafbar bezeichneten Veröffentlichungen Anwendung zu finden haben. Wenn der Verfasser oder die Mitarbeiter von solchen Veröffentlichungen verurteilt worden sind, bleibt der Leiter des Blattes straffrei. Die Eigentümer eines Blattes und der Druckerei sollen stets für die Veröffentlichungen des Blattes in civilrechtlicher Beziehung und solidarisch haftbar sein. Die Veröffentlichungen von Untersuchungsakten sowie von Berichten oder von Auszügen aus Berichten über Verhandlungen in Verleumdungsprozessen ist verboten. In Fällen von Beleidigungen eines Souveräns oder Oberhauptes einer fremden Regierung, oder von diplomatischen Vertretern, welche beim Quirinal beglaubigt sind, soll eine Strafverfolgung nur auf Antrag der beleidigten Persönlichkeiten erfolgen. Artikel 10 bestimmt, daß das Dekret am 20. Juli in Kraft treten soll. Das Dekret geht sofort dem Parlamente zu behufs Umwandlung in ein Gesetz.

Die italienische Regierung dürfte sich täuschen, wenn sie annimmt, daß das Volk diese „Maßnahmen“ so ruhig hinnehmen werde, deren Annahme bedeuten würde die vollständigste Rechtlosmachung des Volkes, ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Frankfurt a. M., 23. Juni. (V. H.) Die „Frankf. Zeitung“ meldet aus New York: Der deutsche Botschafter v. Holleben, der Mitte Juli auf Ferien nach Berlin reist, stattete gestern dem Staatsdepartement einen Besuch ab. Die Beziehungen zwischen Washington und Berlin werden allgemein als sehr befriedigend betrachtet. Die **Reciprocitäts-Verhandlungen** sind bis zum Herbst vertagt, da sie von der Entscheidung des Reichstags in betreff der Fleischeinfuhr abhängen.

Budapest, 23. Juni. (V. H.) Im Antimonbergwerk Dubrava fand ein kolossaler **Erdsturz** statt; viele Arbeiter sind verschüttet und die Rettungsarbeiten eingeleitet.

Bern, 23. Juni. (W. T. B.) Der Nationalrat hat nach mehrtägiger Debatte den Gesetzentwurf über die Gründung einer schweizerischen **Nationalbank** mit 82 gegen 23 Stimmen bei 30 Stimmenthaltungen angenommen.

Paris, 23. Juni. Die fortschrittlichen Republikaner vereinigten sich unter dem Vorsitz Melines zu einer Besprechung. Ein bestimmter Beschluß wurde nicht gefaßt, doch ging aus dem Meinungsaustausch hervor, daß eine Anzahl Mitglieder angesichts der Zugehörigkeit Millerands zum Kabinett der Ansicht sind, daß man dem neuen Ministerium die Mitwirkung versagen müsse. —

Infolge des Eintritts des Generals Gallifet in das Ministerium hat sich in der socialistischen Gruppe der Deputiertenkammer eine Trennung vollzogen; 15 Mitglieder sind aus der Gruppe ausgeschieden und haben eine neue Gruppe gebildet.

Brüssel, 23. Juni. (W. T. B.) In der Kammer kam es anläßlich der Festsetzung des Datums für die **Erörterung des Wahlgesetzes** auf den 5. Juli zu **heftigen Zwischenfällen.** Der Socialist Vandervelde erklärte das Gesetz für schamlos. Der Socialist Smeets erklärte, der König sei der Mitschuldige des Ministeriums. Der Vorsitzende forderte den Redner auf, die Person des Königs zu respektieren. Der Socialist Demblon erklärte darauf, man achte, was zu achten sei. Vandervelde wird wegen seiner Bemerkung über den König zur Ordnung gerufen. Demblon erklärte: „Wir hatten nicht erwartet, daß man ein so skandalöses Gesetz einbringen wird. Sie haben nicht das Recht, ein solches Gesetz vorzulegen. Sie spotten damit der Konstitution!“ Sich an die Regierung wendend, rief Redner: „Sie sind Aufrührer! Die Regierung muß die Vorlage zurückziehen!“ Der Fortschrittler Lorand protestierte ebenfalls gegen die Vorlage. Da bei der Abstimmung über das Datum für die Erörterung der Vorlage die Linke den Saal verlassen hat, ist die Kammer beschlußunfähig. Die Sitzung wird infolgedessen aufgehoben.

Johannesburg, 23. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Während der Monate Mai und Juni haben 7580 Personen, insbesondere Frauen und Kinder, Johannesburg verlassen.

Verantwortlicher Redacteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen.

Wucherer und preußische Offiziere.

Ein umfangreicher Wucherprozeß, der wieder einmal zeigte, mit welchem Leichtsinn sich junge Offiziere oft in verhängnisvolle Geldgeschäfte einlassen, beschäftigte gestern die 7. Strafkammer hiesigen Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Voigt. Aus der Untersuchungshaft wurde der frühere Schutzmann Ernst Carl Gustav Rüß vorgeführt, um sich wegen Wuchers, Urkundenfälschung und Erpressung zu verantworten. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Follmann, die Vertheidigung führte Rechtsanwalt Wronker. Der Angeklagte hat nach seinem Ausscheiden aus der Schutzmannschaft seit Jahren Geldgeschäfte vermittelt und zwar auf Grund von Annoncen, in welchen er sich erbot, Offizieren und Personen „höheren Standes" Darlehne bis zur Höhe von 30 000 M. zu gewähren. Er soll eine ganz bedeutende Kundschaft gehabt haben, obgleich er selbst kein Geld besaß; er stand mit Geldleuten, insbesondere mit einem Herrn Moldenhauer in Verbindung und wurde von diesen in die Lage gebracht, die Darlehnsnehmer zu befriedigen, selbst wenn es sich um recht hohe Summen handelte. Schon vor Jahren soll er einmal einen großen Coup mit einem Grafen von Winterhagen gemacht haben, von dem er Wechsel in Höhe von 80 000 M. in Händen gehabt haben soll. Zur Anklage stand dieser Fall, der noch aus der Zeit vor Erlaß des neuen Wuchergesetzes stammt, nicht, er wurde von der Anklagebehörde nur zur Illustration herangezogen. Als Belastungszeugen traten gestern eine ganze Reihe von ehemaligen Offizieren auf, die im Jahre 1897 auf einige Zeit nach Berlin zur Central-Turnanstalt oder auf die Kriegsakademie kommandiert hier aus den verschiedensten Gründen in Geldverlegenheit gerieten und dann auf Grund der Annoncen des Angeklagten mit diesem in Verbindung traten, die mehreren von ihnen die Uniform gekostet hat. Es handelte sich dabei zumeist nicht um eine wirkliche Notlage, sondern um Luxusausgaben, Flüssigmachung von Geldmitteln zur Teilnahme an Liebesmahlen, zum Ankauf von Pferden u. dergl. und in leichtsinnigster Weise sind die nach der Darstellung der Regierungsvertreter im Reichstage so besonders sittlich veranlagten Leute darauf eingegangen, dem Angeklagten ganz horrible Zinsen zu zahlen und sich nebenbei durch Ausstellung von Ehrenscheinen ganz in seine Hände zu geben. Als Beispiel kann ein Fall dienen, in welchem ein damals aktiver Offizier mehrmals für ein auf drei Monate gegebenes Darlehn von 600 M. Wechsel über je 1000 M. ausstellen mußte. Daneben mußte er noch einen Ehrenschein ausstellen. Als er sich über das „klotzige" Damno beklagte, antwortete ihm der Angeklagte: „Ja das hilft nichts! Seien Sie froh, andere müssen noch viel mehr bezahlen! — Ein anderer junger Offizier, der 200 M. brauchte, geriet in die Hände des Angeklagten. Dieser gab ihm auf einen Wechsel über 300 M. zunächst 120 M. und versprach, weiteres Geld noch weiter beizubringen. Das Geld blieb aber aus und als der Darlehnsnehmer energisch darum bat, wurde der Angeklagte grob und verlangte sein Geld gegen Rückgabe des Wechsels sofort zurück. Er meldete alsdann die Geschäftsverbindung dem Kommandeur des Angeklagten und drohte dem letzteren brieflich, ihn dem General-Kommando zu melden, falls er nicht binnen 24 Stunden das Geld zurück erhalte. Die Fälle, in denen der Angeklagte gegen ein Dreimonats-Accept von 650 M. ein Darlehn in Höhe von 400 M. hergab, sich aber noch durch Ehrenscheine sichert und noch nette Sümmchen für „Erkundigungen" berechnete, sind nicht gar selten. — Sehr schlimm ist es einem früheren Offizier ergangen, der durch die Verbindung mit dem Angeklagten um eine reiche Geldheirat gekommen ist. Er hatte für einen Kameraden eine Bürgschaft übernommen und mußte Geld auftreiben. Der Angeklagte hat ihn dann mit einem ganzen Netz von Wechseln umsponnen und ihm gegen Wechsel in Höhe von 7450 M. einen Betrag von nur 2400 M. gegeben. Als die Verbindung des jungen Mannes mit dem Angeklagten bekannt wurde, ist eine Verlobung, die der Offizier mit einer reichen englischen Dame geschlossen hatte, klugerweise rückgängig gemacht worden, er hat dann auch seinen Abschied genommen. Ueberaus traurig ist das Schicksal eines jungen Technikers, der hier nach Berlin gekommen und in leichtsinnige Gesellschaft geraten war. Er war dem Angeklagten 1700 M. schuldig geworden und hatte bei ihm auch seinen Berechtigungsschein zum einjährigen Dienst versetzt. Als er sein Jahr abdienen wollte, löste der Vater den Sohn aus und glaubte ihn damit schuldenfrei gemacht zu haben. Später stellte sich heraus, daß der junge Mann bei dem Angeklagten noch 5300 M. Schulden hatte. Auch diese bezahlte der Vater, nahm aber dem Angeklagten das feste Versprechen ab, dem Sohne nie wieder Geld zu leihen. Er hat ihm aber doch noch 3000 M. auf Wechsel geliehen. Als der Wechsel fällig wurde, wandte sich der junge Mann an den Angeklagten mit der inständigen Bitte um Stundung, da er sich andernfalls das Leben nehmen müßte. Die Bitte wurde schroff abgelehnt und so hat sich denn der junge Mann am 5. Oktober 1898 wirklich erschossen. Der bedauernswerte Vater gab gestern dem Gerichte die Versicherung, daß der Sohn auch nicht entfernt die auf den Wechseln stehenden Summen erhalten habe. — Bezeichnend für das Treiben des Angeklagten ist auch die Thatsache, daß er mit einigen leichtsinnigen minderjährigen Zöglingen einer hiesigen Militär-„Presse" in Geschäftsverbindung trat. Einer dieser Jünglinge mußte auf ein dreimonatiges Darlehn von 40 M. nicht weniger als 120 M. zurückzahlen. Die Eltern zweier anderen hatten ihre leichtfertigen Söhne mit mehreren tausend Mark bei dem Angeklagten auszulösen, denn die Herren Söhne hatten leichten Herzens Ehrenscheine ausgestellt. Der Angeklagte war übrigens in seinen Geschäftsverbindungen gar nicht wählerisch; das beweist die Thatsache, daß gestern auch einige Hausdiener und sogar zwei Schutzleute, also ehemalige Berufsgenossen, gegen ihn als Zeugen auftraten. Der Angeklagte stellte sich den Belastungen gegenüber als den hilfsbereiten Biedermann hin, der den jungen Leuten in zuvorkommendster Weise aus schweren Nöten geholfen habe. In einem Falle ist auf einem im Besitze des Angeklagten befindlichen Wechsel plötzlich der Name eines Giranten erschienen, den dieser nicht selbst geschrieben hatte. Nach dem Gutachten des Gerichtschemikers Dr. Jeserich und des Schreibsachverständigen Sekretärs Altrichter hat der Angeklagte diesen Namen geschrieben. — Staatsanwalt Follmann erachtete sämtliche 16 zur Anklage stehenden Fälle für voll erwiesen und schilderte den Angeklagten als einen der schlimmsten, hartherzigsten Wucherer Berlins, der viele Existenzen auf dem Gewissen und geradezu unglaubliche Zinsen seinen Opfern abgenommen habe. Mildernde Umstände seien dem Angeklagten nach seinem ganzen Verhalten nicht zuzubilligen, da die Wechselfälschung aus ganz niederen Motiven verübt worden sei. Der Staatsanwalt beantragte wegen der Urkundenfälschung 2 Jahre Zuchthaus, wegen des gewerbsmäßigen Wuchers 3 Jahre Gefängnis und wegen der Erpressung 2 Jahre Gefängnis. Im ganzen brachte der Staatsanwalt eine Zuchthausstrafe von vier Jahren in Antrag, daneben 1000 Mark Geldstrafe event. noch 100 Tage Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. — Rechtsanwalt Wronker hielt den Angeklagten nur in 11 Fällen des gewerbsmäßigen Wuchers für überführt, beantragte aber dessen Freisprechung in einem Falle der Erpressung und in dem Falle der Urkundenfälschung und plädierte für Zubilligung mildernder Umstände. Der Gerichtshof erkannte auf 4 Jahre Gefängnis, 1000 M. Geldstrafe oder noch 100 Tage Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust.

Kommunales.

Die Gewerbe-Deputation des Magistrats bewilligte in ihrer Sitzung am Mittwoch mehreren hiesigen Handwerksgesellen usw. aus dem Heyse'schen Stiftungsfonds Beihilfen von je 100—150 M. zum Besuche der Tagesklasse der Berliner Handwerkerschule.

Die Deputation hatte bekanntlich vor einigen Monaten beim Magistrat die Errichtung einer Betriebs-Krankenkasse für die in städtischen Diensten oder Betrieben beschäftigten versicherungspflichtigen Personen beantragt. Der Magistrat war diesem Antrage nicht beigetreten, hatte vielmehr beschlossen, zunächst bei den verschiedenen städtischen Betriebsverwaltungen Umfrage zu halten, wie diese sich einer solchen Krankenkasse gegenüber stellen würden. Wie der Referent, Magistrats-Assessor Hamburger, berichtete, sei die Umfrage in einem für die Gründung der Kasse günstigen Sinne ausgefallen; einige Bedenken, die indes nicht erheblicher Natur waren, hätte nur die Verwaltung der städtischen Gaswerke erhoben. Die Stadtverordneten-Versammlung würde sich in ihrer nächsten Sitzung mit der Angelegenheit beschäftigen und es sei zu hoffen, daß die Kasse in kürzester Zeit ins Leben treten werde.

Bei der „Städtischen höheren Webeschule" wird ein „Spuljunge" beschäftigt, welcher ein Jahresgehalt von 320 M. bezieht, das in monatlichen Raten zur Auszahlung gelangt. Besagter „Spuljunge" hatte das Unglück, einige Tage zu erkranken. Da er während seiner Krankheit aus einer Krankenkasse Krankengeld erhielt, veranlaßte der Direktor der Schule, eine principielle Entscheidung darüber herbeizuführen, ob in diesem und ähnlichen Fällen Lohnabzüge in Höhe des empfangenen Krankengeldes zulässig seien. In einem Gutachten hatte der Stadtsyndikus Weise sich für die Zulässigkeit solcher Lohnabzüge ausgesprochen. Die Gewerbe-Deputation nahm einen anderen Standpunkt ein und beschloß: Der Lohn ist neben dem Krankengelde unverkürzt auszuzahlen.

Die hiesige „Zahnkünstler-Innung" besitzt eine Fachschule, welche ihren Unterricht in einem städtischen Schullokale erteilt. Die Gewerbe-Deputation hat sich die Bestätigung des Unterrichtsplanes dieser Schule vorbehalten. Zu den Lehrgegenständen der Schule gehört auch der Unterricht im Plombieren der Zähne; dieser Unterricht wird indes nicht im Schullokale, sondern in der Wohnung des Lehrers für die die Schule besuchenden Gehilfen erteilt. Infolge des auf Konkurrenzneid basierenden Krieges, welcher seit langem zwischen Zahnärzten und Zahnkünstlern (Dentisten) entbrannt ist, sah sich die „Wirtschaftliche Vereinigung der Berliner Zahnärzte" veranlaßt, der städtischen Behörde ein Gesuch zu unterbreiten, welches dahin ging, „den Plombier-Unterricht aus dem Lehrplan der Fachschule zu streichen", weil dadurch die Kurpfuscherei nur gefördert würde. Einige Mitglieder der Deputation, u. a. Stadtschulrat Dr. Bertram und Geh. Sanitätsrat Dr Becher, sprachen sich in einem der Forderung der Zahnärzte günstigen Sinne aus. Stadtrat Dr. Straßmann und Stadtverordneter Goldschmidt vertraten den entgegengesetzten Standpunkt. Bürgerdeputierter Tuppauer war der Ansicht, daß der Krieg zwischen Zahnärzten und Dentisten nur aus Konkurrenzneid geführt werde; es handle sich hier offenbar um denselben Streit, wie er zwischen Droguisten und Apothekern ebenfalls entbrannt sei. Auch in den handwerksmäßigen Betrieben würden solche Streitfragen nicht ausbleiben, wenn sich das Innungswesen in der Weise weiter entwickle, wie es von den Innungsschwärmern erstrebt würde. Oestreich habe hierfür geradezu klassische Beispiele geliefert. Von einer Förderung der Kurpfuscherei könne keine Rede sein. Eine Förderung der Kurpfuscherei sei eher darin zu erblicken, wenn man den Dentisten verbieten wolle, die Schüler ihrer Fachschule durch einen tüchtigen Zahnarzt im Plombieren unterrichten zu lassen. Das Plombieren der Zähne sei den Dentisten auf Grund der Gewerbefreiheit gesetzlich gestattet. Die Gewerbe-Deputation sollte sich hüten, in die dem Dentisten gesetzlich gewährten Rechte einzugreifen, und deshalb über das Gesuch der „Wirtschaftlichen Vereinigung der Berliner Zahnärzte" einfach zur Tagesordnung übergehen. — Die Deputation beschloß nach weiterer eingehender Diskussion, das Gesuch der „Wirtschaftlichen Vereinigung" abzulehnen.

Aus der Magistratssitzung am Freitag. Mit der Bildung einer städtischen Deputation für die Blindenpflege beschäftigt sich gegenwärtig der Magistrat. Ihr soll auch die Verwendung des von der Wittwe Becker gestifteten Kapitals von 730 000 M. zur Gründung eines Blindenasyls unterstehen. — Einen Antrag wegen Heranziehung des städtischen Hydrologen Pieske zu Untersuchungen im Bereiche der Verwaltung der Kanalisationswerke und der Rieselfelder hat das Magistratskollegium genehmigt. — Der Magistrat hat beschlossen, zu dem Armenpfleger-Kongreß, der Ende September cr. in Breslau stattfindet, den Vorsitzenden der Armendirektion, Stadtrat Münsterberg, und ein von diesem zu bestimmendes Mitglied der Armendirektion als Vertreter zu entsenden. —

Lokales.

Auf das Volksfest, das morgen in Schloß Weißensee gefeiert wird, machen wir unsere Leser nochmals aufmerksam. Die Parteigenossen des vierten Wahlkreises, in deren Händen die Veranstaltung liegt, haben sich fleißig bemüht, um durch Volksbelustigungen aller Art, durch Gesangsaufführungen, Schwimmvorstellungen, turnerische Spiele, Feuerwerk usw., das Fest interessant und abwechslungsreich zu gestalten. Wir zweifeln nicht daran, daß ein nach Zehntausenden zählender Besuch die Mühen des Komitees lohnen wird.

„Kein Trinkwasser!"

Die Zahl der Straßenbrunnen, die diese Aufschrift tragen, ist zwar in den letzten Jahren erheblich geringer geworden, weil verschiedene dieser Brunnen mit schlechtem, eventuell gesundheitsschädlichem Wasser inzwischen beseitigt worden sind, aber hier und da kann man der warnenden Aufschrift doch immer noch begegnen. Wir haben früher mehrfach darauf hingewiesen, daß ein Teil des Straßenpublikums sich um die Warnung gar nicht kümmert, sondern das Wasser der als ungesund gekennzeichneten Brunnen ruhig weiter trinkt. Dahin gehören namentlich die zahlreichen Laufburschen, die den Tag über auf der Straße liegen müssen, und denen ihr oft recht geringer Verdienst nur selten gestattet, sich bei großer Hitze unterwegs Bier, Selterwasser oder Milch zu kaufen. Diese Jungen können die Warnung gar nicht beachten. Sie sind auf die Straßenbrunnen angewiesen und müssen das Wasser trinken, ob es gesundheitsschädlich ist oder nicht. Wir haben auch in diesem Jahre schon wieder verschiedene solche Fälle bemerkt. Als weiteren, sehr bedenklichen Uebelstand wollen wir diesmal registrieren, daß nach unseren Beobachtungen auch Schulkinder, wenn sie mittags aus der Schule nach Hause gehen, die Straßenbrunnen fleißig benutzen und dabei nicht danach fragen, ob vor dem Genuß des Wassers gewarnt wird oder nicht. Die Kinder der untersten Klasse, die mit den Geheimnissen der Lesekunst noch wenig vertraut sind, wissen überhaupt nicht, ob ein Brunnen gesperrt ist. Daß die Inschrift manchmal mit Schmutz bedeckt, halb verwischt und somit selbst für Erwachsene unleserlich ist, daß sie gelegentlich sogar überhaupt nicht wieder erneuert darauf wird, haben wir bereits früher einmal hingewiesen. Die schleunigste Beseitigung solcher Brunnen läßt sich, ehe in der Nachbarschaft durch Bohrung eines Tiefbrunnens Ersatz geschaffen ist, wohl mit Rücksicht auf die Nähe von Droschkenhalteplätzen nicht immer durchführen. Warum wird dann aber an solchen Stellen nicht Ersatz durch Brunnen geschaffen, die mit der städtischen Wasserleitung in Verbindung stehen? Daß das ohne Unzuträglichkeiten möglich ist, lehren die aus der städtischen Wasserleitung gespeisten „Freibrunnen für Schiffer", die im Cholerajahr 1892 in verschiedenen Gegenden der Stadt in der Nähe der öffentlichen Wasserläufe angelegt wurden. Man möchte beinahe sagen, daß die städtische Verwaltung sich die Beschaffung von Trinkwasser für die Straßenpassanten weniger angelegen sein läßt als die Fürsorge für das Trinkbedürfnis der Tiere. Eine ausreichende Fürsorge auch für die durstigen Menschen ist heute noch ein frommer Wunsch, namentlich sucht man an den Straßenbrunnen auch vergeblich nach Trinkbechern. Wenn die städtische Verwaltung etwa fürchtet, daß mit solchen Bechern Unfug getrieben werden würde, so läßt sich dem leicht abhelfen. Man bringe außen an den Trinkhallen eine mit der städtischen Wasserleitung durch ein besonderes Rohr in Verbindung stehende Wasserentnahmestelle an, deren Hahn von innen eventuell abgestellt werden kann, und überweise der in der Trinkhalle angestellten Verkäuferin gegen eine ihr von der Stadt zu gewährende kleine Vergütung einen Becher, der jedem darum Bittenden herausgegeben wird und wieder abzuliefern ist. Schon jetzt kann man beobachten, daß Kinder, Laufburschen und selbst unbemittelte Erwachsene, z. B. Arbeiterfrauen, die ihrem Manne das Mittagbrot nach der Arbeitsstelle tragen, manchmal an eine Trinkhalle herantreten und um einen Gratistrunk aus der Wasserleitung bitten, der ihnen denn auch von den Verkäuferinnen — zwar sehr gegen ihre Dienstvorschrift, aber aus einer menschenfreundlichen Gesinnung heraus, die nur zu loben ist — meist bereitwilligst gewährt wird.

Revolutionäres-antirevolutionäres. Auch in unserm Vorort Pankow hält man es für ein staatsrettendes Prinzip, der socialdemokratischen Arbeiterschaft den harmlosen Teil ihrer Lebensäußerungen nach Möglichkeit zu erschweren. Als die Maifeier herangerückt war, machte der Landrat des Kreises Niederbarnim auf seine Weise mobil. Es ging vielfach nicht gut an, eine Art der Feier, bei welcher nach preußischem Ordnungsdogma aufreizend gewirkt werden konnte, unmöglich zu machen, und so konnten denn Versammlungen, in denen die Arbeiterschaft über die Notwendigkeit der Beseitigung der heutigen Zustände aufgeklärt werden konnte, immerhin an manchen Orten stattfinden. Kein Volk ist weniger zu Ordnungswidrigkeiten geneigt als das deutsche, was sich sowohl an dem ruhigen Verlauf seiner Versammlungen zu erkennen giebt, als auch daran, daß die Arbeiter am 1. Mai aus sich selber heraus die Wirkung des etwa doch empfangenen revolutionären Giftes durch das wirksamste Gegengift von der Welt, nämlich durch Tanzen zu paralisieren suchten. Eine weise Staatsleitung hätte sich dessen gefreut und wäre am Abend des 1. Mai mit dem beruhigenden Gedanken schlafen gegangen, daß ein Volk, das noch an einer Polka seine Freude findet, nicht an gewaltsamen Umsturz denkt. Anders die staatliche Fürsorge des Landrats im Kreise Niederbarnim. Gerade der antirevolutionäre Teil der Maifeier wurde in ganz Niederbarnim verboten, indem an alle Amtsvorsteher eine Verfügung erging, beileibe nicht zu dulden, daß am Abend des 1. Mai von proletarischer Seite getanzt werde. Die Amtsvorsteher kamen immerhin dieser seltsamen Verfügung nach und schickten ihre Gendarmen in alle Welt, auf daß sie umherspähten, ob doch nicht irgendwo dem Verbot zuwider die Polka in ihr Recht träte. Aber so ist nun einmal das störrige Volk. Dem landrätlichen Verbot zum Trotz drängt es sich mit Gewalt zur taktvollen Schwächung des revolutionären Gedankens. Das Unerhörte wurde von dem allezeit aufmerksamen Gendarmen bemerkt: Im Saale des Socialdemokraten Blaurock zu Pankow drehte sich Paar um Paar zur Maifeier nach der so sehr beliebten Melodie: „Ist denn kein Stuhl da?" Selbstverständlich wurde solches an dem Wirte geahndet. Er erhielt ein auf 13 M. lautendes Strafmandat. Blaurock legte gegen diese Strafverfügung beim Schöffengericht Berufung ein aus dem Motive, daß er es ernst mit der Maifeier nehme und deren revolutionärer Bedeutung, und daß aus diesem Grunde — les extrêmes se touchent — konform den landrätlichen Intentionen der unschuldige Teil der Maifeier von ihm untersagt worden sei. Wenn die in seinem Saale versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen sich nun mit Gewalt zu dem harmlosen Vergnügen gedrängt hätten, so könne er nicht dafür. Das Schöffengericht hielt in seiner gestrigen Verhandlung den Wirt bei alledem für verantwortlich und verurteilte ihn wegen des Tanzens zu zehn Mark und wegen Ueberschreitung der Polizeistunde zu drei Mark Geldstrafe. Außerdem wurde Blaurock am gleichen Tage auf das Amtsbureau beschieden, wo man ihm mitteilte, daß er laut landrätlicher Verfügung wegen „unbotmäßigen Betragens gegen die Gendarmen" wie die Formel wörtlich lautete, statt wie bisher Uhr 12 fortan bereits Uhr 11 sein Lokal schließen müsse. Diese Verfügung hat natürlich die Folge, daß sowohl die Berliner als auch die eingesessene Arbeiterschaft es für ihre Ehrenpflicht erachtet, fortan um so eifriger den Parteigenossen Blaurock in seinem gegen die Harmlosigkeit gerichteten Streben zu unterstützen.

Zur Charakteristik desjenigen Teils der akademischen Jugend, dem später die Staatsretterei anvertraut wird, ist ein Schriftstück, das der Verein deutscher Studenten an die reaktionäre Presse gerichtet hat, von einigem Wert. Dieser Verein hat die kürzlich zur Gründung einer „Finkenschaft" abgehaltene Studentenversammlung systematisch durch Radaumachen zu vereiteln gewußt. Jetzt sucht er in dem erwähnten Schreiben sein Verhalten wie folgt zu rechtfertigen:

„Der Verein Deutscher Studenten ist principiell nicht gegen eine Organisation der Berliner Finkenschaft. Er ist nur in der Studentenversammlung vom 20. d. Mts. gegen den jüdisch-demokratischen „Socialwissenschaftlichen Studentenverein" aufgetreten. Die Mitglieder dieses Vereins stellten nämlich das sonderbare Verlangen, als Finken betrachtet zu werden. Es hatte sogar ein Herr von ihnen die Leitung und zwei andere saßen im Bureau. Lediglich gegen die unberechtigten Forderungen dieses Vereins, die den Zweck hatten, die Finkenschaft ins Schlepptau ihrer antinationalen Bestrebungen, unter dem Vorgeben freiheitlicher Organisation, zu nehmen, richtete sich das Auftreten des Vereins Deutscher Studenten.

Also weil die Versammlungsleiter dem auf Bismarck-Blödsinn geatchten Studenten zum Teil nicht genehm waren, mußten die bekannten Radauszenen aufgeführt werden. Wieviel Monate Gefängnis würden die Skandalmacher in ihrer späteren Eigenschaft als Staatsanwälte gegen ungebildete Arbeiter beantragen, welche sich etwa soweit vergessen hätten, die bekannte Gattung der „für den Staat besonders nützlichen Elemente" in ähnlicher Weise zu vergewaltigen?

Eine verfängliche Geschäftspraxis sollen sich verschiedene hiesige Bandagisten anzugewöhnen suchen. Einer unserer Leser schildert uns seine Erfahrungen in diesem Punkte wie folgt: Der Bandagist X. ist ein Mann von liebenswürdiger Bereitwilligkeit. Unlängst erinnerte ich den Genannten an die Lieferung einer bereits vorher bestellten Leibbinde für meine Frau. Herr X. antwortete, er habe noch keine Zeit gehabt, zum Maßnehmen zu kommen, werde dies aber nunmehr bald thun. Ich wandte erstaunt ein, daß er doch wohl eine Frau schicken werde, worauf er sagte, daß er solche Arbeiten am liebsten selber mache. Als ich nun entgegnete, daß ich solches ein wenig unziemlich fände, meinte er, vom wissenschaftlichen Eifer im Maßnehmen beseelt, daß doch auch ein Arzt nicht seine Frau zu einer Patientin schicke. Ich beeilte mich, Herrn X. zu sagen, daß er doch einen beliebigen Bandagisten nicht mit einem Arzte vergleichen könne, was zur Folge hatte, daß Herr X. resigniert erklärte, ihm sei nunmehr an der Bestellung nichts gelegen und er verzichte gern darauf. Ich wandte mich nun an eine

Bandagistin, die sich dahin äußerte, daß es leider Kollegen in Berlin gebe, welche roh genug wären, ganz vorschriftswidrig in eigener Person Patientinnen zum Maßnehmen zu besuchen und zwar namentlich dann, wenn die Bestellung durch Vermittlung der Armenkommission ergangen sei.

Die Verhandlung gegen die Therese Riesen alias Schwester Karola wegen der im Potsdamer Josephsstift verübten Mißhandlung des Knaben Steiner soll in der Berufungsinstanz am 1. Juli vor der Strafkammer zu Potsdam stattfinden.

Verschärfte Melde-Vorschriften im Schiffahrtsverkehr. Am 1. Juli treten im Regierungsbezirk Potsdam neue Melde-Vorschriften für die Schiffer in Kraft, durch die fortan der Verkehr der schiffahrttreibenden Bevölkerung strenger kontrolliert werden soll. Danach ist jeder Führer eines Schiffahrtszeuges oder Flosses verpflichtet, in dem Ort, wo er zum Ausladen oder zur Aufnahme von Gütern anlegt, auch wenn der Aufenthalt nur von kurzer Dauer ist, sämtliche auf dem Fahrzeug befindliche Personen bei der Polizei anzumelden, bezw. bei der Abfahrt wieder abzumelden. Diese Verordnung hat hauptsächlich den Zweck, daß der Verkehr von Personen, die gar nicht zur Schiffsbemannung gehören, auf den Fahrzeugen besser überwacht werde. Es ist häufiger vorgekommen, daß namentlich aus Berlin Verbrecher sich der Festnahme dadurch entziehen, daß sie auf Kähnen Unterschlupf finden und so ungehindert entfliehen. Künftighin können die Polizei-Organe die an den Flußläufen belegenen Ortschaften zum Zwecke der Durchführung der neuen Meldevorschriften für den Verkehr auf dem Wasser fortlaufend kontrollieren, und jeder Schiffsführer ist für die richtige Meldung der Behörde gegenüber verantwortlich.

Berliner Mieten. Für die Ueberlassung der Pacht des Café Bauer erhält die betreffende Gesellschaft von dem derzeitigen Inhaber des Cafés, Herrn Bauer, 200 000 M. Abfindung. Außerdem bezieht die Gesellschaft die Miete für den Eckladen im Hause. Der Laden ist auf die Dauer von 15 Jahren an eine bekannte Cigarrenfabrik vermietet, die nach dem Berliner Volksmunde sämtliche Ecken nicht nur in Berlin, sondern auch im Himmel besetzt hat. Die jährliche Miete beträgt 23 000 M., so daß der Gesellschaft im ganzen weitere 345 000 M. aus dem Pachtvertrage ohne Gegenleistung zufließen. Café und Hotel bringen jetzt 180 000 M. Pacht, während bisher 150 000 M. bezahlt wurden.

Der Müllkasten-Controleur. Die „Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer", welche die Müllabfuhr, das Nachtwachtwesen, Hypothekenvermittelung u. a. für die Hausbesitzer bewirkt, hat, wie der „Voss. Ztg." mitgeteilt wird, einen Müllkasten-Controleur auf dem Rade angestellt, dessen Aufgabe es ist, sowohl die zahlreichen Fuhrwerke dieser Genossenschaft, wie auch die in den Häusern aufgestellten Müllkasten und deren vorschriftsmäßige Behandlung zu beaufsichtigen. Er trägt eine graue Uniform, ähnlich derjenigen der Omnibusschaffner. Da er sehr weite Strecken zurückzulegen hat, bedient er sich dazu eines Fahrrades.

Mit dem Bau eines großen Postgebäudes wird im nächsten Frühjahr am Blücherplatz, Ecke des Tempelhofer Ufers und der Belleallianceстraße, begonnen werden. Hier hat der Postfiskus den umfangreichen, zur Zeit noch mit Obstbäumen bestandenen direkt an der Straße gelegenen Garten erworben, der früher zu dem im vorigen Jahre nach Lichterfelde verlegten Rotherstift gehörte.

Einbruchsdiebstahl und Brandstiftung. In der Nacht zum Freitag um 1 Uhr entstand in dem Kolonialwaren-Laden von Vogler, Brunnenstr. 51, Ecke der Bernauerstraße, ein gefährliches Feuer, das an vielen Kisten, Petroleum und anderen Vorräten reiche Nahrung fand und großen Schaden verursachte. Der Keller, der mit dem Laden verbunden ist, aber einen eigenen Eingang von der Straße aus hat, ist größtenteils ausgebrannt. Vogler, der schwer an Rauchvergiftung erkrankte, mußte in das Lazarus-Krankenhaus gebracht werden. Nach einer Lokalkorrespondenz soll das Feuer durch Brandstiftung von Einbrechern entstanden sein. Vogler habe zwar über die Vorgänge noch keine Auskunft geben können, da er noch vernehmungsunfähig ist. Die Spuren, aus denen man Schlüsse ziehen kann, seien aber deutlich genug. Die Einbrecher haben die Leitung des Läutewerks durchschnitten und sind dann mit Nachschlüsseln in den Laden und von diesem aus über die Treppe in den Keller gelangt. Sie haben die Ladenkasse aufgemeißelt, ihres Inhalts von 178 Mark in Gold und Silber beraubt, haben im Laden und im Keller Kisten und Kasten zertrümmert, mit Petroleum, Spiritus 2c. getränkt und angezündet und sind dann geflüchtet. Einen Revolver, den Vogler stets an der Kette bei sich liegen hatte, fand man über dem Kellereingang. Der Laden ist schon im vorigen Jahre einmal von Einbrechern heimgesucht worden.

Weil sie acht Mark rückständige Miete nicht zahlen konnte, hat sich in ihrer Wohnung Camphausenstr. 4, die in den sechziger Jahren stehende Frau M. erhängt. Die Besitzerin des Hauses, eine Frau Gantzberg, hatte von dem in äußerster Not lebenden Ehepaar M. die rückständige Monatsmiete eingeklagt und gleichzeitig die Exmission angedroht. Dies nahm die alte Frau sich so zu Herzen, daß sie gestern ihrem Leben freiwillig ein Ende machte. Als die bei den Eltern lebende Tochter der Eheleute den traurigen Vorfall auf dem Polizeirevier meldete, that der anwesende Polizeileutnant ein gutes Werk und gab der Unglücklichen aus seiner Tasche 10 M., damit sie die Hausbesitzerin befriedigen könne.

Im Verfolgungswahn ist gestern morgen der 35 Jahre alte Arbeiter Gustav Paul aus der Falckensteinstr. 29 aus dem Fenster gesprungen. Der Mann litt schon seit einiger Zeit an Verfolgungswahn. Seit drei Tagen arbeitete er nicht mehr, sondern tobte in der Wohnung umher. Vergangene Nacht um 12 Uhr wurde es so schlimm, daß seine Wirtschafterin davonlief. Um 4½ Uhr hörten Hausbewohner laut zählen: Eins, zwei, drei! Im selben Augenblick sprang Paul aus dem vierten Stock zum Fenster hinaus und fiel auf das Dach eines Pferdestalles. Er zog sich einen Bruch des rechten Armes und Beines und andere schwere Verletzungen zu und wurde mit einem Rünzelschen Rettungswagen in das Krankenhaus am Urban gebracht.

Verhaftet worden ist der „Trauerbrief"-Lotteriekollekteur Adolf Seelhorst in Braunschweig, über dessen eigenartige Manipulationen wir mehrfach berichteten. Es ist nämlich jener Biedermann, welcher, wie noch erinnerlich sein dürfte, unter der Marke einer „Witwe" Seelhorst vor einiger Zeit auch nach Berlin tausende von mit Trauerrand versehenen Briefen sandte, um die Empfänger zur Abnahme von Losen der braunschweigischen Landeslotterie zu veranlassen. Die „trauernde" Witwe bat in diesem Schreiben, ihr doch die Lose abzukaufen; ihr „seliger Mann" habe zwar an den Losen stets mit Leib und Seele gehangen, doch habe sie sich jetzt aus Not veranlaßt gesehen, sie zu veräußern. In dem bevorstehenden Prozeß werden auch zahlreiche Berliner Einwohner als Zeugen geladen werden.

Aufsehen erregte Freitagnachmittag in der Kastanien-Allee der Selbstmordversuch eines jungen Mädchens, das sich aus einem Erkerfenster auf die Straße hinabstürzte. Die Geschwister Mesch, Mädchen von 16 und 17 Jahren, verloren vor kurzem binnen vierzehn Tagen durch den Tod Vater und Mutter und wurden bei einer Tante, einer Hausbesitzerin Witwe Cohn in der Kastanien-Allee Nr. 69, einstweilen untergebracht. Der Verlust der Eltern und der plötzliche Wechsel aller Verhältnisse gingen den sehr vermögenden Kindern um so näher, als sie aus einem ungetrübten Familienleben und dem innigsten Verkehr namentlich mit ihrer Mutter jäh herausgerissen worden waren. Mit der Tante konnten sie sich nicht gut stellen. Es gab häufig Zwist, der sich schon vor einigen Tagen so zugespitzt hatte, daß die 17jährige Elisabeth zum Fenster hinausgesprungen wäre, wenn nicht das Dienstmädchen und die Vettern sie festgehalten hätten. Gestern nachmittag aber gelang es ihr, abermals durch einen Streit aufgeregt, ihren Plan auszuführen. Schwer verletzt blieb die Unglückliche auf dem Straßenpflaster liegen. Leute, die dazu kamen, hoben sie auf und sorgten für ärztliche Hilfe. Die Rettungswache in der Kastanienallee ließ das Mädchen in das jüdische Krankenhaus bringen.

Der seit Anfang Mai flüchtige Bankier Fritz Thiele, Inhaber der Wechselstube „Luisenstadt" in der Oranienstraße, dessen Fallissement und steckbriefliche Verfolgung wir zur Zeit meldeten, ist nach Amerika entkommen. Ein Konfektionär aus New York, der jährlich zweimal Berlin besucht und sich jetzt kurze Zeit hier aufgehalten, hat ihn Ende Mai in New York gesehen. Es fiel ihm auf, daß Thiele, mit welchem er in Berlin bekannt geworden, ihm scheu aus dem Wege ging. Erst als der Amerikaner in Berlin eintraf, erfuhr er den Zusammenbruch des Thieleschen Bankgeschäfts. Die Witwe Retzlaff, mit welcher Thiele ein Verhältnis unterhielt, und mit welcher er gemeinschaftlich die Flucht ergriff, war in New York nicht in seiner Begleitung. Im übrigen sind die Aussichten der Gläubiger auf Befriedigung aus der Thieleschen Konkursmasse nicht so schlecht, wie man anfänglich annahm. Thiele hat noch Außenstände zurückgelassen, die zum Teil schon eingelaufen sind. Die Annahme, daß er gefälschte Wechsel in Umlauf gesetzt, hat sich glücklicherweise nicht bestätigt.

Eine große Schlägerei, bei der die Polizei mit einem stärkeren Aufgebot eingreifen mußte, gab es Freitagnachmittag auf dem Grundstück Rheinsbergerstr. 18. Hier wohnt seit einem Jahre mit seiner Frau und zwei Kindern ein Handelsmann Paul Neumann, der in Gemeinschaft mit seinen beiden jüngeren Brüdern Gustav und Max einen Straßenhandel im Umherziehen betreibt. Neumann kam gestern nachmittag um 3 Uhr betrunken nach Hause und geriet auf dem Hofe mit seinen Brüdern in einen heftigen Streit. Ein Zimmermann, der zufällig auf dem Hofe arbeitete, suchte zu beschwichtigen und zu vermitteln, erreichte aber damit nur, daß nun alle drei Neumanns sich gegen ihn wandten. Gustav Neumann entriß ihm sogar seine Axt und drang mit der Drohung, ihm den Schädel spalten zu wollen, auf ihn ein. Der Zimmermann floh auf die Straße und rief um Hilfe. Aus dem Hause und von der Straße her kamen noch fünfzehn Mann herbeigeeilt, ergriffen, was ihnen gerade am nächsten lag, und schlugen auf einander ein, wobei die Hausgenossen für den Zimmermann Partei ergriffen. Bevor es zu ernsteren Verletzungen kam, machte die Polizei des 46. Reviers mit einem stärkeren Aufgebot dem Kampf ein Ende. Die drei Neumanns und einer ihrer Helfer, der von der Straße gekommen war, wurden auf die Revierwache abgeführt, wobei Gustav und Max unterwegs sich noch heftig widersetzten. Paul Neumann wurde um 6 Uhr wieder entlassen, seine jüngeren Brüder dagegen in Haft behalten, um der Kriminalpolizei zugeführt zu werden.

Ein Feuerwehrmann ist am Freitag bei der Ablöschung eines brennenden Kolonialwarenladens in der Brunnenstr. 51 an Rauchvergiftung schwer erkrankt. Er wurde ins Lazarus-Krankenhaus geschafft.

Die Hagenbeckschen Vorstellungen im Konzertgarten der Brauerei Friedrichshain finden, worauf wir gebeten werden, aufmerksam zu machen, an allen Wochentagen zweimal täglich statt. Die erste beginnt um 7 Uhr, während die zweite auf mehrfachen Wunsch der Besucher der Strauß-Konzerte jedesmal nach Schluß der Straußschen Konzerte stattfindet. Am kommenden Sonntag finden drei Vorstellungen, die erste um 5 Uhr, die zweite um 7 Uhr und die dritte nach Schluß des Strauß-Konzerts statt.

Theater. Das Deutsche Theater giebt für die letzte Woche seiner Spielzeit das folgende Repertoir aus: Heute, Sonnabend: „Don Carlos"; morgen, Sonntagnachmittag: „Die versunkene Glocke", abends: „Romeo und Julia"; Montag, zum 75. Male: „Cyrano von Bergerac"; Dienstag, neu einstudiert: „Der Misantrop", hierauf: „Der Abenteurer"; Mittwoch: „Die Räuber"; Donnerstag und Freitag: „Die Jüdin von Toledo". In sämtlichen Abendvorstellungen spielt Josef Kainz, der mit Freitag, den 30., aus dem Deutschen Theater und von Berlin scheidet. Für Kainz' letztes Auftreten sind seit vielen Monaten die Bestellungen in so überreicher Zahl eingelaufen, daß die Direktion auch für den Vorabend, den 29., die gleiche Vorstellung wie am 30. angesetzt hat: „Die Jüdin von Toledo"; am Abschiedsabend treten erhöhte Preise ein. — Im Schiller-Theater erfolgt jetzt die Ausgabe der festen Abonnements für die Schauspielvorstellungen des I. Quartals des neuen Spieljahres. Abonnementspreise und nähere Bedingungen sind jetzt täglich an den Anschlagssäulen ersichtlich. Es empfiehlt sich, Anmeldungen für Neu-Abonnements ehemöglichst zu machen, da die Schauspiel-Saison bereits am 28. d. M. schließt. Am 29. Juni beginnt bekanntlich Direktor Morwitz die Opern-Saison mit Lortzings „Der Wildschütz." — Im Ostend-Carl Weiß-Theater gelangt heut zu kleinen Preisen das nach dem gleichnamigen Roman der Marlitt verfaßte Schauspiel „Liane, die zweite Frau", zur ersten Aufführung.

Aus den Nachbarorten.

Johannisthal-Niederschöneweide und Umgegend. Die Genossen werden auf die am Montagabend 8 Uhr in Johannisthal in Senftlebens großem Saal stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht, in welcher Fritz Zubeil über die Zuchthausvorlage referiert.

Der Vertrauensmann.

Ein preußisches Kulturbild. Der Verein Berliner Vororte hielt vorgestern in Lehnitz an der Nordbahn eine Wanderversammlung ab. In den Beratungen, die sich hauptsächlich auf die Verkehrsverhältnisse der Nordbahn bezogen, wies der Referent Professor Dr. Herchner-Hermsdorf darauf hin, daß es gegenwärtig für die Vororte doppelt schwer sei, Verbesserungen der Verkehrsverhältnisse zu erreichen, weil allen noch so berechtigten und sogar von der Eisenbahn-Verwaltung als solche anerkannten Wünschen in neuerer Zeit stets mit der Erklärung begegnet werde, es sei dazu — kein Geld vorhanden! Dieser Geldmangel der Eisenbahn-Verwaltung mache es sogar unmöglich, daß so verkehrsreiche Stationen, wie Waidmannslust, Dalldorf, Oranienburg 2c. Bahnsteig-Ueberdachungen erhalten könnten. Im Zeichen des Verkehrs leben wir eigentlich nur, wenn Kolonialerwerbungen problematischer Natur in Betracht kommen. Dann ist Geld wie Heu da.

Für die Neuwahlen zum Provinzial-Landtage der Provinz Brandenburg hat jetzt der Provinzialausschuß die Zahl der von den einzelnen Kreisen der Provinz zu wählenden Abgeordneten festgestellt. Im ganzen sind 119 Abgeordnete zu wählen, davon entfallen auf den Regierungsbezirk Potsdam 64, auf Frankfurt 55 Abgeordnete. Von den Stadtkreisen in Potsdam haben in den Provinzial-Landtag zu entsenden: Charlottenburg 4, Brandenburg a. H. 2, Schöneberg, Rixdorf, Spandau und Potsdam je 3 Abgeordnete. Von den Landkreisen sollen der Teltower und Niederbarnimer je 6 Abgeordnete wählen, während der Oberbarnimer nur 3 wählt. Nach dem Ausscheiden Schönebergs und Rixdorfs aus dem Kreise Teltow, welcher der Einwohnerzahl nach mit 322 351 Seelen bisher obenan stand, jetzt aber auf nur 208 550 Einwohner geschätzt worden ist, nimmt Niederbarnim die erste Stelle mit 229 008 Bewohner ein und Oberbarnim mit 87 259 Insassen den dritten Platz, während von den Stadtkreisen Schöneberg, das jetzt über 85 000 Einwohner besitzt, nur mit 58 859 Bewohner, Rixdorf nur mit 59 942 und Charlottenburg mit seinen jetzt mehr als 170 000 Seelen nur mit 130 758 Einwohnern angenommen ist.

Wie noch erinnerlich sein wird, ist auch im öffentlichen Leben zuweilen vom Brandenburgischen Provinzial-Landtag insoweit die Rede gewesen, als der Kaiser dort in Festreden seinen Großvater Wilhelm I. (den Großen, der Bismarck zum Handlanger hatte) einen Mann genannt hat, der im Mittelalter heilig gesprochen wäre, wohingegen die Socialdemokratie von ihm als die Pest bezeichnet wurde, die ausgerottet werden müsse bis auf den letzten Stumpf.

Die erste Neuwahl von 16 Stadtverordneten in Schöneberg findet bereits im Herbst dieses Jahres statt. Von den im Herbst 1897 gewählten 48 Stadtverordneten, welche am 20. Dezember 1897 zum erstenmale zur Versammlung zusammentraten, wird jetzt ⅓, d. h. 16 Stadtverordnete, ausgelost. Die Auslosung soll noch vor Beginn der Stadtverordneten-Ferien vorgenommen werden, und zwar am Montag, den 3. Juli, nachmittags 5½ Uhr, im kleinen Sitzungssaale des Schöneberger Rathauses durch den zweiten Bürgermeister Dr. Gerhardt im Beisein der Stadtverordneten. In der darauf folgenden Sitzung werden die Namen der Ausgelosten dann bekannt gegeben werden. Zur Auslosung kommen aus der 1. und 3. Klasse je 5, aus der 2. Klasse 6 Stadtverordnete. Unsere Parteigenossen werden sich zeitig zur Agitation rüsten.

Der Steinsetzmeister Otto in Rixdorf und die „socialdemokratischen Genossen". Wir erhalten folgende Zuschrift: „Der genannte Herr hat in seiner Eigenschaft als Stadtverordneter im Rixdorfer Kollegium die Behauptung aufgestellt, die Steinsetzer hätten von ihm verlangt, daß er denselben eine falsche Urkunde beschaffen sollte, derzufolge sie als Regiearbeiter zu betrachten seien, und daß sie ihm unter dieser Bedingung aus der Not helfen wollten. (Vergl. Bericht in unserem gestrigen Blatte.) Da ist dem genannten Herrn sicher ein Mißverständnis unterlaufen, welches vielleicht dadurch erklärlich ist, daß ihm selber möglicherweise falsch berichtet wurde. Herr Otto hatte nämlich, um nicht als Mitglied der Berliner Steinsetzer-Innung die Beschlüsse derselben durch die Bewilligung der Forderungen der Steinsetzer durchbrechen zu müssen, die betreffenden Arbeiten einem Herrn Pennecke in Charlottenburg übergeben. Die Arbeiter fielen auf die Sache jedoch nicht rein, sondern verlangten von dem Nothelfer der Firma Otto und Söhne, daß derselbe ihnen eine Urkunde vorlegen solle, wonach ihm die Arbeiten von der Gemeinde übertragen worden seien. Sie fügten dann hinzu, daß sie, wenn Herr O. die Arbeit nicht ausführen wolle, sich selber darum bemühen wollten, daß sie die Ausführung der Arbeit in Regie übertragen erhielten. Das waren ehrliche und anständige Arbeiter und gute Socialdemokraten, über die Herr Otto wohl am wenigsten Ursache hat, sich sittlich zu entrüsten."

Mit „Flaschenposten" wird nach wie vor allerhand Unwesen getrieben. Am Mittwoch wurde im Müggelsee eine Flasche aufgefischt, die einen Zettel folgenden Inhalts enthielt: „In der Nähe der Müggelberge, angesichts der Palme, mußten wir unser junges Leben lassen. Boot aus Stralau. Schulze. Lehmann. Krause. Müller." Die Verüber solcher Flegeleien scheinen nicht zu wissen, welches Unheil sie mit diesen Scherzen anrichten können.

Die Erntezeit in Werder, die sonst eine Zeit emsigsten und freudigsten Schaffens für die Bewohner unserer märkischen Obstkammer war, verläuft in diesem Jahre wegen des schlechten Standes der Obsternte still wie nie zuvor. Die Anzahl der mit Kirschen gefüllten Tienen, die täglich mit dem Dampfschiff nach Berlin transportiert werden, ist so gering, wie es seit nahezu 40 Jahren nicht der Fall gewesen ist.

Die Freude der verklärten Geister. In Kremmen ist kürzlich irgend ein patriotisches Fest abgehalten worden, bei dem ein Musterpatriot vor dem Kriegerdenkmal die übliche Festrede hielt. Dies bedeutsame Ereignis war nach der Nr. 70 der „Kremmener Zeitung" mit folgenden, ganz ernsthaft im Blatt berichteten Nebenumständen verbunden:

„Während dieser Worte unter Niederlegung des Kranzes leuchtete die Sonne so hell und klar vom Firmament herab, als wenn sie der Freude der verklärten Geister Ausdruck geben wollte."

Das war gar nicht übel von den verklärten Geistern. Noch hübscher wäre es aber gewesen, wenn sie ihren gewiß nicht unbedeutenden Einfluß zur Verhinderung des Feuers aufgeboten hätten, das in der Stunde der Festfeier in dem verlassenen Kremmen ausbrach. Zufällig kamen, wie wir seiner Zeit berichtet haben, beim Ausbruch des Brandes einige radelnde Socialdemokraten in den Ort, und diesen war es beschieden, die gefährdeten Menschenleben gerade in dem Moment zu retten, als die verklärten Geister sich mit der lichttelegraphischen Kundgebung ihrer Kriegerdenkmalsfreude abmühten.

Die Wettbewerbs-Entwürfe, die für die Umgestaltung des Bebauungsplanes des Parks Witzleben (Charlottenburg) auf das Preisausschreiben der Terrain-Aktiengesellschaft Park Witzleben von Mitgliedern des Architektenvereins und der Vereinigung Berliner Architekten eingegangen sind, werden bis zum 24. Juni einschließlich und dann vom 28. bis 30. Juni im Architektenhause (Wilhelmstraße 92/93) während der Tagesstunden öffentlich ausgestellt.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Aus Wriezen a. O. wird uns berichtet: Mittwoch wurde der Schlosser und Monteur Friedrich von hier bei dem Aufladen einer Getreidequetsche auf dem benachbarten Gute Gießhof durch das Abrutschen der Quetsche derartig zerdrückt, daß er auf der Stelle starb. Friedrich ist verheiratet und Vater von 6 kleinen Kindern.

Gerichts-Zeitung.

Vom Polizeikampf gegen Arbeitervereine. Die §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes sollte der Töpfer Suckert als Vorsitzender der Filiale „Freiwaldau" des Centralverbandes der Töpfer und Ziegler übertreten haben. Die Behörde machte ihm zum Vorwurf, daß er es nach seinem Amtsantritt im Jahre 1898 unterlassen habe, dem Polizeiverwalter seine Wahl zum Vorsitzenden anzumelden, das Mitgliederverzeichnis einzureichen und die Aenderung der Statuten mitzuteilen. Das Schöffengericht zu Halbau sprach den Angeklagten jedoch frei, weil es nicht für dargethan hielt, daß der Töpferverband und seine Filialen auf öffentliche Angelegenheiten einwirken wollten. Die Strafkammer zu Sagan als Berufungsinstanz hob aber das Urteil wieder auf und verurteilte Suckert zu einer Geldstrafe von 20 Mark, indem sie ausführte: Zwar habe der Amtsvorsteher aus Freiwaldau auch jetzt Thatsachen nicht anführen können, welche auf eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten durch die Filiale Freiwaldau schließen ließen. Das Statut des Gesamtverbandes, das auch für die Filialen maßgebend sei, ergebe dagegen unzweifelhaft, daß der Verband und seine Filialen eine derartige Einwirkung bezweckten. Wenn auch der § 1 nur von den Interessen der Mitglieder spreche, so sage doch der § 4, es wäre Pflicht jedes wandernden Kollegen, solche Orte auf das strengste zu meiden, wo Lohnstreitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern der Töpferei und verwandter Berufe ausgebrochen seien. Und der § 5 bringe ausführliche Specialbestimmungen darüber, wie sich die Mitglieder und der Centralvorstand bei Lohnbewegungen zu verhalten hätten. Der Verein verfolge danach nicht nur den Zweck, günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Mitglieder zu erstreben, sondern er bezwecke auch zugleich Einwirkungen auf ausbrechende Streiks und Aussperrungen durch Unterstützung, sei es in Geld oder durch Fernhaltung von Zuzug. Hierin liege aber eine Einwirkung auf Verhältnisse, welche, wie insbesondere Arbeitseinstellungen, zugleich das gesamte öffentliche Interesse berühren. Somit sei der fragliche Zweck festgestellt. Der Angeklagte sei demnach strafbar, indessen nur wegen der Weigerung, ein Mitgliederverzeichnis als eine Auskunft über den Verein einzureichen. — Für den Angeklagten legte Rechtsanwalt Dr. Herzfeld beim Kammergericht die Revision ein. Nach dem Wortlaut des § 2 des Vereinsgesetzes seien Statuten und Mitgliederverzeichnis eines Vereins im Sinne dieses Paragraphen nur binnen der drei Tage nach der Stiftung des Vereins einzureichen, und zwar von dem Vorsitzenden aus der fraglichen Zeit. Die Stiftung sei schon im Jahre 1892 erfolgt und der Angeklagte sei damals nicht Vorsitzender des Vereins gewesen. — Das Kammergericht trat diesen Ausführungen des Rechtsanwalts bei und sprach Suckert frei. Es nahm dagegen an, der Vorderrichter habe mit Recht festgestellt, daß der Verband und seine Filialen eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckten.

Was sind öffentliche Angelegenheiten? In einer Verhandlung, die am 22. d. M. vor dem Schöffengericht in Brandenburg a. d. Havel stattfand, zeigte sich so recht, wie wunderbar manchmal Verwaltungsbehörden das Vereinsrecht auffassen. Der Magnetiseur Geist aus Berlin erhielt einen polizeilichen Strafbefehl auf 15 M. event. 3 Tagen Haft, weil „er am 27. April d. J. in einer Versammlung des Brandenburger Naturheilvereins im Winkelschen Lokal einen öffentlichen Vortrag gehalten, ohne daß eine Anmeldung der Versammlung bei der Ortspolizeibehörde erfolgt war." Die gleiche freudige Ueberraschung wurde dem Vorsitzenden des Vereins und der Besitzerin des Lokals zu teil. Irgend welchen Beweis dafür, daß der Vortrag „öffentliche Angelegenheiten" betroffen, hatte

die Polizeibehörde nicht einmal versucht. Demnach citierte sie als Strafnorm §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1858. Das Thema des Vortrages lautete: „Die Versündigung der Männer gegen die Frauen". Der Vortrag behandelte lediglich die sittlich-hygienischen Fragen des Benehmens des Mannes gegen die Frau auf der Straße, in der Gesellschaft und im Hause, ohne irgendwie das politische oder sociale Gebiet zu berühren, wie das ja bei einem Vereine, der grundsätzlich die Politik ausschließt, natürlich ist. Der Verteidiger Rechtsanwalt Lothar Volkmar aus Berlin führte im Gegensatz zu dem Staatsanwalt aus, daß aus der Oeffentlichkeit des Vortrages gar nichts für die einzig in Betracht kommende Frage folgere, ob der Vortrag öffentliche Angelegenheiten erörtert habe. Ebensowenig komme das allgemeine Interesse in Betracht, das derselbe zweifellos errege. Nach längerer Beratung schloß sich das Gericht den Ausführungen des Verteidigers an und sprach die Angeklagten kostenlos frei.

Nachklänge von den Erfurter Krawallprozessen. In der Schwurgerichtsverhandlung, die sich wegen der Maivorgänge des vorigen Jahres Anfang Juli 1898 in Erfurt abspielten, ist bekanntlich durch verschiedene Zeugenaussagen, wie die des Gemeindeältesten Kramer und des Pastor Köhler das Vorgehen der Polizei zum Teil als vollständig ungerechtfertigt und rücksichtslos bezeichnet worden. Wegen Teilnahme an dem Aufruhr auf dem Friedrich Wilhelmsplatze hatten sich am 29. November v. J. nun abermals sieben Personen, darunter der Maurer Ludwig und der Arbeiter Matthäsius, vor dem Landgerichte Erfurt zu verantworten. Sie wurden jedoch von dieser Anklage freigesprochen, weil das Gericht angenommen hat, daß sie wider ihren Willen in die Menschenmenge geraten sind und nicht im stande waren, sich wieder daraus zu entfernen. Matthäsius ist dagegen wegen Beleidigung zweier Polizeibeamten verurteilt worden. — Gegen das Urteil hatte der Staatsanwalt und Matthäsius Revision eingelegt. Der Staatsanwalt bekämpfte die völlige Freisprechung der Angeklagten wegen der Teilnahme am Aufruhr und suchte nachzuweisen, daß die Angeklagten wenigstens wegen Uebertretung der Straßenpolizei-Ordnung (weil sie trotz Aufforderung sich nicht entfernt hatten) hätten verurteilt werden müssen. Matthäsius beschwerte sich über seine Verurteilung und darüber, daß außer dem Oberbürgermeister, der den Strafantrag gestellt hat, auch den beiden beleidigten Polizeibeamten die Publikationsbefugnis zugesprochen worden ist. — Das Reichsgericht verwarf gestern beide Revisionen, die des Staatsanwalts deshalb, weil festgestellt sei, daß Ludwig wider seinen Willen in der Menschenmenge festgehalten worden ist, und bei den übrigen Angeklagten das Nichtvorhandensein des subjektiven Schuldmomentes gleichfalls ausreichend begründet sei.

Seltsame Verwaltungs-Verhältnisse herrschen in dem gothaischen Dorfe Schmerbach. Der wichtige Posten eines Nachtwächters, der zugleich Gemeindediener ist, wird nämlich alljährlich durch den Schultheiß an den — Mindestfordernden vergeben. Was hieraus für Folgen entstehen können, zeigt eine Strafsache, die am 28. März vor dem Landgerichte Gotha zur Verhandlung kam. Der 1898er Gemeindediener und Nachtwächter Wilhelm Hellmann II aus Schmerbach war nämlich der Unterschlagung beschuldigt. Er hatte während seiner Amtsthätigkeit 201 M. 88 Pf., welchen Betrag er als Bier- und Branntweinsteuer einkassiert hatte, für sich verbraucht. Die Strafkammer verurteilte H. nur wegen einfacher Unterschlagung zu zwei Monaten Gefängnis, da sie zu Gunsten des Angeklagten annahm, daß eine Anstellung desselben nicht erfolgt und er lediglich als eine Art Bote oder Tagelöhner des Gemeindevorstehers anzusehen sei. Auf die Revision des Angeklagten hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück, weil zu Unrecht angenommen sei, daß der Angeklagte nicht ein angestellter Gemeindebeamter war.

Die Unpersönlichkeit des kranken Pferdes. Wer einem andern solche Heilmittel überläßt oder verkauft, welche dem freien Verkehr entzogen sind, der wird nach § 367 Nummer 3 des Strafgesetzbuches bestraft. Gegen diese Bestimmung sollte sich der Schmied Kieschke in Kottbus vergangen haben. K. befaßt sich mit der Behandlung kranker Pferde und benutzt hierbei Mittel, die aus Medikamenten bestehen, welche dem freien Verkehr entzogen sind. Gelegentlich einer Haussuchung waren derartige Medikamente bei ihm gefunden worden. Das Schöffengericht sprach den Angeklagten frei, das Landgericht als Berufungsinstanz verurteilte ihn jedoch zu einer Geldstrafe von 25 M., indem es folgendes ausführte: Der Angeklagte berechne allerdings nicht einen besonderen Preis für die verwendeten Arzneimittel. Ihre Bezahlung sei indessen in dem Betrage enthalten, den er für die Behandlung der erkrankten Tiere fordere. Man habe hier also vor sich ein „Ueberlassen" von dem allgemeinen Verkehr nicht freigegebenen Heilmitteln gegen Bezahlung und somit auch einen, wenn auch etwas verschleierten Verkauf. Auf die Revision des Beschuldigten hob das Kammergericht die Vorentscheidung auf und sprach ihn frei. Der Senat ging davon aus, daß unter den obwaltenden Umständen von einem „Ueberlassen" der Heilmittel im Sinne des § 367 nicht die Rede sein könne, weil ja die den Tieren verabreichten Mittel bei der vom Angeklagten selbst bewirkten Kur nicht erst in die Hände anderer Personen gelangten.

Sociales.

Wer fördert den socialen Frieden? Die General-Versammlung der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten, welche in der Zeit vom 18. bis 20. Juni in Breslau ihre Tagung abhielt, hatte auf ihrer Tagesordnung als 5. Verhandlungspunkt: „Die Arbeiterbewegung in der Schuh- und Schäfte-Industrie" stehen. Der Vorstand des „Vereins deutscher Schuhmacher" in Nürnberg hatte nun Veranlassung genommen, anläßlich dieses Punktes an die Generalversammlung ein Schreiben folgenden Inhalts zu richten:

Bezugnehmend auf Punkt 5 der Tagesordnung — „Die Arbeiterbewegung in der Schuh- und Schäfte-Industrie" — wolle die Generalversammlung beschließen:

Der Verband der deutschen Schuh- und Schäfte-Fabrikanten anerkennt den Verein deutscher Schuhmacher, Sitz in Nürnberg, als den berufenen Vertreter der in der deutschen Schuh- und Schäfte-Industrie beschäftigten Arbeiterschaft, und erhebt es zum allgemeinen, den Mitgliedern zur Richtschnur dienenden Princip, bei vorkommenden Differenzen zwischen Mitgliedern des Verbandes und deren Arbeiterschaft, die etwa seitens des Vorstandes des Vereins deutscher Schuhmacher oder dessen Stellvertreter angebotene oder nachgesuchte Vermittelung in dem jeweiligen Streitfalle nicht abzuweisen, sondern anzunehmen.

Indem wir Ihnen vorstehendes unterbreiten, werden wir von dem einzigen Bestreben geleitet, auf Grund gegenseitiger Anerkennung der Organisation, vorkommende Konflikte zwischen Fabrikanten und Arbeitern möglichst auf gütlichem Wege gegenseitiger Vereinbarung zu erledigen, als es auf langwierige Streiks ankommen zu lassen. Die schnelle Entwicklung des Maschinenwesens in der deutschen Schuhindustrie macht Konflikte und Differenzen in Bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse unvermeidlich, und was ist da näherliegend, als daß man innerhalb der beteiligten Kreise eine Basis zu schaffen sucht, durch die dieser Entwickelung Rechnung getragen wird und erbitterte Kämpfe zwischen Fabrikant und Arbeiter bei einigem Verständnis und redlichem Willen vermieden werden können.

Unser Vorschlag ist geeignet, in dieser Beziehung fördernd zu wirken, und nicht zuletzt dürfte es im Interesse der Schuh- und Schäfte-Industrie liegen, wenn Sie denselben nicht nur einer sachlichen und ernsten Erwägung unterziehen, sondern auch dementsprechend Beschluß fassen.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand des Vereins deutscher Schuhmacher.

J. A.: J. Siebert, erster Vorsitzender.

Und wie lautet der von der Generalversammlung des Verbandes deutscher Schuh- und Schäftefabrikanten daraufhin gefaßte Beschluß? Man höre:

„Auf Ihr gef. Schreiben vom 16. cr. erwidern wir Ihnen, daß wir in Anbetracht der Existenz verschiedener Vereine der Schuhfabrik-Arbeiter einen einzelnen Verein als den allein berufenen Vertreter der deutschen Schuharbeiter nicht anerkennen können."

Man sieht, die Unternehmer sind es nicht, die den Frieden wollen.

Das Protokoll über die Verhandlungen des Kongresses der Krankenkassen Deutschlands vom 27. und 28. Mai d. J. ist erschienen. Es ist herausgegeben von der Centralkommission der Krankenkassen Berlins, Brückenstr. 10a, SO., und zum Preise von 15 Pf. käuflich. Für Interessenten des Krankenkassenwesens und der Bestrebungen der Krankenkassen, ihrerseits zur Besserung der Verhältnisse der Versicherten beizutragen, ist es ein wertvolles Aktenstück.

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 26. Juni, findet ein Ausflug des Vereins nach Grünau statt. Treffpunkt bis 4 Uhr in Grünau im Lokal von Lindenhayn, Friedrichstr. 1 und 2. Um recht zahlreiche Beteiligung wird gebeten. Gäste sind sehr willkommen. Der Vorstand.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 5. Berliner Wahlkreis hielt am 22. Juni im alten Schützenhause eine Versammlung ab. Genosse Doktor Weyl referierte über die Bedeutung des Tuberkulose-Kongresses. Seiner Meinung nach ist die Bedeutung des Kongresses in der Gewerkschafts- und Parteipresse zu hoch eingeschätzt worden. Zum Beispiel sei in einer Rede des Genossen Dr. Friedeberg ausgeführt worden, daß das Ergebniß des Kongresses ein höchst erfreuliches gewesen sei. Es habe eine sociale Annäherung verschiedener Schichten der Gesellschaft stattgefunden, indem Vertreter der Regierung, der Wissenschaft und der Arbeit zusammen gearbeitet hätten. Dieser Auffassung sei dann auch in einem Artikel im „Vorwärts" Ausdruck gegeben worden. Ihr könne indessen nicht beigetreten werden, denn es seien wohl Kongreßreden gehalten worden, Kongreßverhandlungen hätten aber nicht stattgefunden, und den Vertretern des arbeitenden Volkes sei es nicht verstattet worden, zu der ungemein wichtigen Frage der Entstehung und Verhütung der Tuberkulose ein kräftiges Wörtlein zu sagen. Damit habe ein solcher Kongreß für den Redner jede Bedeutung verloren. Es wäre vielleicht besser gewesen, die Arbeitervertreter hätten unter Protest den Kongreß verlassen und einen Nebenkongreß abgehalten. Redner betont dann die offizielle Anerkennung des physikalisch-diätetischen Heilverfahrens und geht ausführlich auf das Heilstättenwesen ein. Die bestehenden Heilstätten reichten im Verhältnis zu der richtigen Zahl der Kranken nicht aus und von einer Regierung, die die Zuchthausvorlage einbringen konnte, sei keine Besserung zu erwarten. Auch erkrankten die von der Schwindsucht geheilten Arbeiter nachher wieder unter dem Einfluß ihrer traurigen Verhältnisse. Die Hauptsache sei die Bekämpfung der kapitalistischen Ausbeutung. Diesen unseren Klassenstandpunkt hätten die socialdemokratischen Vertreter hochhalten und nicht zu dem Fest in das Reichskanzlerpalais gehen sollen. (Beifall.) — Gen. Simanowski verwahrt die zielbewußten Kassenvertreter dagegen, daß sie sich irgendwie gegen das Princip vergangen hätten. Gerade die klassenbewußten Vertreter hätten auf dem Kongreß nicht fehlen dürfen. Das Referat Weyls wäre anscheinend eine Frucht der Effekthascherei. — Der Genosse Markwald sprach seinen Unwillen darüber aus, daß einige Genossen beim Reichskanzler Kuchen gegessen haben. Genosse Dr. Friedeberg: Es sei doch mehr als kleinlich, zu glauben, daß socialdemokratische Gesinnungstüchtigkeit durch ein Stückchen Kuchen erschüttert werden könnte. Auch auf dem Kongreß sei der Standpunkt der Arbeiterklasse nicht preisgegeben worden. Redner habe dort eingangs seines Referats über die Lungenheilstätten ausdrücklich betont, daß eine Ausrottung der Schwindsucht erst möglich wäre, wenn auf der Basis vollster Koalitionsfreiheit eine durchgreifende Aenderung unserer ganzen socialen Verhältnisse herbeigeführt sei. Demgegenüber zu behaupten, daß die Vertreter der Arbeiterschaft auf dem Kongreß die Meinung des Proletariats verleugnet hätten, wäre eine Verleumdung. (Der Vorsitzende weist den Ausdruck Verleumdung als unparlamentarisch zurück.) Seine Aeußerung vom Krankenkassen-Kongreß, die Weyl angezogen hatte, erhält Redner aufrecht, um dann die außerordentliche Bedeutung des erst durch den Tuberkulose-Kongreß ermöglichten allgemeinen Krankenkassen-Kongresses hervorzuheben. Seine Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. — Barth verteidigt die Vertreter der Krankenkassen. — Robert Schmidt bemerkt, der „Verrat" der Genossen von den Krankenkassen, die beim Onkel Chlodwig waren, sei noch gar nicht mal ins rechte Licht gerückt worden; wie er höre, hätten die Betreffenden dort sogar Königskuchen gegessen. (Allgemeine Heiterkeit.) Von dem Tuberkulose-Kongreß werde die Partei noch lange zehren. Nicht nur die Rede des Genossen Friedeberg werde ihr nutzen, sondern auch das, was hervorragende Gelehrte auf dem Kongreß über die socialen Bedingungen der Schwindsucht als Volksseuche ausgeführt hätten. Bei aller Anerkennung der socialen Ursachen müsse man es sich doch aber auch zur Aufgabe setzen, den Opfern der Krankheit Linderung und Besserung nach Möglichkeit zu bieten. Deshalb müsse man Friedebergs erfolgreiches Wirken für die Förderung des Heilstättenwesens durchaus anerkennen. Die Beteiligung am Kongreß habe dem Princip nicht im mindesten geschadet. An der weiteren Debatte beteiligten sich noch fünf Genossen. Während Liepmann und Lange den von Weyl zur Schau getragenen Radikalismus im vorliegenden Falle für nicht recht angebracht hielten, sprachen Wels, Friedländer und Schacht im Sinne des Referenten. Friedländer meint, Schmidts Aeußerungen könne man nicht folgen, ohne in Opportunitätsduselei zu verfallen. Die Arbeiter wären auf dem Kongreß nur Statisten gewesen. In seinem Schlußwort suchte Dr. Weyl nachzuweisen, daß er den Zorn Simonowskis und Friedebergs garnicht verdient habe. Namentlich werde des letzteren Können und Wirken von ihm hoch eingeschätzt. Um 1/21 Uhr wurde die Debatte und darauf auch die Versammlung geschlossen.

In einer Verbandsversammlung der Schneider und Schneiderinnen, welche am Dienstag in den Arminhallen tagte, referierte Ad. Ritter über die Ergebnisse des dritten deutschen Gewerkschaftskongresses. Eine Diskussion über die beifällig aufgenommenen Ausführungen wurde nicht beliebt. Hierauf gab Haase den Kassenbericht vom I. Quartal. Danach betrug die Einnahme für die Centralkasse 1770,27 M. An die Hauptkasse wurden 1200 M. gesandt, und blieb am Ort ein Bestand von 27,99 M. Die Lokalkasse hatte inklusive des Bestandes von 2989,81 M. eine Einnahme von 4526,56 M.; die Ausgaben betrugen 1389,15 M., so daß am Schlusse des I. Quartals ein Bestand von 3136,41 Mark zu verzeichnen ist. Unter dem dritten Punkt „Verschiedenes" wurde ein Antrag der Ortsverwaltung, einen Kollegen auszuschließen, weil er sich während der diesjährigen Lohnbewegung unsolidarisch verhalten hatte, einstimmig angenommen. Eine längere Diskussion zeitigte noch die Wahl eines Gesellenausschusses zur neuen Zwangsinnung. Nach einigen Mitteilungen geschäftlicher Art seitens des Kollegen Stubbe schloß der erste Bevollmächtigte die Versammlung.

Schuhmacher. In einer am Montag, den 19. Juni, stattgefundenen gutbesuchten Mitgliederversammlung des Vereins deutscher Schuhmacher (Bezirk Westen) sprach Frl. Imle über das Thema „Unternehmer- und Arbeiter-Organisationen". Rednerin tadelte in ihrem Vortrage besonders, daß sich die Gewerkschaften immer mehr zu Unterstützungsvereinen ausbildeten, welche den Wert derselben als Kampfesorganisationen ungünstig beeinflußten. Im weiteren Verlauf ihrer Rede tritt die Referentin für den Generalstreik ein; sie bedauert, daß dieser in der Gewerkschaft noch „so wenig Anklang gefunden habe". An der Diskussion beteiligten sich mehrere Mitglieder, welche sich teils für, teils gegen die Referentin aussprachen. Weber weist besonders darauf hin, daß die Gewerkschaften auch das Unterstützungswesen pflegen müßten, um denselben eine feste Grundlage zu geben, dadurch würde der Wert als Kampfesorganisationen durchaus nicht beeinträchtigt. Sodann machte Herrmann noch über den Stand des Boykotts der hiesigen Niederlagen der Schuhwaren-Fabrik von Konrad Tack u. Cie. in Burg Mitteilung und forderte die Anwesenden auf, sich an der demnächst stattfindenden Flugblattverbreitung zahlreich zu beteiligen.

In der Versammlung der Möbelpolierer (Filiale Osten), welche am Montag, den 19. Juni, tagte, sprach Herr Grempe in interessanter Weise über „Müllverbrennung". Unter Verschiedenem wurden die Verhältnisse der Werkstelle von Zelder u. Plathen einer herben Kritik unterzogen und die Lauheit der dort beschäftigten Kollegen, welche sich die Einbehaltung eines Tagesverdienstes gefallen ließen, scharf gerügt. Mit einem Hinweise auf die am 2. Juli stattfindende Dampferpartie erfolgte Schluß der Versammlung.

Rixdorf. Am 11. Juni hielt der Verein „Vorwärts" im Lokal von Laukner, Bergstr. 51/52, seine Mitglieder-Versammlung ab. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der vorigen Versammlung, erhielt zu seinem Vortrag: „Armenpflege einst und jetzt," Rechtsanwalt Dr. Fränkel das Wort. An der Diskussion beteiligte sich Mietschke im Sinne des Referenten. Unter Verschiedenem stellt Ende den Antrag, für den Verein mehr Agitation zu entfalten. Nachdem die Genossen Klein, Mietschke und Ostermann dazu gesprochen, wird der Antrag dem Vorstand überwiesen. Volkmann giebt dem Wunsch Ausdruck, die Bernsteinsche Broschüre im Verein zu diskutieren. Klein und Dr. Fränkel raten hiervon ab und findet dadurch die Sache ihre Erledigung. Ein Antrag Preßlers, eine Zahlstelle des Vereins bei ihm zu errichten, wird angenommen; desgleichen ein solcher, die Treptower Sternwarte zu besuchen.

Johannisthal-Nieder-Schöneweide. Der hiesige „Socialdemokratische Verein" hielt am 17. d. M. eine Versammlung ab, in welcher P. Jahn über das Thema: „Der Welthandel im neunzehnten Jahrhundert" sprach. Eine Diskussion fand nicht statt. Nachdem noch bekannt gegeben, daß die nächste Versammlung (Generalversammlung) am 8. Juli bei Senftleben stattfinden soll, erfolgte Schluß.

Schöneberg. In der Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins am Montag, den 19. Juni, hielt Spittel einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Nachklänge vom Gewerkschaftskongreß". Die Diskussion beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Ausstand der Maurer und den verschiedenen Organisationsformen. — Unter Vereinsangelegenheiten wurde beschlossen, am 16. Juli bei Witte in Wilmersdorf das diesjährige Stiftungsfest abzuhalten, bestehend aus Konzert, Gesangsvorträgen und Tanz. Entree 20 Pf., Tanz 50 Pf. — Die nächste Versammlung (Generalversammlung) findet am 3. Juli statt.

Vermischtes.

Die Stellvertreter Gottes auf Erden fangen an, ihren Beruf zu begreifen. Im „Thüringer Hausfreund" lesen wir: Wie die „Hessische Schul-Zeitung" mitteilt, hat sich um die am 1. Juli zur Erledigung kommende Schulstelle in Hergershausen bei Rotenburg ein wegen Krankheit verabschiedeter Sergeant aus Erfurt beworben.

Aus Zittau wird berichtet: Auf gräßliche Art ist dieser Tage der Gutsbesitzer Queißer in Dittelsdorf ums Leben gekommen. Er wurde von einem hochbeladenen Heuwagen so unglücklich an eine steinerne Thorsäule gedrückt, daß der Kopf förmlich zerquetscht wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Beim Schützenfest erschossen. Am Dienstag wurde in Braunlage beim Schützenfest der Scheibenweiser, ein 20jähriger Mann, vom Kaufmann Kahn erschossen. Während des strömenden Regens eines Gewitters war das Schießen einige Zeit unterbrochen, der Anzeiger wollte sich aus seinem unterirdischen Stande der Wassergefahr wegen, wohl in der Annahme, es würde nicht geschossen, entfernen, ohne aber die Scheibe vorher niederzuziehen. Beim Heraustreten fiel der unglückliche Schutz, die Kugel traf ihn auf dem Oberschenkel und drang von da in den Unterleib. Als Hilfe kam, war er bereits verschieden.

Wie aus New York telegraphisch berichtet wird, verließ dieser Tage der durch seine in einem kleinen Segelboot ausgeführten Oceanfahrten berühmt gewordene Kapitän Andrews wieder einmal die heimatliche Küste, um sich in seiner kaum 12 Fuß langen und 3 Fuß breiten Nußschale nach Europa zu begeben. Eine nach vielen Tausenden zählende Menschenmenge hatte sich am Strande des Seebades Atlantic City, von wo die Abreise erfolgte, eingefunden, und unter brausenden Hurras glitt das zierliche Fahrzeug mit seinem einzigen Passagier in das Meer hinaus. Miß Belle Shane, eine ebenfalls sensationslüsterne junge Amerikanerin, hatte sich anfangs entschlossen, den Kapitän zu begleiten; im letzten Moment schreckte sie jedoch vor der riskanten Spazierfahrt zu Zweien über das Weltmeer zurück. Andrews will bei Tage schlafen und während der Nacht sein Schiffchen lenken. Er hofft, in vierzig Tagen die Azoren zu erreichen und gegen Ende September an Frankreichs Gestade zu landen.

Ein Religionskrieg. Das New Yorker Judenviertel war in den letzten Tagen der Schauplatz arger Ausschreitungen. Ein fanatischer reicher Baptist Philadelphias, Wilson Dunlop, hat es sich zur Aufgabe gestellt, alle Juden New Yorks zu bekehren, und zu diesem Ende eine Mission im Judenquartier errichtet. Mit einer Anzahl Glaubensgenossen zog er alltäglich auf einem Karren durch das Judenviertel, von demselben herabpredigend, in hebräischer Sprache abgefaßte Traktate verteilend und die jüdische Religion in wenig christlicher Weise schmähend. Allmählich rief das immer größeres Aergernis hervor. Als die wiederholten Vorstellungen hervorragender Israeliten nutzlos blieben, wurde die Erregung unter den ärmeren Bewohnern des Judenviertels drohender, bis es schließlich zu direkten Angriffen auf die „Missionare" kam. Unter den Rufen „Tod den Christen!" griff ein Haufen meist junger Leute den Karren an, dessen Insassen mit faulen Eiern, Obst und Gemüse-Abfällen beworfen wurden. Eine Anzahl älterer Israeliten versuchte, die Evangelisten zu verteidigen, einige nicht jüdische Bürger thaten ein gleiches, und so kam es zu einem allgemeinen Krawalle, welcher das Einschreiten der Polizei notwendig machte. Nach heftigem Kampfe gelang es Wilson Dunlop und seinen Jüngern sich zu befreien, worauf der erregte Haufen nach dessen Missionsstuben zog und diese teilweise zerstörte. Der Bürgermeister von Wyck hat die Baptisten angewiesen, ihren „Kreuzzug" sofort einzustellen, und sie für alles weitere verantwortlich gemacht. Mr. Dunlop aber antwortete, er habe weder die Hilfe der Polizei, noch die des Bürgermeisters angerufen, werde um beide sich nicht kümmern und die Juden ihrem „scheußlichen Glauben" entreißen oder als Märtyrer sterben. Wahrscheinlich wird der „Märtyrertod" im Irrenhause eintreten.

Witterungsübersicht vom 23. Juni 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	754	NNO	4	bedeckt	11	Haparanda	767	N	2	wolkenl.	13
Hamburg	756	NNO	3	hlb. bed.	14	Petersburg	758	NO	1	bedeckt	10
Berlin	753	NNW	3	bedeckt	13	Cork	760	N	3	hlb. bed.	16
Wiesbaden	754	SW	3	bedeckt	16	Aberdeen	761	SO	2	wolkig	13
München	755	W	5	bedeckt	13	Paris	754	NNW	3	bedeckt	15
Wien	750	NW	3	bedeckt	17						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 24. Juni 1899.
Kühl und vorwiegend trübe, mit Regenfällen und mäßigen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll und die letzte Abonnementsquittung beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht ertheilt.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstags, Donnerstags und Freitags abends von 7½ bis 8½ Uhr abgehalten.

Conrad. Die älteste elektrische Bahn für ständigen Betrieb ist die 1881 in Lichterfelde (Anhalter Bahnhof—Kadettenanstalt) erbaute. Dann folgte 1882 die Grubenbahn im sächsischen Steinkohlen-Bergwerk Zaukerode und 1884 die 6,7 Kilometer lange Bahn Frankfurt—Offenbach.

W. 47. 1. in fünf Jahren. 2. Nein.

A. L. Paderstiftung. Meldungen sind im Rathause anzubringen.

R. A., Pankow. Kommen Sie gelegentlich zu uns.

84 M. Dienstboten sind in Preußen, dank der Haltung der Regierungen, immer noch nicht krankenversicherungspflichtig. Das Mädchen muß für die Kurkosten selbst aufkommen. Erst vom 1. Januar 1900 ab hat die Herrschaft wenigstens sechs Wochen lang zu sorgen. — **A. B. 60.** Sie sind nicht alimentationsverpflichtet. — **F. W. 52.** Sie müssen die Würfelbuden besonders anmelden. — **M. W.** Sie können dem Zahnkünstler eine bestimmte Frist zur Ablieferung ausreichender Kauwerkzeuge stellen, widrigenfalls Sie das Erforderliche auf seine Kosten anderswoher sich beschaffen würden. Läßt er die Frist verstreichen, ohne Ihrem Verlangen nachzukommen, so klagen Sie am besten auf Schadenersatz, nachdem Sie wo anders her sich das Nötige besorgt haben. — **R. 30.** An das Vormundschaftsgericht. — **Anselmus.** Ihrer Tochter steht ein berechtigter Anspruch auf ihre bis zum 1. Oktober reichende Gehaltsforderung als Handlungsgehilfen zu. — **Wilhelm Schmidt.** Leider: 1. Ja. 2. Nein. — **A. R.** Sie müssen zahlen.

Paul Lenz, Stuttgart. Wir bitten um Angabe Ihrer Adresse.

J. Z. Brix. Die „Berliner Arbeiter-Bibliothek" enthält überhaupt keine Gedichte. Die betreffenden Gedichte sind in Deutschland verboten.

E. W. Die bereits festgesetzten Renten werden durch das neue Gesetz nicht berührt. — **M. P. 58.** Sie haben zwei Drittel der Beiträge zu zahlen. — **T. H. 200.** 1. An das Amtsgericht in Posen. 2. Dazu ist die Bevollmächtigung eines Anwalts erforderlich. — **Elsasserstraße.** Nein. — **K. M. 89.** Die Karte kann als genügend erachtet werden. — **A. J.** Spätestens am 30. September. — **Hölty.** Es bleibt nichts übrig, als das Schiedsgerichtsverfahren abzuwarten. Daß das Verfahren bei Unfallsachen so lange dauert, daß die Dauer einer Rechtsverweigerung gleichkommt, ist wiederholt dargelegt. — **H. K. 3.** 1. Ja. 2. a) Ja. b) Ja. c) Krankenkassenbeiträge, Invaliditätsversicherungs-Beiträge und Prämien für Lebensversicherung, die für den Fall Ihres Todes ausgezahlt werden sollen, können Sie in Abzug bringen. d) 12 M. 3. Nein. — **O. S. 105.** 1. Nein. 2. Ja. — **J. 37.** Die Dauer des Aufenthalts in Berlin ist maßgebend. — **Wr. 130.** 1. 2. Wer ein unbescholtenes Mädchen, welches das sechszehnte Lebensjahr nicht vollendet hat, zum Beischlaf verführt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag der Eltern oder des Vormundes ein. 3. Darin kann eine Beleidigung gefunden werden. — **Frau Sch. 1000.** Der Wirt ist schadensersatzpflichtig. — **Kb.** Sie mußten zahlen, sollten nun aber schleunigst aus der Pleitekasse austreten. — **L. M.** Sie sind zur Ernährung verpflichtet. Der Vater kann vom Vormund auf Alimentenzahlung verklagt werden. — **E. W. 100.** Den Nachweis, daß Sie der Kirche angehören, also Taufschein, Konfirmationsschein oder dergleichen. — **K., Mainz.** Es stimmt. — **4 Schlangenkanz 12.** 1. Steht im Vertrage 3 Monate 3 Tage vor dem Quartalsersten ist zu kündigen, so muß der, dem gekündigt wird, spätestens am 30. September, 31. Dezember, 31. März oder 30. Juni die Kündigung in Händen haben. Es genügt also nicht, daß die Kündigung am 27. Juni nur abgeschickt ist. 2. Sie können einen Entschädigungsanspruch nicht geltend machen. 3. Die Polizeibehörde ist zuständig. — **J. D. Tempelhof.** Der Vertrag ist bis zum Oktober und, falls Sie nicht kündigen, darüber hinaus gültig. — **Alter Abonnent.** Der Adoptierende muß 50 Jahre alt sein. — **O. D. 100.** Ist nichts vereinbart, so gilt bei Gesindeverhältnissen sechswöchentliche Kündigung zum Quartalsersten. Die Herrschaft ist also im Recht. — **Z.** Nein.

Otto N. Für den als Erben eingesetzten vor dem Tode der Erblasserin Verstorbenen tritt niemand ein. Die Erblasserin kann das ausdrücklich festsetzen, ohne solche Festsetzung ist's aber ebenso. — **M. St. 100.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Rheinsberg. — **Paul B.** Es wird stets, dem Gesetz entsprechend, nur die Hälfte zurückgezahlt. — **O. P.** Ist nicht mehr möglich. — **E. T. Unwissend.** 1. Nein. 2. Ihre Frage ist ausführlich im Briefkasten vom 21. Juni beantwortet. 3. Neue Friedrichstraße 13. — **A. M.** Nach richtiger, aber schwankender Rechtsprechung können Sie, so lange Ihnen nicht gekündigt ist, Lohn abzüglich des Krankengeldes verlangen. — **W. W. 1543.** Nein. — **M. 2.** 1. Leider nein. 2. Die Kasse muß zahlen. — **W. S.** An die Polizeibehörden des Orts, wo der Betreffende nach Ihrer Wissenschaft zuletzt gewohnt hat. Dort fragen Sie an, wo er wohnt oder wohin er abgemeldet ist. — **1000 M.** 1. Ausweisung ist möglich. 2. Ja. — **E. H. L.** Es befindet sich in Ihrem Fall der Käufer mit seiner Forderung im Recht.

Marktpreise von Berlin am 22. Juni 1899

nach Ermittelungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*) Weizen	D.-Ctr.	16,40	15,20	Schweinefleisch	1 kg	1,60	1,—
*) Roggen	„	15,40	14,—	Kalbfleisch	„	1,60	1,—
*) Futter-Gerste	„	13,40	13,—	Hammelfleisch	„	1,60	1,—
Hafer gut	„	15,60	15,10	Butter	„	2,40	1,80
„ mittel	„	15,—	14,50	Eier	60 Stück	3,60	2,20
„ gering	„	14,40	14,—	Karpfen	1 kg	1,80	1,20
Richtstroh	„	4,—	3,50	Aale	„	2,80	1,20
Heu	„	6,90	4,—	Zander	„	2,00	1,20
†) Erbsen	„	40,—	25,—	Hechte	„	2,40	1,20
†) Speisebohnen	„	50,—	25,—	Barsche	„	1,60	0,80
†) Linsen	„	70,—	30,—	Schleie	„	2,50	1,20
Kartoffeln, neue	„	6,—	4,—	Bleie	„	1,20	0,80
Rindfleisch, Keule	1 kg	1,60	1,20	Krebse	per Schock	18,—	3,—
do. Bauch	„	1,20	1,—				

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuß. Landwirthschaftskammer — Notierungsstelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.
†) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 22. Juni. Die in Betracht kommenden Getreidemärkte zeigten trotz der günstig lautenden Saatenstands-Berichte aus Preußen, Bayern und Württemberg große Festigkeit, da die bemerkenswerte Hausse in New York und Chikago Meinungskäufe veranlaßte, und die Abgaben sich in hohem Grade zurückhaltend zeigten. Hier wurden Weizen und Roggen zu 0,50 M. höher gehalten. Hafer behauptete sein gestriges Niveau; Rüböl schwach. Am **Spiritusmarkt** herrschte auf geringe Lokozufuhr sehr feste Stimmung und mußten Preise heute weiter erhöht werden. Angeboten waren nur 11 000 Liter 70er Spiritus, die mit 41,60 M. (+ 0,70 M.) Käufer fanden. Termine fest und um 20 Pf. höher.

Kartoffelfabrikate. Berlin, 23. Juni. Feuchte Kartoffelstärke per 100 Kg. —,— M. Prima trockene Kartoffelstärke per 100 Kg. 19,75 M., do. Supra 20,75 M., do. Sekunda 15,00—17,50. Prima Kartoffelmehl per 100 Kg. 19,75 M., do. Supra —,— M., do. Sekunda —,— M.

Berlins Getreide- und Mehlzufuhren zu Wasser vom 22. Juni mittags betrugen 498 To. Roggen, 151 To. Gerste, 4000 D.-Ctr. Weizenmehl.

Achtung! Maurer! Achtung!

Sonntag, den 25. Juni, mittags 12 Uhr:

Große öffentl. Versammlung der Maurer Berlins u. d. Umgegend

in **Kellers Festsälen,** Koppenstraße Nr. 29.

Tages-Ordnung: „Die Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbegericht". 133/13

Um das Erscheinen aller Kollegen ersucht **Der Ausschuß: Karl Panser. Fritz Kater.**

Unserem Mitgliede **Emil Kraft** zu seiner Verlobung mit Fräulein **Hannchen Ramonat** ein dreifach donnerndes Hoch. 1776

Der Gesangverein **„Lorbeerkranz".**

Verband der Vergolder.

Allen Kollegen die traurige Nachricht, daß unser Mitglied, der Vergolder

Emil Degener

am 22. d. M. nach langem und schwerem Leiden verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntagnachmittag 3½ Uhr von der Leichenhalle des Städtischen Krankenhauses am Friedrichshain aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

225/11 **Der Vorstand.**

Verband der Vergolder.

Filiale Berlin.
Todes-Anzeige.

Am 22. d. Mts. verschied nach längerem Leiden unser langjähriges Mitglied, Kollege

Emil Degener.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, vom Städtischen Krankenhause im Friedrichshain statt.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern des Arbeitervereins für Pankow und Umgegend zur Nachricht, daß unser Mitglied

Heinrich Grünberg

am 21. d. M. im Alter von 36 Jahren verstorben ist. Wir werden demselben ein alle Zeit ehrendes Andenken bewahren. 9/2

Die Beerdigung findet am Sonntagnachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle in Pankow aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Unterstützungsverein aller in der Hutbranche besch. Arbeiter und Arbeiterinnen.
(Filiale Berlin.)
Todes-Anzeige.

Am Donnerstag früh verstarb unser Mitglied

Gustav Wittstock

an der Lungenschwindsucht. Die Beerdigung findet Sonntag, den 25. Juni, nachm. 4 Uhr, vom Trauerhause Wildenowstraße 6 aus nach dem Nazareth-Kirchhof (Müllerstraße) statt. Um rege Beteiligung ersucht 179b

Der Vorstand.

Danksagung.

Allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Herren Chefs und Arbeitern der Firma Goldschmidt für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes hiermit meinen herzlichsten Dank. 783b

Frau Pietsch.

Schloss Weissensee.

Sonntag, den 25. Juni 1899:

Großes Volks-Fest

arrangiert von den

Parteigenossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises (Osten)

unter Mitwirkung des Arbeiter-Sängerbundes.

Volksbelustigungen aller Art. Turnerische Aufführungen. Schwimmklub. See- und Kasperle-Theater. Grosses römisches Pracht-Feuerwerk, ausgeführt von dem Kunst-Feuerwerker Herrn Alberss. In beiden Sälen **TANZ.** Die Kaffeeküche ist bis 6 Uhr geöffnet. **Anfang morgens 8 Uhr.** **Das Komitee.**

215/9

Achtung! Achtung!

Gastwirte!

Laut Beschluß der letzten Versammlung des Vereins socialdemokratischer Gast- und Schankwirte Berlins und Umgegend soll in nächster Zeit eine

öffentliche Versammlung sämtlicher Gast- und Schankwirte Berlins und Umgegend

einberufen werden. Dieselbe soll sich mit den geschäftlichen Gepflogenheiten verschiedener Brauereien (hauptsächlich der Brauerei Pichelsdorf) den Gastwirten gegenüber beschäftigen.

Wir bitten sämtliche Kollegen dringend, gleichviel welcher Richtung oder Verein angehörig, welche im Besitze von Beschwerdematerial sich befinden, uns dasselbe bis Montag, den 26. Juni, schriftlich oder mündlich in unserer Vorstandssitzung, welche am genannten Tage beim Kollegen **Lindemann,** Moritzstr. 9, stattfindet, mitteilen zu wollen. 69/12

J. A.: **Ferdinand Ewald.**

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin".

Heute, Sonnabend, abds. ½10 **Uhr pünktlich** vom Stettiner Bahnhof nach **Stettin-Swinemünde. — Sonntag 2 Uhr, Koppenplatz,** nach **Birkenwerder.** 12/1

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts".

Sonntag, den 25. Juni, **Tour** nach Eberswalde. Abfahrt morgens 6 Uhr Prenzlauer Allee, Ecke Danzigerstraße. Treffpunkt für Nachzügler. Restaurant zur Mühle. Sitzung jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. im Moabiter Klubhaus, Beusselstr. 9. Gäste willkommen.

Der Vorstand.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin.)

Dienstag, den 27. Juni cr., abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Mercier, Steinmetzstr. 55:

Versammlung für Rixdorf.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Metzner** über: **Die gewerblichen Verhältnisse einst und jetzt.** 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Bezirksleitung.

Zahlreiches Erscheinen notwendig. 112/19

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!

Stuccateure.

Montag, den 26. Juni cr., abends 6 Uhr bei Buske, Grenadierstr. 33:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. **Die Aussperrung der Berliner Maurer.** Referent **Silberschmidt.** 2. Welche Stellung nehmen die Stuccateure dazu ein. 3. Diskussion. 173/05

In der kritischen Lage, in der wir uns durch die Aussperrung befinden, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen.

Die Lohnkommission.

Verband der Möbelpolierer.

Heute Abend 8½ Uhr in Weissensee, Röllestr. 20 bei Kühn:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen **G. Reuter** über: „Das neue Attentat auf das Koalitionsrecht der Arbeiter." 2. Wahl. 3. Ausgabe der Billets zur Dampferpartie am 2. Juli nach Heffenwinkel.

In folgenden Zahlstellen werden heut Abend von 8—10 Uhr Beiträge entgegengenommen und neue Mitglieder aufgenommen:

Für **Rixdorf:** Hermannstr. 197 bei **Babenschneider.** Für **Friedrichsberg:** Friedrich Karlstr. 11 bei **Heinicke. Weißensee:** Röllestr. 20 bei **Kühn. Berlin:** Koppenstr. 42 bei **Herold,** Friedrichsbergerstr. 11 bei **Urban,** Swinemünderstr. 26 bei **Gelke,*** Oranienstr. 197 bei **Mohn,*** Blumenstr. 38 bei **Scheere.*** — Bei den mit * versehenen Namen befindet sich nur unser unentgeltlicher Arbeitsnachweis. — **Morgen früh 10 Uhr** bei **Scheere: Ausserordentliche Vorstandssitzung** und Abrechnung der Dampferbilletts. Billets, welche bis dahin nicht zurückgegeben sind, gelten als verkauft. — Die Kollegen Kielblock und Detloff, sowie Teuer, Stralauer-Chaussee 31a, sind hiermit eingeladen. 146/14

Montag, den 26. d. M., abends 8½ Uhr, Admiralstr. 18c:

Versammlung.

Tages-Ordnung wird daselbst bekannt gemacht. Der Vorstand.

Rixdorf. Rixdorf.

Versammlung

ehemaliger französischer Fremdenlegionäre

am Sonntag, den 25. d. M., nachmittags 4 Uhr, im Lokal von Engelhardt, Jäger- und Lessingstraßen-Ecke.

Alle ehemaligen Legionäre aus Berlin und Umgegend sind hierzu eingeladen. 1765

Die Einberufer vom I. u. II. Regt.

Sattler,

Täschner, Treibriemenarbeiter und verw. Berufsgenossen.

Mittwoch, den 28. Juni, abends 8½ Uhr:

Oeffentliche Versammlung

bei Spiegelberg, Sebastianstraße 39.

Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Frau **Mesch** über: **Die Zuchthausvorlage und der gewerkschaftliche Kampf.** 2. Diskussion. 3. Wahl eines Gewerkschafts-Delegierten. 4. Verschiedenes. [157/2

Zahlreiches Erscheinen erwartet **Die Agitations-Kommission.**

Ordentl. Generalversammlung

der

Bauhandwerker-Krankenkasse

für Berlin und Umgegend (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 118) **am Sonntag, den 23. Juli, vormittags 10 Uhr, Grenadierstr. 33. Buskes Salon.**

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und Ausschusses. 2. Abrechnung des Kassierers vom II. Quartal, sowie Revisionsbericht. 3. Wahl sämtlicher Hilfskassierer. 4. Innere Kassenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand. J. A.: H. Metzke.

NB. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Achtung! Reinickendorf West u. Tegel.

Sonntag, den 25. Juni, mittags 12 Uhr, im „Wirtshaus zum Brocken", Scharnweberstr. 120: 222/20

Volksversammlung für Männer u. Frauen.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Frau Emma Ihrer über: **„Die Zuchthausvorlage".**

Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vertrauensmann.**

Ballschmieders Salon

Badstrasse 16.

Sonnabend, den 24. Juni 1899:

Grosses Sommerfest

verbunden mit

Bannerweihe

arrangiert vom

Arbeiter-Gesangverein Oranienburger Vorstadt

(Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes).

Festrede, gehalten vom Genossen **Max Kiesel.**

Programme an der Kontrolle gratis. Billets für Freunde und Gönner des Vereins sind bei den Mitgliedern a 25 Pf. zu haben.

Nach der Bannerweihe: **Tanz.**

NB. Das Banner ist das erste, welches die Witwe des verstorbenen Reichstags-Abgeordneten Karl Grillenberger in Nürnberg für Berlin lieferte. 670b **Das Komitee.**

Internationale

Konzert- und Bierhallen

Luisen-Strasse 37. [2102L*

Eröffnung am 27. Juni.

Wo? ist der schönste Ort für **Herrenpartien** und **Ausflüge? Auf der Insel Pichelswerder** 1671L*

beim alten Freund.

Neue massive Dampfer-Anlegestelle.

Potsdam. [2073L*

Voigts Blumengarten.

Empfehle mein **großes Garten-Restaurant** allen Parteigenossen und Bekannten zur geneigten Beachtung. **Joh. Hahn.**

Arbeiter-Berufsartikel u. Wäsche

ausschließlich eigenes Fabrikat. — Specialität: **Arbeiter-Berufskleidung:** Blau Köper-Jacken M. 1,65, steigend je nach Größe um 10 Pf., blau Köper-Hosen, in allen Längen, M. 1,65. **Arbeiterhemden, Blusen, Malerkittel u. Monteurhemden. D. Wurzel & Co.,** Wrangelstr. 17.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentl. 1 M. **Zahnarzt Wolf,** Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7

Achtung! **Fliesenleger.** Achtung!

Am Montag, den 26. Juni, abends 8½ Uhr, im Lokal „Englischer Garten", Alexanderstraße 27c:

Oeffentl. Versammlung

der Fliesenleger Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung der Kommission. 2. Diskussion und Beschlußfassung über Lohnerhöhung. 56/2

Die Kommission.

Verantwortlicher Redacteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Vom Weltmarkt.

Das Zuckerkartell und die Lage auf dem Zuckermarkt. — Vom Getreide-Weltmarkt. — Fremdes Kapital in Rußland.

Das Zuckerkartell und die Lage auf dem Zuckermarkt.

In der letzten wirtschaftlichen Uebersicht (Nr. 134 des „Vorw.") wurde auf die forciert monopolistischen Tendenzen hingewiesen, die in der neueren nordamerikanischen Trustbewegung zu Tage treten. Daß ähnliche, lediglich auf die Schröpfung des großen konsumierenden Publikums gerichtete Bestrebungen auch in Deutschland Boden gewinnen, zeigt das zwischen dem Rohzucker-Syndikat und dem Syndikat der Zuckerraffinerien abgeschlossene Kartell, über dessen Bestimmungen kürzlich der Geschäftsführer des ersteren, Dr. Hager, eine erläuternde Schrift veröffentlicht hat. Die vom Kartell verfolgten Ziele haben nicht nur ein gewisses wirtschaftspolitisches, sondern vor allem auch praktisches Interesse, da sie auf eine wesentliche Verteuerung der Inlandspreise für Konsumzucker hinauslaufen.

Zunächst soll für Rohzucker ein Inlandsnormalpreis von 12,75 M. pro Centner festgesetzt werden. Die Raffinerien zahlen nach den Satzungen zwar beim Einkauf nur den allgemeinen Marktpreis für Rohzucker und sind auch keineswegs gebunden, von bestimmten Rohzuckerfabriken ihren Bedarf zu kaufen; aber der Verband der Raffinerien übernimmt die Verpflichtung, die zwischen diesen gezahlten Marktpreisen und dem obigen Normalpreis von 12,75 M. sich ergebenden Differenzen nachträglich aus den beim Verkauf des raffinierten Zuckers erzielten Gewinnen an das Rohzucker-Syndikat auszuzahlen. Dieses verteilt dann alljährlich im Dezember den so gewonnenen Kartellprofit an die einzelnen zum Verband gehörenden Rübenzucker-Fabriken, entsprechend den von diesen zum Verkauf gebrachten Rohzuckerquanten, nachdem ein gewisser Prozentsatz für Verwaltungskosten sowie für den Reserve-, Beamtenpensions- und Kampffonds in Abzug gebracht ist. Bedingung für die Erfüllung dieser Verpflichtungen seitens des Raffinerie-Syndikats ist nur, daß der jeweilige Durchschnittspreis für den Centner Rohzucker auf dem Inlandsmarkt nicht unter 9,35 M. sinkt. Tritt dieser Fall ein, greift eine andere Regulation platz. Dann zahlt das Syndikat der Raffinerien nämlich nicht mehr die volle Differenz zwischen Markt- und Normalpreis, sondern nur den Unterschied zwischen 9,35 M. und 12,75 M., also höchstenfalls 3,40 M. pro Centner.

Um die Durchsetzung des festgesetzten Rohzuckerpreises zu ermöglichen und zugleich die nicht am Kartell beteiligten Fabriken matt zu setzen, müssen sich alle dem Kartell angehörenden Rübenzuckerfabriken verpflichten, ausschließlich nur an solche Raffinerien zu verkaufen, die Mitglieder des Raffinerie-Syndikats sind, wogegen diese wieder ihrerseits die Garantie übernehmen, nur Rohzucker zu verarbeiten, der in Verbandsfabriken hergestellt ist. Wird der Rohzucker nicht direkt von der Fabrik an die Raffinerie verkauft, sondern der Verkauf durch Zwischenhändler vermittelt, so sind diese gehalten, entweder direkt an Kartell-Raffinerien weiter zu verkaufen, oder — vorausgesetzt, daß der Zucker nicht exportiert wird — dem die Ware übernehmenden Käufer beim Abschluß die gleiche Verpflichtung aufzuerlegen. Um einem Zuwiderhandeln hiergegen möglichst vorzubeugen, sollen in die Verkaufsschlußscheine bezügliche Klauseln aufgenommen und zugleich eine Konventionalstrafe von 10 M. für jeden Centner Zucker festgesetzt werden, der an eine nicht dem Kartell beigetretene Raffinerie abgegeben wird.

In ähnlicher Weise wird auch der Preis für raffinierten Zucker normiert. Als Grundlage für die Preisfestsetzung dient Brodt-Raffinade, Qualität I; die Preise der übrigen Sorten sollen später, entsprechend ihrem Wertverhältnis, vom Beirat des Kartells bestimmt werden. Der Minimalpreis für den Centner Brot-Raffinade wird in der Broschüre folgendermaßen berechnet:

Festgesetzter Normalpreis für Rohzucker	=	12,75 M.
Spanne für Raffinerien	=	4,— „
Kartellnutzen für die Raffinerien . . .	=	—,50 „
Steuern	=	10,— „
		27,25 M.

Dies ist jedoch, wohlverstanden, nur der Preis, den das Syndikat der Raffinerien unter allen Umständen herausschlagen will. Der Maximalpreis, bis zu dessen Höhe der Beirat eigenmächtig hinaufgehen darf, beträgt pro Centner 29,25 M.

Da derartige Preise natürlich erst erzielt werden können, wenn alle größeren Rübenzuckerfabriken dem Kartell angehören, so soll dieses erst dann in Kraft treten, wenn so viele Fabriken ihren Beitritt erklärt haben, daß ihre Produktion ungefähr 97 Proz. der Gesamterzeugung Deutschlands an Zucker erreicht. Die Leitung des Kartells liegt in der Hand eines gemeinsamen Ausschusses, zu dem jedes der beiden Syndikate (das Rohzucker- wie das Raffinerie-Syndikat) sieben Mitglieder stellt. Außerdem nimmt an der Leitung der schon oben erwähnte „Beirat" des Raffinerie-Syndikats teil, der wieder aus seiner Mitte einen engeren Ausschuß von drei Mitgliedern wählt. Die Haupt-Entrepreneure des Unternehmens sind, wie bekannt, die agrarischen Abgeordneten Graf v. Carmer, Freiherr v. Richthofen und Herr v. Arnim-Güterberg.

Vorläufig soll sich die Dauer des Kartells auf fünf Jahre erstrecken; tritt dann keine Kündigung ein, gilt das Abkommen als auf weitere fünf Jahre verlängert. Die beiden Syndikate können noch ein Vierteljahr vor dem Ablaufstermin des Vertrages kündigen, die einzelnen Fabriken dagegen haben mindestens ein Jahr vorher ihre Austrittserklärungen einzureichen. Für besondere Fälle, z. B. für den Fall einer Ermäßigung der Zollsätze oder gesetzlicher Maßnahmen gegen das Kartell, sind specielle Kündigungs-Erleichterungen vorgesehen.

Sehr rigoros sind die Verkaufsregulationen und Strafen, durch welche das Kartell die Befolgung seiner Satzungen zu sichern sucht. Dieselben Herren Agrarier, die in ihrer Presse über den Terrorismus und Zwang der Arbeiterkoalitionen jammern, die zeigen sich hier, wo es ihr eigenes pekuniäres Interesse gilt, recht wenig wählerisch in ihren Zwangsmitteln gegen die ihren Bestrebungen im Wege Stehenden. Schon vorhin wurde eines Kampffonds erwähnt, den die Herren sich anlegen wollen und dem sie bis zu 5 Proz. des ganzen Kartellprofits zu überweisen gedenken. Dieser Kampffonds soll teils zur Agitation für das Kartell — jedenfalls auch zu Dotationen an jene ehrlichen Blätter, die im redaktionellen Teil aus „innerster Ueberzeugung" das Kartell lobpreisen — teils zur Unterbietung der nicht am Kartell beteiligten Fabriken verwendet werden. Man gedenkt, wie offen zugestanden wird, mit diesen Mitteln den sogenannten Outside-Fabriken derart den Absatz ihres Produkts zu erschweren, bis sie sich entweder dem Kartell fügen oder zu Grunde gehen. Aber auch gegen die Mitglieder selbst sind die vorgesehenen Maßregeln äußerst strenge. Ein Nichtbefolgen der Preisvorschriften wird mit 5 M. pro verkauften Doppelcentner, ein Hinausgehen über das zugewiesene Kontingent sogar mit 10 M. pro Doppelcentner bestraft. Ferner muß jeder Betrieb sich eine fortwährende Kontrolle von seiten des Kartells gefallen lassen. Wer sich der Kontrolle widersetzt, zahlt in jedem Falle mindestens 1000 M. Zur Sicherstellung der Strafen sind bei dem Ausschuß Solawechsel zu hinterlegen.

Ebenso streng sind Produktion und Verkauf geregelt. Jeder Raffinerie wird genau vorgeschrieben, wieviel Zucker sie auf den Markt bringen darf und zu welcher Zeit dies zu geschehen hat. Nach der Menge des Zuckers, den sie bislang im Inland abgesetzt hat, wird berechnet, wie hoch sich ihr Anteil an der Gesamtproduktion für den deutschen Zuckerkonsum stellt, und dann danach für jede Raffinerie genau das Kontingent festgesetzt, das sie pro Jahr in den Inlandsverkehr bringen darf. Doch auch dieses Quantum kann sie nicht beliebig, wann es ihr paßt und vorteilhaft dünkt, auf den Markt werfen. Damit dieser nicht überfüllt wird, ist Vorschrift, daß am 1. Juli nur höchstens 30 Proz. des Kontingents zum Verkauf gebracht werden. Erst dann, wenn von dieser Menge ein Viertel vom Markt verschwunden ist, dürfen wieder von neuem 10 bis 15 Proz. in den Verkehr gebracht werden und so fort.

Dies im wesentlichen die Bestimmungen des Kartells; untersuchen wir nun, wie sie auf den Zuckerpreis im Inland wirken müssen. Nach Hagers Behauptung wird infolge der Kartellierung der Produktion der Preis für das Pfund Zucker nur um etwa 3 Pf. steigen. Er legt bei seiner Berechnung den jetzigen Stand der Rohzuckerpreise zu Grunde, aber die Preise stehen augenblicklich höher, wie im Durchschnitt der letzten Jahre. In den letzten Wochen stellte sich am Hamburger und Magdeburger Zuckermarkt der Centner Rohzucker durchschnittlich auf etwa 11,10 M. Der Unterschied zwischen diesem und dem Inlands-Normalpreis des Kartells beträgt also ungefähr 1,65 M. Hierzu kommt der Extraprofit für die Raffinerien = 50 Pf. und außerdem noch für zu hohe Einschätzung der „Spanne" (Aufschlag für die Raffinierung) etwa 40 Pf. Die Spanne erreicht nämlich nur ganz ausnahmsweise 4 M.; in der Kampagne 1897/98 betrug sie im Durchschnitt 3,40 M. bis 3,45 M.; jetzt etwa 3,60 M. Demnach würde also die Verteuerung des Konsumzuckers durch das Kartell gegenüber den heutigen Preisen sich im Großhandel auf 2,6 Pfennig pro Pfund belaufen. Dies aber natürlich nur unter der Bedingung, daß das Raffinerie-Syndikat nicht über den Minimalpreis von 27,25 M. hinausgeht und der Marktpreis des Rohzuckers nicht fällt. Beim Maximalpreis von 29,25 M. steigt unter sonst gleich bleibenden Bedingungen die Verteuerung auf 4,6 Pf. pro Pfund im Großhandel, bei gleichzeitigem Rückgang des Rohzuckerpreises auf 9,35 M. pro Centner gar um 6,3 Pf. pro Pfund. Eine Erhöhung der Zuckerpreise im Detailhandel um 5 Pf. ist also, wenn das Kartell in Kraft tritt, garnichts Unwahrscheinliches. Rechnet man den Konsum einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie im Jahre auf 80 Pfund (der Durchschnittsverbrauch ist um mehr als die Hälfte höher), so ergiebt das eine Extra-Belastung von 4 Mark im Jahr zu Gunsten der agrarischen Zuckerproduzenten. Daß seine Rechnung nicht immer stimmt, giebt Hager an anderer Stelle selbst zu; denn er berechnet, daß das Rohzuckersyndikat in 1897/98, wenn damals das Kartell schon bestanden hätte, einen Gewinn von nahezu 37 Millionen Mark eingeheimst hätte. Das macht bei einem deutschen Jahreskonsum von etwa 3½ Millionen Centner beinahe allein eine Verteuerung von 3 Pf. pro Pfund, ungerechnet den Profit, den die Raffinerien durch die Kartellierung herausholen wollen.

Die Sache hat aber noch nach einer anderen Richtung hin Wichtigkeit. Die Beschränkung des Inlandkonsums, welche der Verteuerung des Zuckers folgt, drängt naturgemäß zur Erhöhung des Exports, in Bezug auf welchen das Kartell den einzelnen Produzenten völlig freie Hand läßt. Das Kartell wird also indirekt dazu beitragen, die Zuckerausfuhr aus Deutschland noch zu verstärken. Nun ist zwar augenblicklich die Lage auf dem internationalen Zuckermarkt gerade keine ungünstige, denn die kubanische Rohrzuckerproduktion hat sich noch lange nicht erholt, und auch die Louisiana-Ernte wird in diesem Jahr nach übereinstimmenden Berichten nur mittelmäßig ausfallen; was aber wird in einigen Jahren geschehen, wenn der kubanische Rohrzucker in voraussichtlich noch weit größerer Masse auf dem amerikanischen Markt erscheint, wie vor dem Aufstand? Und es ist nicht Kuba allein, dessen Produktion die Lage des Zuckermarktes bedroht. Auch auf den Hawaiischen Inseln hat seit ihrer Annektion durch die Vereinigten Staaten von Nordamerika die Zuckerkultur bedeutenden Aufschwung genommen. Man schätzt das seit etwa Jahresfrist dort neu in der Zuckerproduktion angelegte Kapital auf über 40 Millionen Mark. Dazu kommt, daß sich in den Vereinigten Staaten selbst eine einheimische Rübenzucker-Industrie zu entwickeln beginnt, vornehmlich in Kalifornien, die, wenn sie auch jetzt nur erst einen ganz geringen Teil des amerikanischen Bedarfs deckt, doch für die Zukunft gute Erfolge verspricht. Und nicht minder nimmt in Europa von Jahr zu Jahr die Ausdehnung der Rübenzuckerproduktion zu. Nach sachkundiger Schätzung betrug die Rübenanbaufläche:

	1897/98	1898/99	1899/900
In Deutschland	436 990 Ha.	426 640 Ha.	426 850 Ha.
„ Rußland	405 420 „	438 240 „	510 490 „
„ Oestreich	302 950 „	310 100 „	322 200 „
„ Frankreich	231 120 „	238 910 „	255 420 „
„ Belgien	52 940 „	53 460 „	58 140 „
„ Holland	32 340 „	44 560 „	46 900 „
„ Schweden	23 670 „	22 920 „	26 418 „
„ Dänemark	12 890 „	12 810 „	14 000 „

Zudem aber gewinnt in England, dem Hauptimportland, die Neigung für Erhebung von Ausgleichszöllen auf den aus Ländern mit Ausfuhrprämien stammenden Zucker immermehr an Boden. Bekanntlich will Ostindien derartige Zölle erheben, — wie sich nachträglich aus den zwischen London und Kalkutta gewechselten Depeschen gezeigt hat, weniger aus eigener Initiative, als auf Drängen des in der ostindischen Zuckerindustrie angelegten englischen Kapitals und der Zuckerrohrpflanzer der Kolonie Mauritius, die speciell auf dem ostindischen Markt ihren Zucker absetzen. Die Angelegenheit kam, nachdem auch kürzlich die Londoner Handelskammer sich für solche Ausgleichszölle ausgesprochen hatte, am 15. ds. im englischen Unterhause auf Anregung des Abgeordneten Sir H. Fowler zur Erörterung, indem er den Antrag stellte, an die Königin eine Adresse zu richten, in der um Ablehnung des geplanten ostindischen Tarifgesetzes gebeten wird. Eingehend legte er die Verhältnisse auf dem ostindischen Zuckermarkt dar und wies nach, daß die beiden in Betracht kommenden europäischen Länder, Deutschland und Oestreich, in dem Fiskaljahr 1897/98 nur 107 000 Tons und 1898/99 gar nur 74 000 Tons Zucker in Ostindien eingeführt hätten, während die Eigenproduktion Indiens an 3 Millionen Tons betrage. Trotzdem wurde nach einer Gegenrede Chamberlains, der sich für Ausgleichszölle aussprach und diese als in Uebereinstimmung mit den englischen Freihandelsprinzipien erklärte, Fowlers Antrag mit 293 gegen 152 Stimmen abgelehnt, d. h. mit einer Mehrheit von 141 Stimmen hat sich das Unterhaus für Ausgleichszölle auf Prämienzucker ausgesprochen. Was soll aber dann geschehen, wenn diese Stimmung, was keineswegs unwahrscheinlich ist, auch in England zur Erhebung von Zuckerzöllen führt? Wenn alle größeren Importländer zu derartigen Ausgleichsmaßregeln greifen, ist das Prämiensystem zur Hebung des Exports zwecklos, dann bedeutet es schließlich nichts Anderes, als Ausbeutung der Konsumenten der Prämienländer zu Gunsten der Finanzen der fremden Zuckerimportländer.

* * *

Vom Getreide-Weltmarkt. Aus Deutschland lauten die Berichte über den Saatenstand im allgemeinen günstig, wenn auch vielfach über Regenmangel geklagt wird. In Ungarn ist sogar eine recht gute Ernte zu erwarten, besonders was Weizen und Roggen anbetrifft, während dem Hafer und der Gerste das dort in der ersten Hälfte des Juni herrschende kühle Wetter wenig günstig gewesen ist. Nordamerika kann allem Anschein nach nur auf eine mittelmäßige Ernte rechnen. Teilweise lauten die Meldungen aus den Weststaaten der Union sogar recht pessimistisch, doch müssen sie mit Vorsicht aufgenommen werden, da sie anscheinend vielfach auf eine Haussebewegung hinarbeiten. Dagegen sind in Südrußland und Rumänien die Ernteaussichten durchweg wirklich sehr trübe. Die Wintersaat ist größtenteils gänzlich mißraten, und auch das Sommerkorn hat in manchen Gegenden infolge der dortigen anhaltenden Dürre sehr gelitten. Besonders gilt das für die Kreise Petrowsk, Pensa, Charkow, Melitopol, Bredjansk, Dnjeprowsk und Szimferopol, während die Saaten in Kasan, obwohl man auch dort über Dürre klagt, im ganzen gut stehen. Wenn trotz dieser nur eine ziemlich karge Ernte versprechenden Meldungen die Börsenpreise für Getreide nur wenig gestiegen sind, so liegt das daran, daß in Nordamerika und den La Plata-Staaten noch sehr bedeutende Vorräte alter Ernte vorhanden sind. Der gegenwärtige Bestand an Weizen (sogen. „sichtbare" Vorräte, schwimmende Zufuhren und europäische Lagerbestände) wird z. B. auf 10 047 000 Quarter berechnet, während er zur selben Zeit des Vorjahres nur 8 813 000 und 1897 gar nur 6 909 000 Quarter betrug. Demnach sind denn auch die Abladungen von Nordamerika, Kanada, Argentinien, Uruguay, Chili usw. in letzter Zeit weit stärker gewesen, wie im Jahre 1898. Von den Vereinigten Staaten und Kanada betrugen die Weizen-Abladungen in der vorvorigen und vorigen Woche 704 000 Quarters gegen 611 000 Quarters im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Noch günstiger stellte sich das Verhältnis für Argentinien und Uruguay, die sich überhaupt in immer höheren Maße als Weizen-Exportländer geltend machen. Ihre Abladung stellte sich diesmal auf 395 000 Quarter gegen nur 83 000 Quarter in denselben Wochen des vorigen Jahres. Im Gegensatz hierzu sind die russischen Weizen-Exporte beträchtlich zurückgegangen, während die Ausfuhr von Roggen eine geringe, die von Gerste sogar eine recht beträchtliche Steigerung aufweist.

* * *

Fremdes Kapital in Rußland. Der mächtige Aufschwung der russischen Industrie in den letzten Jahren ist besonders der Einwanderung von ausländischem Kapital zu danken, das auf diese Art in Rußland eine die industrielle Produktion Westeuropas in Zukunft schwer bedrohende Konkurrenz großziehen hilft. Vor allem ist belgisches Kapital in Rußland thätig. Nach einer jüngst erschienenen statistischen Zusammenstellung belief sich gegen Ende des vorigen Jahres die Gesamtsumme der in 75 verschiedenen russischen Unternehmungen angelegten belgischen Kapitalien auf 318 Millionen Franks. Auch französisches und englisches Kapital ist vielfach beteiligt. Die wichtige Baluer Naphtha-Produktion liegt größtenteils in den Händen französischer und englischer Kapitalisten, ebenso die ausgedehnte Montanindustrie des Ural- und Domezgebietes, sowie des Jekaterinoslowschen Gouvernements. Als Beispiel sei hier noch erwähnt, daß die jüngst aus der Brjansker Gesellschaft hervorgegangene „Gesellschaft der metallurgischen Fabriken und Bergwerke von Kertsch" über die Hälfte ihrer sich auf 10 Millionen Rubel belaufenden Aktien im Ausland abgesetzt hat.

Die russische Regierung, welche die industrielle Entwickelung möglichst zu fördern sucht, stellt sich in der richtigen Erkenntnis, daß das in Rußland vorhandene Kapital zu derartigen Unternehmungen nicht ausreicht, zu dieser Einwanderung fremder Kapitalien sehr freundlich. So hat sie kürzlich eine ältere Bestimmung aufgehoben, der zufolge ihr das Recht zustand, ausländischen Gesellschaften die erteilte Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb in Rußland jederzeit ohne Angaben von Gründen wieder zu entziehen. Für die fremden Gesellschaften gelten jetzt dieselben Bestimmungen, wie für russische. C.

Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker.

Mainz, den 21. Juni.

(Dritter Verhandlungstag.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde auf Anregung Döblins beschlossen, am 24. Juni, dem Geburtstage Gutenbergs, an dessen Denkmal einen Kranz niederzulegen, ihm zu Ehren und dem gastlichen Mainz zum Dank.

Nunmehr wurde in die weitere Verhandlung wegen Schaffung eines Ausschusses eingetreten.

Schramm legte die Gründe nochmals klar, welche München veranlaßt hatten, diesen Antrag zu stellen.

Zölsch-München dagegen erklärt, daß die Mehrheit der Münchener Kollegen nicht hinter diesem Antrag ständen. Er bittet, denselben abzulehnen.

Kiefer-München verteidigt den Antrag damit, daß der jetzige Centralvorstand das Vertrauen in der Kollegenschaft nicht mehr besitze, welches er zu gedeihlicher Arbeit haben müsse.

Massini-Berlin wendet sich entschieden gegen die Schaffung einer solchen Instanz, welche die Thätigkeit des Centralvorstandes vollständig lahmlegen und wahrscheinlich nur groben Unfug treiben könnte. Ehrlicher würde es gewesen sein, die Beseitigung des jetzigen Centralvorstandes zu verlangen.

Riedel-Leipzig ist ebenfalls gegen den Antrag. Wenn die Befürworter desselben meinen, daß bei den 1896er Streitigkeiten diese Institution dieselben verhindert hätte, so wäre wohl das Gegenteil anzunehmen.

Döblin ist der Ansicht, daß der Antrag wohl nicht aus persönlichen Motiven gegen seine Person gestellt worden sei, aber er ersucht, im andern Falle ihm ebenfalls nicht persönliche Motive bei seiner Thätigkeit unterzuschieben. Wenn von den Verteidigern des Antrages angeführt wird, jene Einrichtung würde die aufgeregten Gemüter beruhigen, so ist wohl anzunehmen, daß die Antragsteller diese Wirkung selbst bezweifeln. Es scheint das Bestreben zu sein, einen gewissen Gegensatz zwischen Centralvorstand und der Kollegenschaft künstlich zu konstruieren. Mißtrauen würde doch thatsächlich gesät, wenn behauptet wird, die dem Centralvorstand vorgesetzte Verbandsbehörde der Gauvorstände sei abhängig und machtlos gegen ersteren. Die Arbeit des Ausschusses würde unpraktisch, schwerfällig sein und er bittet den Antrag abzulehnen.

Nachdem Hauschild gegen Schaffung eines Ausschusses gesprochen, wird ein Schlußantrag angenommen.

Ausnahmsweise wurde die Geschäftsordnung durchbrochen und gestattet, daß ein Redner für, einer gegen sprechen kann.

Gegen spricht Henke-München und führt aus, daß die Münchener Kollegen thatsächlich gegen den Antrag seien; einer Zufallmajorität verdanke er seine Entstehung.

Für äußert Rosenbruch-Hannover, daß die Gauvorsteher-Konferenzen in Wirklichkeit nicht unabhängig seien; die Zusammensetzung des Ausschusses denkt sich der Redner aber anders.

Bei der Abstimmung wurde derselbe gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Ein Antrag auf Streichung der Bestimmung, daß der Centralvorstand zeitweilig Erhöhung oder Herabsetzung des Beitrags- oder Unterstützungssatzes verfügen kann, wird abgelehnt.

Weitere Anträge auf Aufhebung der Gau-Einteilung wurden sämtlich abgelehnt.

Die Beratung der Anträge für die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung hatte als Resultat, daß die alte Bestimmung bestehen bleibt, wonach bis zu 300 Mitgliedern ein Delegierter gewählt wird. Die Meinung kam zum Ausdruck, daß bei Erhöhung jener Zahl die Provinz zu bedeutend benachteiligt würde.

Die längere Diskussion darüber, welcher Prozentsatz an die Gaukassen als Entschädigung für die Mühewaltung von der Verbandskasse gezahlt werden soll, führte zu den Beschlüssen, daß 3 Prozent festgesetzt wurden, während bisher nur 2 Prozent gewährt wurden. Die dadurch bedingte Mehrbelastung der Verbandskasse beträgt 1300 Mark.

Nunmehr wurde in die Generaldiskussion sämtlicher die Unterstützung betreffenden Anträge eingetreten; die Zahl dieser Anträge beträgt 190.

Der Hauptkassierer Eifler legte in ca. 2stündigem Referat die Geschäftslage dar. Er warnte, auf die manchmal geradezu unverständlichen Anträge auf Erhöhung der verschiedenen Unterstützungen einzugehen; einerseits zeige sich das Bestreben, möglichst viel zu erlangen, andrerseits aber will man keine Beitragserhöhung vornehmen. Die bis jetzt gefaßten Beschlüsse der Generalversammlung, die Verbilligung des „Korrespondent", sowie die Erhöhung der Abgabe der Verbands- an die Gaukasse auf 3 Proz. verursachten eine Mindereinnahme von 30 000 M. Es sei eine irrtümliche Auffassung, wenn man mit dem in der Abrechnung angegebenen Vermögen von 2 106 822,89 M. operiere. In diesem Kapital sind die Reserven der Invaliden- usw. Unterstützungszweige enthalten. Ferner sei es bezeichnend, daß Anträge auf Vermehrung des sogenannten Kassenballastes von Kollegen gestellt worden seien, welche sonst immer einen sozusagen radikalen Standpunkt einnahmen. Er bittet, bei der Festsetzung der Unterstützung recht vorsichtig zu verfahren, damit dem Verbande nicht Lasten aufgehalst werden, welche er nicht tragen kann. (Beifall.)

Döblin beschäftigte sich speciell mit dem § 2 (Gemaßregelten-Unterstützung); er hält ihn für ungerecht und bittet um Aufhebung desselben. Durch ihn gerade würden die Kollegen zu Kassenmenschen erzogen und nicht, was eigentlich bezweckt werden sollte, ein Rückhalt gegeben, wenn ein Kollege das wirtschaftliche Opfer dafür wurde, daß er die Lebensbedingungen in unserem Berufe verbessern wollte.

Nachdem sich noch mehrere Redner geäußert hatten und der Schluß der Sitzung gekommen war, wurde eine Kommission gewählt, welche sämtliche Anträge prüfen und formuliert der Versammlung vorlegen soll.

Hierauf nahm der Begründer des deutschen Buchdruckerverbandes, Härtel, das Wort, da er zur Abreise gezwungen war, und legte den Entwickelungsgang der Organisation dar, zur weiteren Verhandlung das beste Gelingen wünschend. (Beifall.)

Gegen auf Schluß der Verhandlungen 4½ Uhr.

* * *

Mainz, den 22. Juni.

4. Verhandlungstag.

Es wurde in der Generaldiskussion über die Unterstützungs-Anträge fortgefahren.

Zum Ausdruck brachten mehrere Redner ihre Aufstellungen über die Höhe der zu leistenden Unterstützungen.

Rexhäuser zog das Resumé aus den gehörten Reden dahin, daß man von einer Erhöhung des Beitrages wohl absehen und einer geringen Erhöhung der Leistungen zustimmen wird. Er gab der Meinung Ausdruck, daß bei einem wirtschaftlichen Kampfe der Zukunft nicht mehr das in der Kasse vorhandene Vermögen ausschlaggebend sein wird, sondern die Verhältnisse, in denen er sich abspielt. (Beifall).

Ein Antrag auf Schluß der Generaldiskussion wurde nunmehr angenommen und die Beratung der Anträge fortgesetzt, welche nicht Unterstützungen betreffen.

Der Antrag des Centralvorstandes, daß die Mitglieder nach Absolvierung ihrer Militärzeit ein Gesundheitsattest beibringen sollen, wird vom Antragsteller insofern berichtigt, daß derselbe versehentlich falsch formuliert worden sei. Es soll heißen: ein Attest kann verlangt werden.

Nach längerer Diskussion wurde der Antrag abgelehnt.

Dann wurde ein Zusatz zum Reise-Unterstützungs-Reglement beschlossen, wonach das Reisegeld verliert, wer seine Arbeit durch grobes Selbstverschulden verliert.

Als neue Paragraphen wurden festgelegt, daß solche Mitglieder, die als vorübergehend arbeitsunfähig ausgestenert, aber zur Unterstützung für dauernd Erwerbsunfähige noch nicht berechtigt sind, erst nach Erbringung des Nachweises erneuter Arbeitsfähigkeit und neuer Beitragsleistung unter Anrechnung der früher geleisteten Beiträge in die daraus resultierenden Rechte eintreten.

Ferner, daß ins Ausland reisende Mitglieder bei der nach fünf Jahren erfolgenden Rückkehr erst in die früher erworbenen Rechte eintreten, wenn die Beiträge für diese Zeit nachgezahlt werden. Wer nach längerer Abwesenheit zurückkehrt, soll, wenn er schon 200 Beiträge geleistet hat, eine fünfjährige, bei weniger Beiträgen eine zehnjährige Karenzzeit absolvieren.

Abgelehnt wurde der Antrag, daß Invaliden nicht im technischen oder kaufmännischen Betriebe von Druckereien beschäftigt werden sollen.

Da die Kommission für die Unterstützungsanträge ihre Thätigkeit noch nicht beendigt hatte, wurde in die Besprechung über das Internationale Buchdruckersekretariat und unsere Gegenseitigkeits-Verhältnisse eingetreten.

Döblin berichtete hierbei über die eingetretene Spannung zwischen der Schweizer und Deutschen Buchdrucker-Organisation. Die maßlosen Angriffe, welche im Schweizer Organ gegen den deutschen Verband gerichtet worden sind, Beschimpfungen der gröbsten Art seien an der Tagesordnung gewesen, wie Redner durch Verlesung einer Anzahl bezüglicher Artikel vorführte. Das Ersuchen der deutschen Verbandsleitung beim Schweizer Bundeskomitee, doch Wandel in dieses Verhalten zu schaffen, hatten keinerlei Erfolg. Es sei bedauerlich, daß die internationalen Beziehungen getrübt worden seien, aber der Deutsche Verband müsse sich energisch gegen derartige Angriffe wehren.

Giesecke legte den Vorgang dar, wie er sich bei der sogenannten Streikbrecher-Vermittelung nach Luzern zugetragen hat. Hier habe er das Gegenteil von dem gethan, was von der Schweizer Organisation behauptet werde; er habe sofort sämtliche Arbeitsnachweise, auf die er Einfluß hatte, angewiesen, den Zuzug nach der Schweiz zu verhindern.

Siebmann-Bern erklärt, daß er nicht als Vertreter des Schweizer Typographenbundes spreche, sondern als Sekretariatsmitglied. Er bemerkte, daß er Veranlassung genommen habe, sich gegen die Anträge gegen den deutschen Verband zu wenden, aber man habe ihn zurückgewiesen. Die Thatsache konstatiere er aber, daß die Artikelschreiber und sonstigen Bekämpfer der deutschen Organisation Deutsche seien, welche in der Schweiz arbeiten. Ferner gab er die Erklärung ab, daß zur Stunde die Ansicht in der Schweizer Kollegenschaft von der Streikbrecher-Vermittelung Gieseckes verschwunden sei.

Nachdem Heismann-Flensburg und Massini-Berlin die Haltung der „Schweizer Held." ebenfalls scharf verurteilt hatten, berichtete Schmoll-Straßburg über die Vorgänge bei der Einladung Gaschs nach Straßburg als Referent und erklärt weiter, daß im Elsaß-Lothringischen Verbande wohl eine große Gegnerschaft gegen eine Tarifgemeinschaft vorhanden sei. Die Errungenschaften des deutschen Verbandes durch die Tarifgemeinschaft aber anerkannt würden.

Hierauf Schluß der Verhandlungen.

Versammlungen.

Berliner Gewerkschaftskommission.

In der am Donnerstag abgehaltenen Delegiertenversammlung stand als erster Punkt die Aussperrung der Maurer auf der Tagesordnung. Silberschmidt gab einen Ueberblick über die Ursachen und die gegenwärtige Situation des Kampfes. Die Aussperrung sei keine so ausgedehnte geworden, wie es der Unternehmerbund beabsichtigt hatte, und zwar deshalb, weil neben dem Bunde noch eine Gruppe von größeren Unternehmern bestehe, die sich dem Vorgehen des Bundes nicht angeschlossen hat. Die Aussperrung über ganz Deutschland, welche der Unternehmerbund geplant hat, werde wohl nicht durchgeführt werden können, denn die Unternehmer in Leipzig, Magdeburg und Stettin würden sich einer derartigen Maßregel nicht anschließen, weil sie ja mit den Arbeitern Vereinbarungen auf längere Zeit abgeschlossen haben und zufrieden wären, daß in den genannten Städten der Kampf dadurch beendet sei. Die Situation liege für die Arbeiter ziemlich günstig. Beide Teile seien bereit, vor dem Einigungsamt zu erscheinen, und es sei Aussicht vorhanden, daß eine Einigung, wenn nicht mit dem Unternehmerbunde, so doch mit einigen der bedeutendsten Baufirmen zu stande komme. — Die Delegierten könnten den Maurern der centralen Richtung vielleicht den Vorwurf machen, daß sie es unterlassen haben, dem Gewerkschaftsausschuß von ihrem Vorgehen Mitteilung zu machen, bevor sie ihre Forderungen an die Unternehmer stellten. Die Anmeldung sei erst etwas später erfolgt. Diese Versäumnis sei aber zu entschuldigen, weil die Maurer zur Durchführung ihrer Bewegung bisher nicht die Mittel anderer Gewerkschaften in Anspruch genommen haben. Wenn wir uns — sagt der Redner — jetzt an die Gewerkschaftskommission wenden, so geschieht es deshalb, weil wir gewissermaßen die Verantwortung dafür tragen, daß die Hilfsarbeiter ohne ihre Schuld mit in den Kampf hineingezogen worden sind und weil für die Unterstützung derselben gesorgt werden muß. Wir ersuchen deshalb die Delegierten, die Frage zu prüfen, ob sie unser Vorgehen billigen und die durch die Aussperrung in Mitleidenschaft gezogenen Arbeiter unterstützen wollen.

Kater führt aus, er sei den Unternehmern gewissermaßen dankbar, daß sie durch die Aussperrung die beiden Maurerorganisationen zu gemeinschaftlichem Handeln zusammengeführt haben. Wäre das Zusammengehen der beiden Organisationen schon früher herbeigeführt worden, es wäre vielleicht nicht zu der großen Aussperrung gekommen. Redner wolle auf die von der Centralorganisation befolgte Taktik nicht näher eingehen, man müsse mit den vorliegenden Thatsachen rechnen. Bevor die Centralisten mit ihrer Forderung vorgingen, hätten sie sich mit der anderen Organisation der Maurer und auch mit den Hilfsarbeitern verständigen müssen. Nun der Kampf ausgebrochen ist, werden auch die Maurer der lokalen Richtung denselben bis zu Ende durchführen.

In der weiteren Diskussion traten sämtliche Redner rückhaltlos für die Unterstützung des Kampfes ein. Tischendörfer bemerkt, man solle in allen Fällen, wie das Reglement vorschreibt, einen beabsichtigten Streik rechtzeitig anmelden, um dem Ausschuß und den Delegierten Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Der vorliegende Fall zeige wieder, daß auch der anscheinend unbedeutendste Kampf große Dimensionen annehmen kann. Die Klavierarbeiter Böttcher und Arend mißbilligen es, daß die Centralorganisation der Maurer ohne vorherige Verständigung mit der Lokalorganisation vorgegangen sei. Andere Redner meinten demgegenüber, es sei jetzt nicht angebracht, über etwaige taktische Fehler zu rechten, man müsse mit den Thatsachen rechnen und den den Arbeitern aufgezwungenen Kampf unterstützen.

Es wurde einstimmig beschlossen:

Die Berliner Gewerkschaftskommission erklärt den ausgesperrten Maurern und den sonstigen durch die Aussperrung in Mitleidenschaft gezogenen Arbeitern ihre Sympathie und sichert ihnen die finanzielle Unterstützung zu.

Hierauf folgte die Beratung über die Einführung eines neuen Abstimmungsmodus. Derselbe ist von mehreren Gewerkschaften beantragt und zwar mit Rücksicht darauf, daß der Ausschuß seiner Zeit vorschlug, die Beitragsleistung gemäß der Mitgliederzahl der Organisationen festzusetzen. Hinsichtlich der Abstimmung liegen folgende Anträge vor:

1. Sobald es von einer Gruppe gewünscht wird, ist die Abstimmung nach der Zahl der organisierten Arbeiter vorzunehmen.

2. Größere Gewerkschaften können auf je 1000 organisierte Mitglieder einen Delegierten in die Kommission entsenden.

3. Die in der Resolution vom 7. Mai 1897 festgelegte Zusammensetzung bleibt bestehen, und zwar so, daß bei Abstimmungen von jeder Gruppe bis zu 1500 Mitgliedern 1 Stimme, bis zu 3000 Mitgliedern 2 Stimmen, bei mehr als 3000 Mitgliedern 3 Stimmen abgegeben werden können.

In der mitunter ziemlich erregten Debatte wurden die Anträge damit begründet, daß eine bei wichtigen Angelegenheiten nach dem Stärkeverhältnis der Gewerkschaften vorzunehmende Abstimmung den demokratischen Grundsätzen entspreche, und daß ein solcher Abstimmungsmodus umsomehr gerechtfertigt sei, als ja die Höhe der Beiträge sich nach der Zahl der organisierten Mitglieder richten solle. Einzelne Vertreter kleinerer Gewerkschaften traten mit Entschiedenheit für Beibehaltung des bisherigen Abstimmungsmodus ein, weil durch eine Aenderung im Sinne der Anträge die Majorisierung der kleinen Gewerkschaften durch die großen zu befürchten sei. Namentlich werde es den ersteren nicht mehr möglich sein, ohne den Willen der letzteren einen Streik ins Werk zu setzen. Das Stimmenverhältnis von der Beitragshöhe abhängig zu machen, sei nicht demokratisch.

Winkler beantragte namens der Bildhauer zum Antrag 1 folgenden Zusatz: „Die Abstimmung erfolgt nur dann nach der Kopfzahl, wenn dieser Modus von mindestens 10 Gewerkschaften beantragt wird."

Die Weiterberatung wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Es fehlten die Vertreter der Fliesenleger, Fabrik- und Hilfsarbeiter (lokal und central), Händler, Produktenhändler, Handschuhmacher, Müllerei-Arbeiter, selbständige Mützenmacher, Musiker, städtische Arbeiter, Stereotypeure, Töpfer.

Steinsetzer. Eine imposante Versammlung war es, die am Donnerstagabend den Saal des Nümannschen Lokales bis auf den letzten Platz füllte. In packender, oft von lebhaftem Beifall unterbrochener Weise sprach Knoll über die Lehren des soeben beendeten Streiks. Die Ausführungen desselben gipfelten in nachstehender Resolution: „Die Versammlung der Steinsetzer spricht es als ihre Ueberzeugung aus, daß der glänzende Erfolg des heut beendeten Streiks vorwiegend eine Folge des einigen und geschlossenen Vorgehens der Steinsetzer ist. Dieselbe ist aber auch weiter der Ueberzeugung, daß es dieses Kampfes und der Opfer desselben nicht bedurft hätte, wenn die Steinsetzer nicht vorher in jahrelanger Uneinigkeit ihre Kräfte zersplittert hätten. Sollen daher die in diesem Kampfe mit verhältnismäßig leichter Mühe erzielten Erfolge dauernd erhalten und noch weiterhin ausgebaut werden, so ist es unbedingt notwendig, daß die Berliner Steinsetzer auch fernerhin geschlossen marschieren. Deshalb verpflichten sich die Mitglieder der beiden bestehenden Organisationen, in Zukunft alles zu vermeiden, was geeignet sein könnte, den alten Zwist wieder zu erwecken. Endlich erklärt die Versammlung, von der Erwägung ausgehend, daß der materielle Erfolg des Streik hauptsächlich auf die Taktik und die Hilfsquellen des Verbandes zurückzuführen ist, daß es die Pflicht jedes bis jetzt noch nicht organisierten Steinsetzers ist, sich dem Verbande anzuschließen. Auch hierin geben sich Verband und Lokalverein das ehrliche Versprechen, gemeinsam auf dieses Ziel hinzuwirken, da schließlich doch nur eine festgefügte Organisation das beste und sicherste Bollwerk gegen die Angriffe des Unternehmertums ist." Die Annahme dieser Resolution erfolgte unter stürmischem Beifall. Bezüglich der Deckung der während des Streiks eingegangenen Verpflichtungen beschloß die Versammlung, die Sammlungen zum Streikfonds fortzusetzen, und zwar ist für diese Woche noch für jeden Tag, der gearbeitet worden ist, eine Extrasteuer von 50 Pf. zu entrichten. Von der nächsten Woche ab beträgt der wöchentliche Beitrag 1 M., welcher so lange erhoben wird, bis die Streikschulden gedeckt sind. Alsdann soll eine Herabsetzung des Beitrages erfolgen. Von den eingehenden Geldern sollen, so lange die Aussperrung der Maurer 2c. andauert, pro Kopf wöchentlich 25 Pf. zur Unterstützung der Ausgesperrten abgeführt werden. Mit einem brausenden Hoch auf das fernere einige Zusammenmarschieren der Steinsetzer erreichte die Versammlung ihren Abschluß.

Eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Töpfer tagte am Donnerstag in den „Brunnensälen", Brunnenstraße, um über die Maßnahmen zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu beraten. In der langen Debatte, in der sich wieder die Anhänger der lokalen und centralen Richtung lebhaft befehdeten, wurde von allen Rednern auf die unwürdigen Arbeitsverhältnisse im Töpfergewerbe hingewiesen und anerkannt, daß die traurigen Zustände nicht nur aus dem Rückgang der Ofensetzerei und dem dadurch bedingten häufigen Mangel an Arbeitsgelegenheit resultieren, sondern daß im wesentlichen die schlechten Organisationsverhältnisse und die fortwährenden Organisationsstreitigkeiten dazu beigetragen haben, die Lage der Töpfer zu verschlechtern. Nicht nur, daß die Löhne fortwährend reduziert worden sind, wird gegenwärtig auch nach keinem bestimmten Tarif bezahlt und die Preise sind für ein und dieselbe Art Arbeit oft ganz verschiedenartige. Von diesem Zustande dürften auch die Unternehmer keinen wesentlichen Vorteil haben und es ist anzunehmen, daß auch sie eine gleichmäßige Regelung der Löhne nach einem bestimmten Tarif für wünschenswert erachten, so daß bei einem einheitlichen Vorgehen der Töpfer die Einführung geregelter Lohn- und Arbeitsverhältnisse sehr gut möglich wäre. Nachdem längere Zeit darüber diskutiert wurde, ob die von den Anhängern der lokalen Richtung einberufene Versammlung zur Wahl einer Lohnkommission kompetent war, wurde gegen eine kleine Minorität beschlossen, diese Lohnkommission nicht anzuerkennen, weil die Versammlung, in der sie gewählt wurde, schwach besucht gewesen sein soll und nicht vom Vertrauensmann der Töpfer einberufen worden war. Es wurden hierauf Hilscher, John und Frede gewählt, die gemeinsam mit dem Vertrauensmann alle notwendigen Maßnahmen zu einer Lohnbewegung zu treffen und überhaupt die Geschäfte einer Lohnkommission zu besorgen haben. Außerdem wurde beschlossen, die Beiträge für den Streikfonds, und zwar pro Woche 50 Pf., vom 24. Juni ab obligatorisch zu erheben. Ferner gelangte ein Antrag zur Annahme, nach welchem die auf der Deutschen Bank auf den Namen Topf deponierten 775,45 M. nebst Zinsen abgehoben und den ausgesperrten Maurern Berlins überwiesen werden sollen.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt am 21. Juni bei Rautenberg, Oranienstraße, eine öffentliche Versammlung ab, um zu den Streiks der Maurer, Steinsetzer und den Massenaussperrungen in Dänemark Stellung zu nehmen. Besonders scharf gekennzeichnet wurde die Brutalität des dänischen Unternehmertums. Betreffs des Sammelwesens entspann sich eine lebhafte Diskussion, da sich die meisten Redner für Einführung des Markensystems aussprachen und gleichzeitig betonten, daß die meisten lokalen Gewerkschaften dasselbe schon eingeführt haben. Ein Antrag, die Sammlungen durch Markenkarten zu bewerkstelligen, wurde angenommen, ebenfalls angenommen wurde ein Antrag, daß jeder Musikinstrumenten-Arbeiter jede Woche 50 Pf. beisteuern soll, um die im Kampf liegenden Gewerkschaften so schnell wie möglich zum Siege zu verhelfen. Die Marken sind im Arbeitsnachweis, bei Grundmann, Naunynstr. 78, und beim Vertrauensmann Arndt abzuheben. Als Stellvertreter des Vertrauensmannes wurde Seibt gewählt.

Deutsch-Wilmersdorf. Eine gut besuchte Versammlung des Socialdemokratischen Vereins, die am 21. d. M. in Wittes Volksgarten, Berlinerstr. 40, tagte, hielt Genosse Gustav Behrendt einen lehrreichen, beifällig aufgenommenen Vortrag über die verschiedenen Lohnformen. Hieran schloß sich eine sehr interessante Diskussion. Die nächste Versammlung ist eine Generalversammlung und findet am 5. Juli statt.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend. Vorsitzender Rd. Neumann, Brunnenstr. 150. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Lausitzerstraße 33. **Sonnabend,** abends 9—11 Uhr: Uebungsstunde und Aufnahme neuer Mitglieder. — „Urania", Göbel, Landsberger Allee 156. — „Sanges-Echo", Scholz, Naunynstr. 6. — „Immergrün", Tegel, Rentner, Spandauerstr. 13. — „Glück zu", Lorisch, Pankstr. 32d. — „Hand in Hand II", Friedrichsberg, Heinecke, Friedrich Karlstr. 11. — „Frisch auf I", Friedrichsberg, Paul, Rummelsburgerstr. 45. — „Weiße Rose II", Weißensee, Sorrer, Straßburgstr. 56. — „Eintracht I", Tellow, Dertz, Zehlendorferstr. 6. — „Sängerlust", Luckenwalde, Schulze, Beelitzerstr. 34. — „Septime", Drathschmidt, Skalitzerstr. 102. — „Zündholz", Anders, Butimannstr. 17. — „Frohsinn", Rummelsburg, Brewes, Goethe- u. Kaulstraßen-Ecke. — „Echo II", Markgrafenspieske bei Fürstenwalde, Grodnick. — „Gem. Chor", Luckenwalde, Gerhart, Haag 5. — „Ober-Schöneweider Liedertafel", Ober-Schöneweide, Wagener, Edisonstr. 5.

Arbeiter-Raucherbund Berlins und der Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Eugen Raschke, Rixdorf, Mahlowerstraße 1, 4 Tr. **Sonnabend:** „Angler I", Ruppert, Zimmerstr. 59. — „Havana II", Nowawes-Neuendorf, Simon, Priesterstraße. — „Glück Auf", Rüdersdorf-Kalkberge, Greve, Heinitzstr. 19. — „Kuba", ?? Pönitz, Brandenburgstraße 54. — „Pappel", Dahmke, Buchholzerstr. 5. — „Arbeiterfreunde", Dietrich, Rathenowerstr. 43. — „Havana I", Rixdorf, Pfilipp, Juliusstr. 59. — „Blauer Dampf", Dove, Müllerstraße.

Arbeiter-Turnerbund. Sonnabend: Turnv. „Fichte", Berlin. abds. 8—10 Uhr: 1. Männer-Abt. Friedenstr. 37. — 3. Männer-Abt. Boeckhstr. 17/20 — 8. Männer-Abt. Höchstestr. 36/37. — 2. Lehrlings-Abt. Skalitzerstr. 55—56. — 4. Lehrlings-Abt. Stephanstr. 3. — 5. Lehrl.-Abt. Ackerstr. 67. — „Freie Turnerschaft Johannisthal" abds. 9—10 Uhr Senftleben. — Turnerschaft d. V. „Nereus" (gegründet 1882), Lehrlings-Abt. 8—10 Uhr abds. Reichenbergerstr. 131—132. — „Arb.-Turnv." in Adlershof, Schmauser, Bismarckstr. 16 8½—10½ Uhr abends.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Sonnabend: Theaterv. „Bohemia", Schulz, Veteranenstr. 18. — Theaterv. „Normania" jeden letzten Sonnabend im Monat, Leichnitz, Fruchtstr. 36a. — Vergnügungsv. „Helgoland II", jeden Sonnabend nach dem 1. im Monat, Lehmann, Lübbenerstr. 9. — Skatklub „Fortuna", Kratzat, Huttenstr. 1. — Rauchklub „Dornröschen", Krüger, Fennstr. 3. — Theaterv. „Nordstern", Schulz, Dunckerstr. 90. — Theaterv. „Alpenrose", Badstr. 35—36. — „Vereinigung der Turnfreunde", 8½—10½ Uhr abds. Demminerstr. 56—57. — Turnv. „Osten", Turnhalle Blumenstr. 63a, 8½—10 Uhr abds. Männer-Abt. — Zitherklub „Erika", Müller, Hessische- und Hannoverschestr.-Ecke. — Theaterv. „Othello I", Nowack, Mantenffelstr. 9. — Skatklub „Hurra", Sinke, Skalitzerstr. 69. — Theaterv. „Thalia", jeden Sonnabend nach dem 1. u. 15. im Monat, Lindecke, Andreasstr. 33. — Kegelklub „Kalte Neune", Holzmarktstr. 72. — Theater-Gesellschaft „Einigkeit", Bingemann, Rheinsbergerstr. 53. — Schauspielklub „Goethe", Koppenstr. 65. — Zitherklub „Edelweiß", Rosenthalerstraße 11/12. — Rad-Reun-Klub „Allemania", Horney, Zorndorferstr. 20. — Vergnügungsv. „Frisch-Auf", Köpnickerstr. 39a.

Bildungsverein „Mehr Licht." Bibliothekstunde 9—10 Uhr abds., Gärtner, Moltkestr. 12.

Böhmisch-slavischer Bildungsv. „Hawlischek", Restaur. Zur neuen Post, Veutstr. 21.

Deutscher socialdemokratischer Leseklub in Paris. Café Le Procope, Rue de l'Ancienne-Comédie 13. Jeden Sonnabend öffentliche Versammlung; reiche Bibliothek, Zeitungen, französischer Unterricht.

London. Der einzige hiesige socialdemokr. Verein Londons, der alte, von Karl Marx und Friedrich Engels 1846 mitbegründete Kommunistische Arbeiter-Bildungsverein befindet sich nach wie vor 49 Tottenham Street, Tottenham Court Rd., W. London. Alle Anfragen in gewerkschaftlichen und parteigenössischen Angelegenheiten sind an vorstehende Adresse unter Bezeichnung: „An den 1. Sekretär" zu Händen des Vereinsvorstandes", zu richten.

Verein Vorwärts, Johannisburg (Transvaal). Vereinslokal Progreß-Bierhalle, Corner of Marshall and Small Street.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 25. d. M., vormittags 9 Uhr, im großen Festsaal der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57, „Versammlung. Freireligiöse Vorlesung". Um 11 Uhr vormittags ebendaselbst Vortrag des Herrn Professors Dr. Albert Gehrke: „Der Charakter". Gäste willkommen.

Tischler-Verein. Heute abend 8½ Uhr, Melchiorstraße 15: Versammlung.

Konsumverein „Eintracht". Am 27. d. M., abends 9 Uhr, bei Proß, Annenstr. 9: Vortrag des Herrn Rechtsanwalt Steinschneider über: „Vereins-Genossenschaftsrecht".

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 24. Juni.

Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Götterdämmerung. Anfang 6½ Uhr.
Schauspielhaus. Emilia Galotti. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Don Carlos. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Der Schlafwagen-Controleur. Vorher: Zum Einsiedler. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Die Wahrsagerin. Vorher: Pietro Caruso. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Die Hochzeit des Figaro. Anfang 7 Uhr.
Central. Waldmeister. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Liebesträume. Ein Schäferstündchen. Die schnelle Verlobung. In Civil. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Dörchläuchting. Hierauf: Jochen Päsel. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Nachtomnibus-Controleur. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Nana. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Liane, die zweite Frau. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Berlin lacht! Anfang 8 Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstraße 48–49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: „Das Land der Fjorde". Opernteleskop.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5–10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Liebesträume.
Komödie in 1 Akt von Max Dreyer.
Die schnelle Verlobung.
Lustspiel in 1 Akt von Paul Ernst.
Ein Schäferstündchen.
Spiel in 1 Akt von Georg Engel.
In Civil.
Schwank in 1 Akt von Gust. Kadelburg.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Viel Lärm um nichts.
Montag, abends 8 Uhr:
Liebesträume. Ein Schäferstündchen. — Die schnelle Verlobung. In Civil.

Ostend-Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstraße 132.
Cyklus volkstümlicher Vorstellungen.
Kleine Preise! 1. Parkett 1,10 M.

Liane, die zweite Frau.
Charaktergemälde in 5 Akten nach dem gleichnamigen Roman der Marlitt, bearbeitet von H. Merlé. In Scene gesetzt von Robert Wach.

Die Herzogin . . . Maria Baldy
Helene, ihre Nichte Margarethe Wolff
Karl von Rüdiger Ernst Glasemann
Ritter v. Riediger Joseph Dill
Hofmarsch. Tristan von Mainau . . Robert Wach
Raoul, sein Neffe Wilhelm Lück
Liane, dessen zweite Frau . . . . Elsa Schönberg
Leo, dessen Sohn erster Ehe . . . . Emilie Lüdke
Der Hofprediger . Rich. Starnburg
Brüninger, Haushofmeister . . . . Wilh. Wartenberg
Lühn, Beschließerin Alice Düring
Dammer, Jägerbursche . . . . . . Albert Klinder
Louis, Diener . . Emil Reichstein.

Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr. Vorzugsbillets haben Gültigkeit.
Morgen: Dieselbe Vorstellung. Im Garten: Sommerfest zum Besten der Krankenkasse der Tapezierer und verwandt. Berufsgenossen. Specialitäten, Theater, Konzert, Kinderfackelpolonaise, Kaffeekochen. 27 Nummern. Nur Kräfte ersten Ranges. — Anfang 5 Uhr. — Saisonkarten haben Gültigkeit. —

Apollo-Theater.
!! Stürmischer Erfolg !!
Abends 9 Uhr:
Frau Luna
mit dem Luftballett
Grigolatis.
Ferner: **12 Specialitäten.**
Anfang d. Garten-Konzerts 7 Uhr.
der Vorstellung 8 Uhr.
Billet-Vorverkauf täglich im Theater und beim „Künstlerdank", Unter den Linden 69.

R. Ballschmieders
„Kastanienwäldchen"
Konzertgarten u. Prachtsäle
Badstr. 16. Gesundbrunnen. Badstr. 16.
Täglich:
Gr. Promenaden-Konzert.
Jeden Donnerstag:
Elite-Streich-Konzert.
Sonntags: **Großer Ball** im neuerbauten Saal.
Empfehle meine Säle zu allen Festlichkeiten. R. Ballschmieder.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Um 8 Uhr: im Theater:
Das Land der Fjorde.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. **Sternwarte.**
Nachmittags täglich 5–10 Uhr.

Passage-Panopticum

9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Von 6½ Uhr ab: **Specialitäten.**
Um 8 Uhr:
! Sensationell !
Die Athleten im Caféhaus.
Die Kunstschützen **Valmor.**

CASTANS PANOPTICUM
Die sensationellen
lebenden Photographien!
mit Figuren in Lebensgrösse.
Die russische Damenkapelle **„Mignon"** in moskowitischen Kostümen.
„Dreifuss" mit 3 Beinen gebor. leb. Kosakenpferd.

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.
Nur noch 6 Vorstellungen.
Letztes Werk von Johann Strauß.
Waldmeister.
Operette in drei Akten von G. Davis. Musik von Johann Strauß.
Morgen und folgende Tage: **Waldmeister.**

Metropol-Theater.
Jeden Abend sensationeller Erfolg!
Berlin lacht!
Berliner Revue in drei Abteilungen.
Hierzu:
Das Press-Ballett
und das **phänomenale**
Specialitäten-Programm.
Miss Dejo, die 6 Bonhairs, Frid-Frid, Paul Jülich.
Reizender Sommergarten.
Rauchen in allen Räumen gestattet.
Wochentags Anfang 8 Uhr, Sonn- und Feiertags ½8 Uhr.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7/9.
Täglich: Dorus Resl. Volksstück mit Gesang u. Tanz von Hugo Schulz, Musik von A. Kersten. Kostümsoubrette Frl. **Vierrath.** Gebr. **Milardo,** Grot. Duett. **Tauma-Quartett,** Gesang und Tanz. **Abous u. Campton,** Reckturner. **Br. Picardy,** Hand- und Kopf-Equilibrist. Ballettgesellschaft **Döring.** **Mr. Bartling,** lebende Photographien.
Konzert und Ball.
Eintritt wochentags und Sonntags **30 Pf.,** num. Platz **50 Pf.** Kalbo.

Puhlmanns
Vaudeville-Theater
Inhaber F. Lehmann,
Schönh. Allee 148, Kastan.-Allee 97/99.
Täglich:
Konzert, Theater
u. Specialitäten-Vorstellung

Reichshallen.
Im **herrlichen Konzert-Garten** resp. im **großen Theater-Saal** täglich:
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Kirchmayer, Schneider und Schrader).

Zum Schluß:
Cavalleria schusticana.
Anfang wochentags **8** Uhr, Sonntags **7** Uhr.
Entree 50 Pf. (für die Wochentage im Vorverkauf 40 Pf.) Numerierte Estrade 1 M., unnumeriert 75 Pf.

Sommer-Theater „Alter Dessauer"
Artilleriestr. 32.
Inhaber: **A. Ladewig.**
Schattigster Garten Berlins.
Täglich: **Theater und Specialitäten-Vorstellung.**

Victoria-Brauerei
Lützowstraße 111/112.
Im Naturgarten oder Saal:
Täglich
Humoristische Soiree der
Norddeutschen Sänger

(Führmann, Horst, Walde).
Anf. Sonntags präc. **7,** wochentags **8** Uhr.
Entree **50** Pf.
Vorverk. **40** Pf.
Familienbillets **3 = 1 M.**
Sonntag und Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

W. Noacks Theater,
Brunnenstraße 16.
Täglich: **Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.**
Neu! **Die Regimentsnummer.**
Posse mit Gesang in einem Akt von **M. Reichardt.**
Novität! Novität!
Der treueste Mann.
Operette in 1 Akt von Carlos Duchow, Musik von H. Bendix.
Im Saale: **Tanzkränzchen.**

Moabiter Gesellschaftshaus.
Alt-Moabit 80-81.
Täglich:
Konzert u. Specialitäten-Vorstellung.
Entree Sonntags **15** Pf., wofür ein Glas Bier **gratis** verabfolgt wird. Nachzahlung: Parkett-Platz **20** Pf., reservierter Platz **30** Pf.
Wochentags Entree frei.
Jeden Mittwoch: Kinderfest.
C. Peters.

Sommertheater Marienbad
Badstraße 35/36.
Regie: Willy Beuscha. Direktion: Max Rokelburg.
Heute sowie täglich:
Konzert-, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Berlin wie's näht und trennt.
Posse mit Gesang und Tanz in 2 Akten von L. Ely.
Nach der Vorstellung: **Ball.**
In Vorbereitung:
Rosen aus dem Süden.

Ostbahn-Park
Hermann Imbs
71 Rüdersdorfer Straße 71,
am Küstriner Platz.
Täglich: **Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.**
Nur erstklassige Nummern.
Anfang: Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrsitz Nachzahl. 20 Pf.
Anfang: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrsitz Nachzahl. 10 Pf.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sänger.
Hermann Imbs, Direktor.

Empfehle allen Freunden und Bekannten mein **Restaurant** und **Garten,** sowie 2 Kegelbahnen und Vereinszimmer sind noch einige Tage frei. **A. Kimmel,** Wienerstr. 1–6.

Empfehle meine beiden herrlich gelegenen Lokale für Fabriken und Vereine.
Gasthof zu Müggelheim und
Sportshaus zur Gr. Krampe.
1706 **W. Troppens.**

Waldkater.
Allen Ausflüglern, sowie Vereinen empfehle mein herrlich im Walde gelegenes Lokal. Ausspannung, Kegelbahn, Kaffeeküche, Lit. 60 Pf., gr. Weiße 20 Pf., Bier von F. Happoldt 10 Pf. Speisen gut und billig. 1786
Ergebenst **Frick.**

Schößlers Tanzsaal,
vormals **Möwes, Stromstr. 28,** jeden Sonntag Tanz, empfiehlt zu Vereinen und Versammlungen.

Oberschöneweide. Siemensstraße 12.
Restaurant — Garten — Kegelbahn u. Kaffeeküche empfiehlt
Karl Musche, fr. Fruchtstraße.

Restaurant Klugmann.
Zur neuen Scheune. [1937S*
Rummelsburg, Chausseehaus.
Gr. Saal, gr. neu erb. Hallen, schattiger Garten, Naturwald, bietet 4000 Pers. Unterkunft. Kegelbahn. Kaffeeküche.

Ostend-Oberschöneweide.
Restaurant Sportshaus.
Empf. Vereinen, Gesellschaften m. Saal. **Garten,** Kegelb. u. Kaffeek. Dobslaw.

Nonnenbergs Restaurant
Treptow, Parkstrasse.
Großer Saal. — Großer Garten.
Jeden Sonntag: **Ball.** [1669S*
Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten.

Empfehle meine drei Restaurants:
Rübezahl, am Müggelsee,
Teufelssee, Müggelberge,
Marienlust, a. d. Dahme,
zwischen Grünau und Friedrichshagen, bei Fußpartien über die Müggelberge. 1070S*
C. Streichhan,
Besitzer des Kaiserhofs Cöpenick.

Strand-Restaurant am Müggelsee
zwischen Müggelschloß und Teufelsee. Wunderbar schön von der Natur begabt. **Tanzsaal** mit Parquet-Fußboden. **2 Kegelbahnen. Gr. Halle.** 3000 Personen fassend. Empf. den **Vereinen, Fabriken, Gesellschaften zum Sommer-Ausflug.**
A. Degebrodt, Gastwirth.

16902*
Hans Kayser
Görlitzer Bahnhof, Platz 6.
Billigste Bezugsquelle für **Press- u. Steinkohlen.**

Besonders preiswert!
Garantiert rein Mexiko,
pro Stück 6 Pf., 100 Stück 5,50 M., Wiederverkäufern Engros-Preise.
C. Pessert, SO., Mariannenstr. 11, Lad.

Neu! Neu!
Fanfaren-Harmonika
neuartige Zugharmonika

mit 2 Reihen brillanten Trompeten, Claviatur-Verdeck mit 16 Ringen und 2 Str.-ver. 10 Tasten, 40 Stimmen, 2 Bässen, 2 Registern, Claviatur-Griff mit garantirt unzerbrechlicher Spiralfederung D. R. G. M. No. 47402, 2 Doppelbalgen mit Beschlag und Zuhaltern, Balgfaltenecken mit Metalleckenschonern, Musik doppelstimmig (2chörig) Orgelton, Größe 35 cm. Preis billig durch den großen Umsatz auch
nur 5 Mark
per Stück. Dieses Format Harmonika mit offener Nickel-Claviatur, viel großartiger, als von anderer Seite angeboten, auch nur **5 Mark.** • **3 chörige Harmonika,** großartige Neuheit, **3 echte Register,** Contrabässe nur **6 Mark** • 4chörige **Harmonika, 4 echte Register,** harmoniumartiger Ton nur **8 Mark,** • **6 chörige Harmonika-Orchestrion, 6 echte Register 12 Mark,** • **2 reihiges Künstler-Instrument** mit **19** Tasten, **4** Contrabässen, herrliche Conzert-Musik nur **10 Mark,** mit 21 Tasten 10½ **Mark.** • Verpackung und Selbsterlernschule gratis. **Glockenspiel mit neuartiger Mechanik D. R. G. M. No. 85928 nur 30 Pfg. extra.** Kleine Instrumente sind sehr beliebt und begehrt, bewähren sich nicht nur 4 Wochen, sondern jahrelang.
Preisliste über Harmonika-Neuheiten gratis und franco.
Man bestelle nicht bei kleinen Händlern, sondern kaufe direkt bei
Heinrich Suhr,
Musikinstrumenten-Fabrik
Neuenrade (Westfalen).
Nachweisbar ältestes und größtes Musik-Instrumenten-Geschäft am Platze.

Verlangen Sie gratis!
meinen neuesten Pracht-Catalog über
HAMMONIA-FAHRRÄDER
Motor-Räder und Zubehör-Theile

Am Mühlensee und meilentiefen Wald ganz nahe der Havel gelegen.
Herrlichstes Volkslokal der Nordbahn.
Saal für 1000, Garten für 3000 Personen.
Paradiesgarten in Birkenwerder.
Bahnf. 42 Min. Per Kremser 3 St. Prächt. Frühst.-Wald.
Ich bitte bei Familien-, Vereins- u. namentlich Fabriks-Ausflügen mein Lokal recht lebhaft zu berücksichtigen. Beschreibungen ff. u. gr. Fußtouren nach und von Birkenwerder gratis. 1997g*
A. Burgemeister.
7 Boote. Angeln gratis. — Gr. Volks-Belustigungen. — Elf Sommer-Wohnungen. — Grosse Kaffee-Küche.

Jägerhaus Schönhauser Allee No. 103.
Neu renov. Garten (6000 Personen fassend) mit neugebauter Bühne für Vereine. Großer Tanzsaal. 2011S*
Grösste Volksbelustigungen in ganz Berlin.
Jeden Dienstag: **Grosses Kinderfest.**
Kaffeeküche von 2 Uhr an geöffnet.

Treptow. Hohlwein's Keglerschlösschen, Köpenicker Landstrasse.
Grosser schattiger Garten, Saal, Kaffeeküche, Kegelbahnen.
Vereinen und Herrenpartien bestens empfohlen. Bayrisch-Bier Glas **10 Pf.** Kaffeeküche täglich von 3 Uhr ab geöffnet. [1756L*

Seefische

sind das beste und billigste Volksnahrungsmittel, ersetzen das Fleisch vollständig und sind überaus wohlschmeckend, nahrhaft und bekömmlich.

Riesige **tägliche** Fänge unserer Dampfer ermöglichen uns, von **täglich** frischer Zufuhr in Kühlwaggons

Schellfische in allen Grössen per Pfund **12-15** Pfg., grosse im Ausschnitt **20** Pfg.
Cabliau zum Kochen wie zum Braten **15** Pfg., im Ausschnitt **17** Pfg. pro Pfd.
Seelachs do. **25** „ do. **30-33** „ „ „
Seehecht do. **40** „ do. **45-50** „ „ „
Seezungen in allen Grössen . . . . . **50-70** „ „ „
Steinbutten in allen Grössen . . . . . **60-75** „ „ „
Heilbutten in Exemplaren von 5-200 Pfd. **40-45** „ „ „
do. im Ausschnitt . . . . . . **55-60** „ „ „
(**Grätenlos** im Fleisch und vorzüglich im Geschmack, zum Kochen wie zum Braten sehr geeignet.)
Goldbars (feiner als Zander) . . . . **25-30** Pfg. pro Pfd.
Austernfisch, sehr fein, **25** Pfg., im Ausschn. **35-40** „ „ „
Knurrhahn (Seeforelle) . . . . . **20-25** „ „ „
Rotzungen, bester Ersatz für Seezungen **25-30** „ „ „
Schollen (Goldbutten), sehr fein . . **25-30** „ „ „
Bratflundern (Maischollen) **3** Pfund **40** Pf. **15** „ „ „
während dieser und der kommenden Woche in unseren Verkaufsstellen abzugeben.

Frische Fische — Gute Fische! — Frische Fische — Gute Fische!

Geräucherte Schellfische 25—30 Pf., Roche, bester **Ersatz für Stör, 50–60 Pf., Seelachs 40** bis **50 Pf., Flundern 60 Pf., Petermännchen und Knurrhahn,** sehr fein, **60 Pf.** per Pfund.

Marinaden: Delikatess-Fischkotelettes
— gebraten und mariniert — in Blechdosen v. 17 Pfd. Mk. **3,75,** von 8-Pfd.-Dosen **2,20** Mk., von 4 Pfd. **1,40** Mk. ausgewogen pro Pfund **40** Pfg., **Delikatess-Bratschellfisch** (wie vor.) 17-Pfd.-Dose **3,75** M., 8-Pfd.-Dose **2,20** M., 4 Pfd.-Dose **1,50** M. Stück **10** Pf. **Bratknurrhahn** 8 Pfd.-Dose **3,50** Mk., **Seeaal in Aspic** 8 Pfd.-Dose **3,75** Mk.
Neu! **Fischsülze** 8-Pfd.-Dose **3,25** Mk. und **60** Pf. pro Pfd. **Neu!**

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft **„Nordsee".**

Haupt-Filiale: Berlin C. 22. **Bahnhof Börse,** Bogen 9—10.	**No. IV.** **Im Schlesischen Bahnhof, Madaistr. 22.**
No. II. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 10/11, am Wilhelmsplatz.	**No. V. Berlin N.** (Wedding), **Reinickendorferstr. 1,** Eingang Schulzendorferstrasse.
No. III. Berlin NW., Lüneburgerstrasse, Ecke Paulstr., Stadtbahnbog. 388/9 (Centrallagerei).	**No. VI. Prinzenstr. 30, zwischen Moritzplatz und Ritterstrasse.**

Seefisch-Kochbücher erhalten Käufer umsonst.
Vertreter für Berlin: Johs. Skorczyk.

Schweizer-Garten
Am Königsthor (Ringbahn) Am Friedrichshain.
Täglich: Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Volksbelustigungen aller Art.
Freier Damentanz und **Ball.**
Anfang 4½ Uhr. Entree 30 Pf.
An Wochentagen ist das Etablissement an Vereine zu vergeben

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenhaide 14–15. Artistische Leitung: **Paul Milbitz.**
Täglich: Großes Garten-Konzert.
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Auftreten des gesamten Schauspiel- u. Specialitäten-Personals.
Nur erstklassige Kräfte.
Georg Fischer (Liedersänger), **Karl Gursch** (Tanz-Parodist), **Kati Stöger** (Kostüm-Soubrette), **Quita Blanchetty** (Parforce-Equilibristin), **Plötz Larella Troupe** (Excentriques) usw.
Neues gediegenes Familien-Programm.

Entree: Wochentags 20 Pf. Numerierter Platz 40 Pf. Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr.	**Entree:** Sonntags 25 Pf. Numerierter Platz 50 Pf. Anfang der Vorstellung 6 Uhr.

In den Festsälen: **Großer Ball.**
Die Kaffeeküche ist geöffnet.
Max Kliem.

Actien-Brauerei Friedrichshain
früher **Lipps.** Am Königsthor.
Größter Konzertgarten und größter Konzertsaal Berlins.
Heute (u. nur noch auf kurze Zeit)

Konzert
von 2083L*
Eduard Strauss
kaiserl. und königl. östreich. Hofball-Musikdirektor mit seiner gesamten Kapelle
aus Wien.
Anfang 7½ Uhr. Entree **50** Pf., reserv. Platz **1** M.
Bei ungünstiger Witterung im großen Konzertsaal.

Segler-Schloss, Hankels Ablage
Besitzer: **W. Heinrich** 702b
am Wald und Wasser gelegen, empf. sich den werten Vereinen u. Gesellschaften.

Charlottenburg-Westend.
Hoffmanns Volksgarten, Kastanien-Allee 1.
Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten. 20720*
Zwei Kegelbahnen — Kaffeeküche.
Im Garten jeden Sonntag: **Frei-Konzert.**
Carl Hoffmann, Alexanderstr. 27c (Englischer Garten).

En gros
En detail
Export
Ecke Alexanderstrasse
vis-a-vis
der Holzmarktstr.

Otto Krüger & Co.

An der Jannowitzbrücke 1 (am Stadtbahnhof).

Verkauf
zu streng festen,
sehr **billigen,**
in Zahlen
gezeichneten Preisen.
Jannowitzbrücke 1.

Wir fabricieren nur gute Herren- und Knaben-Bekleidung, in der also keiner leistungsfähiger oder billiger sein kann. Extra-Mass-Anfertigung wird von ersten Zuschneidern geleitet. Billigste Bezugsquelle für Garderoben-Geschäfte, Vereine und ausl. Institute.

Sommer-Joppen für **Herren** und **Jünglinge 85** Pf.

Radfahrer-Anzüge, vielseitige Auswahl in Stoffen, von **6** M. **50** Pf. an.

Staubmäntel für Herren	3,25 M.	Schul-Anzüge	von 1,70 an	Paletots nach Mass	von 20,— M. an
Reise-Havelocks	7,50 „	Werktags-Hosen	„ 1,50 „	Anzüge	„ 24,— „ „
„ Anzüge für Herren	9,— „	Lüster-Jacketts für Herren	„ 2,75 „	Hosen	„ 6,— „ „
Gummi-Paletots	19,— „	Radfahrer-Hosen	„ 2,75 „	Gummi-Pelerinen für Radfahrer	„ 5,— „ „
Sommer- „	10,— „	Cheviot- „	„ 3,25 „	Loden-Joppen	„ 2,25 „ „
Weisse Westen	2,15 „	Radfahrer-Sammet-Mützen	„ 0,40 „	Leichte Sommer-Anzüge	„ 3,50 „ „

Hüte, Schirme.

Gewähre den Genossen bei Vorzeigung dieser Annonce 5 pCt. 16722*

Otto Gerholdt,
2 Dresdenerstr. 2, Ecke Skalitzerstraße

Herren- u. Konfirmandenhüte, alle Farben, 1 Mark, nur neue moderne Sachen. [16412*
Prima Qualität 1,50 und 2,—.
Die beliebten **Arbeitshüte** immer noch **1 Mk.**
Hutfabrik-Comptoir früher Barnimstr. 4 u. 5. jetzt Kaiserstrasse 25 A.

gegr. 1887. **Siegfr. Simonis.** gegr. 1887.

Uhren-, Gold-, Silber- und Alfenidewaren-Lager.
NW., Turmstr. 69 I.
Größtes Lager aller Arten Uhren. Steter Eingang v. Neuheiten. Reparaturen an Uhren, Goldwaren u. Musikwerken werden in kürzester Zeit sauber und billig ausgeführt. Altes Gold wird in Zahlung genommen.

Grosses Hutlager.

Weiche Filzhüte	1,25 bis 5 M.
Steife „	2,00 bis 5 M.
Strohhüte	0,75 bis 5 M.
Seidenhüte	6,00 bis 12 M.

empfiehlt **J. Streblow,** seit 31 Jahren Brückenstr. 15a.

C. Joëls Victoria-Garten
SO., Köpnicker Landstraße Nr. 4, unmittelbar am Treptower Park. Telephon: Amt IV, No. 2724.
Grosser Saal, Konzert-Garten, geschützte Veranden, für Vereine u. Festlichkeiten, 6000 Personen fassend. 11 Kegelbahnen, Kaffeeküche und allerlei Volksbelustigungen. 1896L*
Haltestelle der Elektrischen Eisenbahnen (Siemens & Halske); von der Großen Berliner Straßenbahn und der Stadt- und Ringbahn-Station Treptow 2 Minuten entfernt.

Arbeiter-Berufskleidung
für jedes Gewerk passend. 20889*
Grösstes Lager. Beste Qualitäten.
Neu! **Arbeiter-Schutzhose** Neu!
jede Gefahr im Maschinenbetrieb ausgeschlossen, empfiehlt
F. Nahrstedt, Wrangelstr. 40/41.

Für Landpartien und Sommerfeste
empfehlen wir in großer Auswahl: Stocklaternen, Lampions, Fahnen, Papiermützen usw.,
Ansichts-Postkarten.
Händler und Vereine erhalten die billigsten Engrospreise. 20659*
S. & G. Saulsohn, Berlin C.,
Kaiser Wilhelmstraße 19a.

Begründung des Geschäfts 1878.

M. Schulmeister

en gros Schneidermeister en detail [14359*
Dresdenerstraße 4, am Kottbuser Thor.
Telephon Amt IV 447.
Frühjahrs- und Sommer-Paletots von Mk. 13,50 an
Jackett-Anzüge . . von Mk. 15 an | **Radfahrer-Anzüge** von Mk. 11 an
Rock-Anzüge . . . . 23 . | **Jünglings-Anzüge** . . 12 .
Cachemir- und Lüstre-Jacketts von Mk. 2,50 an
Wasch-Anzüge und Blusen für Knaben von Mk. 1,— an
Knaben-Anzüge zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut u. billig ausgeführt.
Streng reelle Bedienung.

Friedrichstr. 91/92. **Sehenswürdigkeit** Friedrichstr. 91/92.
Hutlager A. Rosenblum.
Mk. 3,15.
133/20*
Ein Blick aufs Schaufenster genügt, sich von der Leistungsfähigkeit obiger Firma zu überzeugen.
Filialen in größten Städten Deutschlands.

Sophastoffe
auch **Reste**
in Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig! [16092*
Proben franco!
Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

Kinder-, Puppen-, Sport-, Kasten-, Leiter- u. Ziegenbockwagen, Kindertische, Kinderklappstühle, Krankenwagen, auch leihweise für Erwachsene u. Kind., Triumphstühle. Reise- u. Papierkörbe, Blumentische, Korbwaren jeder Art, Kinderbettstellen. Grösstes Lager Berlins. Auf Kinderwagen gest. Teilzahlung. **A. W. Schulz,** Brunnenstr. 95, vis-à-vis Humboldthain, 3 Min. v. Bahnh. Gesundbr. Fernspr. Amt III. 1767. Musterb. grat. u. fr. Bitte auf Nr. 95 zu achten.
95 **95**

Cylinder-Hüte
Chapeaux claques
kauft man am billigsten direkt in der Fabrik. 16742*
Weiche und steife **Filzhüte** in großer Auswahl zu billigsten Preisen.
Max Radtke, Blumenstr. 39, Ecke Andreasstraße. (Kein Laden.)

Jede Uhr
reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie d. Gutgehens nur **1 Mark 50 Pf.** außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen u. Pince-nez.
Bitte genau auf Nr. 35 zu achten.
Carl Lux, Uhrmacher,
35 Chaussee-Straße 35.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Milchgeschäft ist Umstände halber sofort billig zu verkaufen. Zu erfragen im Cigarrengeschäft Sedanstraße 1 in Schöneberg. †24

Eckdestillation, gutgehend, ist preiswert zu verkaufen. Näheres Miethke, Bierfahrer, Bellermannstraße 15, II. 784b

Schankgeschäft ist sofort preiswert zu verkaufen. Zu erfragen bei Mielenz, Ritterstraße 39. 790b

Schankgeschäft, reelles, zehn Jahre bestehend, Miete 1200, verkaufe, weil alleinstehend, unterm Inventarpreis für 800. Anzahlung 500 Mark. Erfragen Comptoir Holzmarktstraße 40. Sonntags 10—12. †14

Restauration zu verkaufen, auch Tausch, Eisenacherstr. 70. 761b

Patzenhofer 1/10-Ausschank ist wegen Umzug nach außerhalb billig zu verkaufen. Witwe Buße, Chausseestraße 94.

Fahrräder in allen Preislagen, Zubehör bekannt billig. Reparaturen. Otto Heinze, Brückenstraße 6b. [1968*

Herren-Zweirad, vorzüglich, 65 Mark, Charlottenburg, Potsdamerstraße 1, Restaurant. 787b

Adler-Halbrenner, tadellos, Gelegenheitskauf, 90 Mark, Hatzestraße 41, IV, Klink. 169b

Fahrräder unter weitgehendster Garantie und coulanten Zahlungsbedingungen. Zubehörteile und Reparaturen. Kein Laden. H. Gombert, Gollnowstraße 14. †17

Halbrenner, Wer Modell, noch ganz neu, feinste deutsche Marke, seltener Gelegenheitskauf, sofort spottbillig. Garantie noch 10 Monate. Alte Schönhauserstraße 5. Stuhr. 91/4

Halbrenner und Damenrad, 99 Modell, allerfeinstes deutsches Fabrikat, hochelegant, wunderbar leicht laufend, muß ich sofort spottbillig verkaufen. Garantie noch 10 Monate. Langestraße 34, I, links.

Fahrräder! Hochfeine, elegante, stabile deutsche Maschinen. Garantie 12 Monate. Umständehalber 130 Mark. Fabrikniederlage Oranienstraße 33, II.

Fahrrad, stabil gebaut, billig verkäuflich Puttlitzstraße 4, Seitenflügel III bei Dohsmann. 171b

Schaukästen, Bogenlampen, Regale, billig zu verkaufen. Kaufhaus Julius Löwenheim, Vinetaplatz.

Versand- und helles Lagerbier 1/10 Liter 10 Pf., Weißbier, Grätzer, Kurstraße 29, Ecke Spittelmarkt, Theefs.

Möbel, bar und Teilzahlung billigst Frankfurter Allee 110, 1 Treppe, Ecke Königsbergerstraße. 4*

Möbel und Polsterwaren, auch ganze Einrichtungen empfiehlt Franz Tugauer, Brunnenstraße 152. [19792*

Betten, Schlafdecken, Steppdecken, Portieren, Kleidungsstücke, Teppiche, Tischdecken, Regulatoren, Remontoiruhren spottbillig Pfandleihe Neanderstraße 6. 90/20*

Gelegenheitskauf. Mahagoni Paneel-Taschensofa, Patentsofa, rote Plüschgarnitur, Säulenspiegel mit Stufe, Küchenspind Ankluamerstr. 20, Laden. 696b*

Uhrenausverkauf spottbillig, Skalitzerstraße 126 parterre. 12*

Goldwaren-Ausverkauf, spottbillig, Skalitzerstraße 126 parterre. 13*

Cigarren-Fabrik A. Tietz, Charlottenburg: Kaiser Friedrichstraße 37b, Berlin: Invalidenstraße 124. Berühmte Nummern 21. 5 Pfenniger, 27—23. 6 Pfenniger, 22. 7 Pfenniger. [*

Strickmaschinen für Familien- und Hausgebrauch, auch auf Teilzahlung. Gustav Bredereck, Engelufer 20. †13

Woll- und Baumwoll-Abfälle jeder Art kauft Broderick, Oppelnerstraße 16, parterre. 34K*

Papageien bis 40 Mark, Kreuzschnäbel 1,25, Grünhänflinge 0,75, Zeisige 1,—, junge Schwarzdrosseln 1,25, junge Staare, junge Wiedehopfe, Vogelbauer große Auswahl. Reinhold Bierkant, Kastanienallee 34. †35

Handwagen mit Plan, geeignet zum Obstverkauf, Höchstestraße 9, Kohlenkeller. 785b

Vertikow. Spiegelspind, Spiegel verkauft Elsholz, Invalidenstr. 146. [†2

Schlafsofa, wie neu, 20 Mark, Weberstraße 40b, Tapezierer. 782b

100 verschiedene echte Briefmarken 30 Pfennig, Porto 10 Pfennig. [385b H. Perthus, Leipzig, Weststr. 93.

Fahrräder wegen Aufgabe des Fabriklagers äußerst billig zu verkaufen. Händler verbeten. Rösler, Lausitzerstraße 9. 694b*

Fahrräder, Teilzahlung, mäßige Anzahlung, einjährige schriftliche Garantie. Verkauf an Private direkt ab Fabrik. Dieffenbachstraße 33. Imperial-Fahrradwerke. Sonntags geöffnet. 559b*

Fahrräder, Tourenmaschine 130,00, Straßenrenner 175,00, Damenräder 175,00, mit Patentbremse; erstklassiges Fabrikat, Continental-Pneumatik, einjährige Garantie. Radlaufglocken 1,25, Rahmentaschen 1,75, Laufmäntel 4,50, Reparaturkästen 0,15, Fahrunterricht 7,50. Horstmann, Neue Schönhauserstraße 9. 561b

Nähmaschinen auch ohne Anzahlung. Bestellungen Postkarte. Lindner, Bernauerstraße 75. 89/4*

Vermischte Anzeigen.

Zu Sommerfesten und Bällen mein Lokal noch einige Sonnabende im August frei. Festsäle und Garten. Wernau, Schwedterstraße 23. †35*

Vereinszimmer. 20 und 40 Personen. Ernst Lier, Alte Jakobstraße 119. 1964L*

Vereinszimmer, 40 Personen fassend, frei. Gustav Ladewig, Kommandantenstraße 65, nahe Alte Jakobstraße. 1962L*

Jeden Sonnabend abend frisch gebratene Hammelköpfe bei W. Daberkow, Schliemannstraße 48. †35

Elektrotechnik. Abendkursus. Beginn 28. Juni. Anmeldungen umgehend, keine Vorkenntnisse. Schlußprüfung, Abgangszeugnis. Stellennachweis Jackson, Alte Jakobstraße 24.

„Elektra" Berliner Elektrotechnikum. Neuer Abendkursus zur Ausbildung von Elektromonteuren, Installateuren, Maschinisten rc. Keine Vorkenntnisse nötig. Eigene demonstrative Lehrmethode, für jeden verständlich. 400 Demonstrations-Apparate. In Krankheitsfällen und bei Arbeitslosigkeit Stundung des Honorars. Extrakurse zur praktischen Ausbildung. Eigenes Laboratorium mit Kraftanlage. Schlußprüfung. Zeugnis. Stellungsnachweis. Prospekte und Lehrplan gratis. Anmeldungen schleunigst; persönlich auch Sonntags bis Mittag Prinzenstraße 55. Telephon IVa 6006. 328*

Quittungs-Marken und Kautschuk-Stempel liefert seit 20 Jahren für tausende Kassen und Vereine Jean Holze, Hamburg, Große Drehbahn 45. Illustrierte Preislisten gratis. [134/1

Vermietungen.

Schlafstellen.

Schlafstelle für 2 Herren, separat, Schwarz, Rathenowerstraße 44, Quergebäude 3 Treppen. †11*

Freundliche Schlafstelle zu vermieten bei Klein, Marienburgerstr. 11, Quergebäude IV Treppen. †9*

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Mützenarbeiter für Militärmützen suchen Würfel und Jahns, Moritzstr. 18. 338*

Farbigmacher werden verlangt Lottumstr. 5, Goldleistenfabrik. [786b

Kistenmacher verlangt Schalling Nachflg., Stallschreiberstr. 23a.]173b

Klempnerlehrling verl. Stange, Oppelnerstraße 48. 302

Mamsells auf bessere Jacketts, nur in meiner Werkstatt, Façon 2 bis 4 Mark, verlangt Lau, Weidenweg 29 III. 726b

Plüschjackett-Arbeiterinnen, glatte Sachen, Façon 2,50 Mark, verlangt Stolzmann, Zionskirchstraße 35, II.

Blusen. Tüchtige Arbeiterinnen auf bessere konfektionierte wollene und seidene Blusen, die bei saubersten Ausführung Posten liefern können, finden dauernde und gut bezahlte Beschäftigung. Meldungen mit Vorlage von Probearbeit bei Orgler & Fidelmann, Kurstraße 47/48, III. [699b*

Knopfloch-Arbeiterin auf Oberhemden verlangt Forsterstraße 5, vorn 4 Treppen, Terkowsky. †30

Mamsells auf Jacketts verlangt Lobstein, Hussitenstr. 39, I. 175b

Arbeiterinnen auf Morgenröcke verlangt Henschel, Neue Jakobstr. 11.

Mamsells auf Jacketts, einfache, welche flott liefern, verlangt Riewe, Naumerstr. 21. 180b

Lehrfräulein! Gehalt! Schulmädchen! Putznäherinnen verlangt Ernst, Hollmannstr. 24. 172b

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Achtung, Holzarbeiter!
Bei **Elsholz, Kraustr. 52,** stehen die Kollegen im Streik.
In der Tischfabrik von **Scholz,** Weberstraße 7, 2. Hof, II, haben sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.
Zuzug fernhalten.

Achtung! Silberarbeiter.
In der Silberwarenfabrik von H. Meyerheim u. Sohn, Adalbertstraße 40, sind wegen Maßregelung Differenzen ausgebrochen. 71/1

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen".

Osten:
Robert Wengels, Fruchtstr. 30, H.
L. Vogel Wwe., Koppenstr. 83.
Chr. Schulz, Blumenstr. 14.
Nordosten:
J. Neul, Barnimstr. 42.
Norden:
W. Gaßmann, Grünthalerstr. 64/65.
Karl Mars, Kastanien-Allee 95/96.
Emil Stolzenburg, Wiesenstr. 14.
L. Dechand, Ruheplatzstr. 24.
A. Tietz, Invalidenstr. 124.
H. Vogel, Demminerstr. 32.
Nordwesten:
Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.
Südwesten:
F. Ohneforge, Bergmannstr. 23, H. II.
H. Schröder, Kreuzbergstr. 15.
Süden:
Hans Baake, Dresdenerstr. 52/53.
F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8.
Südosten:
Fritz Thiel, Skalitzerstr. 35.
W. Gesche, Wrangelstr. 58.
Martin Mesche, Adalbertstr. 24.
Centrum:
P. Horsch, Gipsstr. 27.
Charlottenburg:
Gust. Scharnberg, Schillerstr. 94 I.
A. Tietz, Kaiser Friedrichstr. 37b.
Friedenau:
H. Bernsee, Kirchstr. 15.
Friedrichsberg:
Anton Kopp, Friedrich Karlstr. 4.
Pankow:
Kummert, Kaiser Friedrichstr. 15.
Rixdorf:
C. Ostermann, Erckstr. 6.
E. Retzeran, Hermannstr. 50.
Schöneberg:
Wilh. Bäumler, Apostel-Paulusstr. 13
Weissensee:
Heinrich Bachmann, Lehderstr. 1.
Julius Schillert, Königschaussee 39a.
Rob. Liebschwager, Gustav-Adolfstraße 16.

Verantwortlicher Redacteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.